IMT Nuremberg Archives

H – 380

International Court of Justice

H0380 – 0001

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 21.JUNI 1946
SITZUNG 10.00 bis 13.00 UHR.

VORSITZENDER: Dr. Servatius, sind Sie fertig?

DR. SERVATIUS: Ja.

VORSITZENDER: Gut. Ist irgend ein anderer Verteidiger, der Fragen stellen will?

DR. KRAUS(Verteidiger fuer den Angeklagten Schacht):

F. Herr Zeuge, am 25. Januar 1946 haben Sie hier im Gefaengnis in Nuernberg meinem Mandanten 2 Erklaerungen ueberreicht. Dr. Schacht hat diese Erklaerungen ganz kurs bei seiner Vernehmung erwae Im Interesse der Abkuerzung moechte ich um die Erlaubnis bitten, die Erklaerungen, die der Angeklagte damals abgegeben hat, hier verlesen zu duerfen und mir bestaetigen zu lassen, dass diese Erklaerungen richtig sind. Sie sind sehr kurz.

Die erste Erklaerung lautet: "Ich war auf der Terasse des Berghofes auf dem Obersalzberg und wartete darauf, meine Bauplaene vorlegen zu koennen, im Sommer 1937, als Schacht auf den Berghof kam. Auf der Terasse hoerte ich eine starke Auseinandersetzung zwischen Hitler un Schacht aus Hitler's Zimmer. Die Stimme Hitler's zeigte sich in hohe Lautstaerke. Nach der Beendigung der Besprechung kam Hitler auf die Terasse und aeusserte sich in sichtbarer Erregung, dass er mit Schac nicht zusammenarbeiten koenne, er habe eine schwere Auseinandersetzu mit ihm gehabt. Schacht wuerde seine persoenlichen Finanzmethoden se stoeren." Das ist die erste Erklaerung. Ist das richtig wiedergegebe

A. Richtig.

F. Die zweite Erklaerung ist ueber Vorgaenge am 20. Juli. "Etwa am 22. Juli, - so lautet die Erklaerung - aeusserte Hitler in meiner Anwesenheit ---"

VORSITZENDER: Von welchem Jahre sprechen Sie?

DR. KRAUS: 1944, Herr Praesident.

F.:" -- dass Schacht als einer der Gegner des antisemitischen Systems mitverhaftet werden solle. Anschliessend aeusserte sich Hitl sehr hart ueber die Taetigkeit Schacht's und die Schwierigkeiten, die er, Hitler, durch seine, Schacht's, Wirtschaftspolitik mit der Auf-

H0380 – 0002

H0380 - 0003

ruestung habe. Eigentlich gehoere ein Mann, wie Schacht, wegen seiner negativen Taetigkeit vor dem Kriege, erschossen." Der letzte Satz Ihrer Aeusserung lautet: "Nach der Schaerfe dieser Aeusserungen wundere ich mich, Schacht hier lebend anzutreffen."

Ist auch diese Erklaerung richtig?

A. Ja.

F. Danke schoen.

VORSITZENDER: Ist irgend ein anderer Verteidiger, der Fragen zu stellen wuenscht?

Will die Anklagebehoerde ein Kreuzverhoer anstellen?

Kreuzverhoer

Durch MR. JACKSON:

F. Angeklagter, Ihr Verteidiger, Ihr Verteidiger hat Ihr Verhoer in zwei Teile eingeteilt, den ersten bezeichnet er als Ihre persoenliche Verantwortung, und den zweiten als den politischen Teil des Falles. Ich werde mich an das gleiche Schema halten.
Sie haben viele der Dinge angefuehrt, fuer die Sie nicht verantwortlich sind, und ich moechte klarstellen, worin Ihre Verantwortung bestanden hat. Sie waren nicht nur ein Mitglied der NSDAP nach dem Jahr 1932, Sie hatten auch verschiedene hohe Posten innerhalb der Partei inne, nicht wahr?

A. Richtig.

F. Welcher Art waren diese Stellungen, die Sie innerhalb der Partei innehatten?

A. Ich habe das bereits in der Vorvernehmung angegeben. Ich wurde voruebergehend im Jahre 1934 ein Abteilungsleiter innerhalb der Arbeitsfront fuer die Verbesserung der Arbeitsverhaeltnisse in den deutschen Betrieben, dann war ich Beauftragter fuer Bauen im Stabe Hess. Beide Taetigkeiten habe ich niedergelegt im Jahre 1941. Niederschrift dieser Besprechung, die ich mit Hitler damals hatte, liegt vor.
Nach dem 8. Februar 1942 wurde ich automatisch der Nachfolger von Todt im Hauptamt fuer Technik der Reichsleitung der NSDAP.

F. Wie lautete Ihr offizieller Titel?

A. Die Titel in der Partei waren neu eingefuehrt, sie waren s

H0380 - 0004

kompliziert dass ich sie im Moment nicht sagen kann. Aber die Taetigkeit, die ich ausfuehrte, war die des Abteilungschefs des Reichskommandos der NSDAP. es hiess so aehnlich wie Hauptdienstleiter.

F. Im Jahre 1943 hatten Sie die Leitung des Hauptamtes fuer Technik, wie das Jahrbuch zeigt, und es scheint, Sie waren der Oberbefehlsleiter?

A. Das kann sein.

F. Das ist ungefaehr dasselbe wie Generalleutnant in der Armee

A. Es war im Verhaeltnis zu den uebrigen Aufgaben, die ich hatte, sehr wenig.

F. Sie nahmen natuerlich auch manchmal an Parteifunktionen teil und waren auch allgemein informiert ueber das Partei-Programm; nicht wahr?

A. Ich nahm vor 1942 an den verschiedenen Parteitagen hier in Nuernberg teil, weil ich jaehrlich als Architekt daran beteiligt war, und selbstverstaendlich war ich meist anwesend bei offiziellen Partei-Veranstaltungen und bei Reichstagssitzungen.

F. Und Sie hoerten Diskussionen ueber, und Sie kannten im allgemeinen das Programm der Nazi-Partei in der Hauptsache; nicht wahr?

A. Selbstverstaendlich.

F. Im moment liegt die Frage vor, wie Sie zur SS standen. Koennen Sie sagen, waren Sie Mitglied der SS?

A. Nein, ich war nicht bei der SS.

F. Sie fuellten einmal einen Antrag aus, oder es war veilleich einer fuer Sie ausgefuellt worden, und ich glaube, dieser ging niemal durch, oder irgend so etwas?

A. Das war im Jahre 1943, da wollte Himmler haben, dass ich in der SS einen hohen Rang bekomme. Er hatte es bereits frueher mehrmals gewuenscht gehabt, als ich noch Architekt war. Ich habe michaus der Sache herausgezogen, indem ich ihm sagte, ich waere bereit, einfacher SS-Mann zu werden, weil ich frueher schon mal SS-Mann gewesen waere. Daraufhin hat Gruppenfuehrer Wolff einen Fragebogen ausgefuellt, er wollte sicher sein ueber meine fruehere SS-Taetigkeit im Jahre 1932. Es stellte sich heraus, dass mein Name nicht auf der SS-Liste als Mitgli

H0380 - 0005

war und aus dieser Tatsache heraus wurde dann diese SS-Mitgliedscha nicht durchgefuehrt, weil ich nicht ein neues SS-Mitglied sein woll

F. Und warum wollten Sie kein SS-Mitglied sein. Das war doch schliesslich eine der wichtigsten Parteigliederungen?

A. Ich war bekannt dafuer, dass ich diese ganzen Ehrenraenge ablehnte, ich wollte diese Ehrenraenge nicht haben. Ich stand auf dem Standpunkt, man sollte nur da einen Rang haben, wo man eine Ver antwortung hat.

F. Und Sie wollten keine Verantwortung in der SS?

A. Ich hatte mit der SS zu wenig Beruehrungspunkte und wollt keine Verantwortung dort haben.

F. In einer Zeugenaussage wurde ueber Ihre Beziehungen zu d Konzentrationslagern gesprochen und so, wie ich es aufgefasst habe haben Sie erklaert, dass Sie KZ-Insassen benutzten und zwar zu Zwangsarbeit und dies auch gefoerdert haetten.

A. Ja, wir benutzten diese in der deutschen Ruestungsindustrie.

F.Ich glaube, dass Sie auch befuerwortet hatten, dass Leute die sich in Arbeitslagern befanden und Drueckeberger waren, in Konzentrationslager geschickt werden sollen; nicht wahr?

A. Das war die Frage der sogenannten Bummelanten. Unter Bummelanten verstanden wir Arbeitskraefte, die nicht rechtzeitig zur Arbeit kamen, oder die Krankheit vorschuetzten. Gegen diese Arbeitskraefte wurde waehrend der Kriegszeit bei uns scharf vorgegangen; i habe diese Massnahmen gebilligt.

F. Am 30. Oktober 1942 bei der Besprechung der Zentralen-Planung haben Sie tatsaechlich die Sache mit folgenden Worten vorgebracht:

"Wir muessen auch ueber die Bummelanten sprechen. Ley hat festgest dass die Krankenliste auf ½ bis 1/5 zurueckgegangen ist in den Fabriken, wo Aerzte im Hause sind, die die Kranken untersuchen koenn Es ist nichts dagegen zu sagen, dass die SS und Polizei drastische Schritte unternehmen, indem sie Bummelanten in Konzentrationslager bringen. Es gibt keinen anderen Ausweg. Es soll ruhig ein paar Mal

H0380 - 0006

passieren, das wird sich bald herumsprechen."

Das war Ihr Vorschlag, nicht wahr? Mit anderen Worten, die Arbeiter hatten eine furchtbare Angst vor den Konzentrationslagern, und das wollten Sie ausnutzen, um sie an ihre Arbeit zu halten; stimmt das nicht?

A. Es war sicher, dass das Konzentrationslager bei uns einen schlechten Ruf hatte und dass daher ein Verbringen in das Konzentrationslager, oder die Androhung einer solchen Moeglichkeit, schon von vornherein den Fehlstand in den Betrieben herabsetzen musste. Aber es ist in dieser Sitzung, wie ich gestern schon ausfuehrte, nie weiter darueber gesprochen worden. Es war eine der Bemerkungen, die man schon mal im Kriege in der Erregung machen kann.

F. Es scheint doch klarzuliegen, - falls ich es falsch ausdruecke, bitte korrigieren Sie mich - dass Sie wussten von dem schlechten Ruf der Konzentrationslager unter den Arbeitern, und dass die Konzentrationslager als viel schlimmer betrachtet wurden als die Arbeitslager?

A. Das ist richtig, das wusste ich. Ich wusste natuerlich nicht das, was ich hier im Prozess gehoert habe, aber das andere war eine allgemein bekannte Tatsache.

F. Es war doch in ganz Deutschland bekannt, nicht wahr, dass die Konzentrationslager ziemlich schlimme Plaetze waren?

A. Ja, aber nicht in dem Sinne, der hier in dem Prozess aufgedeckt wurde.

F. Und der schlechte Ruf der Konzentrationslager, der doch eine Tatsache war, war sehr nuetzlich, den Leuten Angst einzujagen, dass sie dorthin geschickt wuerden?

A. Zweifellos waren die Konzentrationslager ein Mittel, ein Drohmittel, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

F. Und um die Leute bei der Arbeit zu halten?

A. Das moechte ich in dieser Form nicht sagen. Ich behaupte, dass auch die auslaendischen Arbeitskraefte bei uns zum grossen Teil freiwillig ihre Arbeit vollbrachten, wenn sie erst in Deutschland waren.

F. Darauf werden wir noch zurueckkommen. Sie haben die KZ-Ar-

H0380 - 0007

beiter benutzt in Ihrer Produktion und zwar in welchem Ausmasse das Sie die Resultate der Arbeit mit Himmler teilen mussten nicht wahr?

A. Ich befuerchte, ich habe nicht recht verstanden.

F. Sie haben sich doch mit Himmler endlich darueber geeinigt, dass er 5% ungefaehr 5% bekommt von der KZ-Arbeiter-Produktion, waehrend Sie 95% bekamen?

A. Nein, das ist nicht ganz richtig.

F. Nun, sagen Sie mir, wie es war; das ist ja, was die Dokumente andeuten, wenn ich sie richtig verstehe?

A. Das steht in meinen Fuehrer-Protokoll so darin - ich moechte den Sinn erklaeren-: Himmler wollte in seinen Konzentrationslager wie ich gestern ausfuehrte, selbst Fabriken bauen, und haette dann eine unkontrollierte Waffenherstellung gehabt. Das wusste Hitler natuerlich. Diese 5% an Waffen, die Himmler haetten abgegeben werden sollen, waren im gewissen Sinne die Entschaedigung dafuer, dass er auf die Errichtung dieser Fabriken in den Konzentrationslagern selbst verzichtete. Es war ja fuer mich nicht ganz so einfach phsychologisch Himmler, der bei Hitler selbst immer wieder den Gedanken vorbrachte, Ruestungsbetriebe in den KZ zu errichten, in irgend einer Form davon abzubringen, und ich hoffte, dass er mit diesen 5% an Waffen er dann zufrieden waere. In der Tat aber wurden diese 5% nie ausgeliefert, denn wir haben das beim OKW-Fuehrungsstab, bei General Buhle, auf stillem Wege so erledigt, dass er diese Waffen nicht bekam.

F. Ich kritisiere den Handel nicht, verstehen Sie mich. Ich bezweifle gar nicht, dass Sie sehr gut daran taten, die 95% zu erhalten, aber es dreht sich darum, dass Himmler mit Ihrem Wissen Konzentrations-Arbeiter benuetzte, um Waffen herzustellen, oder wenigstens im Sinne hatte, sie zu benuetzen, und Sie wollten doch diese Produktion unter Ihrer Kontrolle haben?

A. Kann die Uebersetzung etwas lauter sein? Bitte wiederholen Sie. T.

F. Sie wussten zu der Zeit, dass Himmler Kz-Arbeiter verwandt um unabhaengig Waffen herzustellen, dass er auch Waffen herstellen wollte, und dass er beabsichtigte, in die Waffenindustrie einzutreten, um eine Quelle zu haben fuer die Waffenlieferung an seine eigene SS?

H0380 - 0008

A. Ja.

F. Sie kannten auch die Politik der nationalsozialistischen Partei und die Politik der Regierung betreffs Juden, nicht wahr?

A. Ich wusste, dass die nationalzosialistische Partei antisemitisch ist, und ich wusste, dass die Juden aus Deutschland evakuiert worden sind.

F. Sie nahmen doch an dieser Evakuierung teil, nicht wahr?

A. Nein.

F. Ich habe diesen Eindruck aus dem Dokument L-56, Exhibit 5 ein Brief vom Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz vom 26. Maerz 1943. Sie haben es ohne Zweifel gesehen; wenn Sie es nochmals sehen wollen, zeige ich es Ihnen; und da steht folgendes: "Ende Februar hat der Reichsfuehrer SS zusammen mit mir und dem Reichsminister fuer Wiederaufruestung zur Sicherung des Staates, die Juden aus den Arbeitsstaetten entfernt, die dort noch frei arbeiten, und nicht in Lagern untergebracht waren, und diese wurden entweder den Arbeitsgruppen uebertragen, oder sie wurden zum Abtransport zusammengestellt."

Ist das eine richtige Schilderung Ihrer Taetigkeit?

A. Nein.

F. Was geschah? Sie sagten, Sie haben es nicht getan, sagen Sie uns, wer es dann tat?

A. Das ist ein laengerer Vorgang: Wie ich im Februar 1942 mein Amt antrat, war bereits die Forderung der Partei, die Juden, die noch in den Ruestungsbetrieben beschaeftigt waren, zu entfernen aus den Ruestungsbetrieben. Ich habe damals dagegen Einspruch erhoben und habe erreicht, dass Bormann ein Rundschreiben herausgab, dass diese Juden weiter in den Ruestungsbetrieben beschaeftigt werden duerfen, und dass es den Parteidienststellen verboten ist, den Betriebsfuehrern wegen dieser Beschaeftigung der Juden, politische Vorwuerfe zu machen. Diese politischen Vorwuerfe wurden den Betriebsfuehrern von den Gauleitern gemacht, und zwar war das in der Hauptsache im Gau Sachsen und im Gau Berlin. Daraufhin konnten die Juden in den Betrieben bleiben. Ich hatte dieses Rundschreiben, ohne dazu die Ermaechtigung zu haben, in meinen Nachrichtenblaettern an saemtliche

H0380 - 0009

Betriebsfuehrer geschickt, damit ich Beschwerden der Betriebsfuehrer bekomme, falls die Partei trotzdem dieser Weisung nicht nachkommt. Daraufhin war Ruhe in dieser Frage bis zum September oder Oktober 1942. In dieser Zeit war eine Besprechung bei Hitler, bei der auch Sauckel anwesend war. In dieser Besprechung forderte Hitler sehr scharf, dass nun diese Juden aus den Ruestungsbetrieben heraus muessten, und ordnete das an; - das geht aus meinem Fuehrerprotokoll hervor, das noch erhalten ist. Trotzdem ist es wieder gelungen, die Juden noch in den Betrieben zu halten und dann ist erst im Maerz 1943, wie das Schreiben zeigt, dieser Widerstand erfolglos gewesen, und die Juden mussten aus den Ruestungsbetrieben herausgehen.

Ich muss darauf aufmerksam machen, dass es sich hier, soviel ich noch in Erinnerung habe, nicht um das Gesamtproblem der Juden handelte, sondern es haben sich in den Jahren 1941 und 1942 Juden in die Ruestungsbetriebe begeben, um dort eine kriegswichtige Arbeit, eine kriegswichtige Beschaeftigung zu haben, und mit dieser kriegswichtigen Beschaeftigung konnten sie der Evakuierung, die damals schon in vollem Gange war, entgehen. Sie waren in der Hauptsache beschaeftigt in der Elektro-Industrie, und hier hatte zweifellos der Geheimrat Buecher von der Elektro-Industrie, von AEG und Siemens, etwas nachgeholfen, um die Juden dort in groesserem Umfange aufzunehmen. Diese Juden waren noch voellig frei und ihre Familien waren noch in ihren Wohnungen.

Dieses Schreiben ist mir natuerlich nicht vorgelegt worden von Gauleiter Sauckel, und Sauckel behauptet ja, dass er selbst es auch nicht gesehen haette; aber es ist kein Zweifel, und es ist richtig, dass ich vor dieser Aktion davon Kenntnis bekam, denn es musste ja die Frage diskutiert werden, wie der Ersatz zu schaffen ist. Es ist aber genau so sicher, dass ich auch damals dagegen Protest erhob, dass diese Fachkraefte mir aus der Ruestung genommen werden, weil das fuer mich, abgesehen von anderen Gruenden, eine Belastung war in der Ruestung.

F. Das will ich ja gerade betonen. Sie wie ich Sie verstehe, haben sich genuegend Muehe, Arbeitskraefte zu beschaffen, um den Krieg fuer Deutschland zu gewinnen, und dieser antisemitische Feldzug war so stark, dass er gelernte Techniker von Ihnen wegnahm, sodass Sie nicht im Stande waren, Ihre Aufgaben durchzufuehren, stimmt das?

A. Ich habe den Sinn der Frage nicht verstanden.

F. Ihr Problem war, Waffen herzustellen, um den Krieg fuer Deutschland zu

H0380 - 0010

gewinnen, und das war sehr erschwert durch diesen antijuedischen Feldzug, der von Ihren Mitangeklagten durchgefuehrt wurde, stimmt das?

A. Das ist sicher, und es ist genau so klar, dass, wenn die Juden, die evakuiert worden sind, bei mir haetten arbeiten koennen, dass das fuer mich ein grosser Vorteil gewesen waere.

VORSITZENDER: Justice Jackson, ist es schon bewiesen, wer das Dokument L-156, unterschrieben hat? Es hat scheinbar eine Unterschrift darunter.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich glaube, es ist eine Unterschrift da, es kommt vom Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz. Wollen wir es uns ansehen.

VORSITZENDER: Vielleicht kann der Angeklagte uns sagen, wer es unterschri ben hat?

ZEUGE: Der Mann ist mir unbekannt; es muss ein untergeordneter Beamter beim Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz sein, denn ich kenne die naechsten Mitarbeiter von Sauckel alle persoenlich. -- Entschuldigen Sie, das Dokument kommt vom Regierungs-Praesidenten Koblenz, wie ich hier sehe. Das ist ein Mitarbeiter im Regierungsbezirk Koblens, der mir natuerlich unbekannt ist.

F. Auf jeden Fall, ist der Inhalt doch der Sinn, wie Sie ihn mir erklaert haben, nicht wahr?

A. Ja.

F. Ich moechte jetzt gerne wissen, wie Zwangsarbeiter besorgt wurden. Sie, wie ich verstanden habe, wussten , dass 100 000 Juden aus Ungarn fuer unterirdische Flugzeugfabriken abtransportiert worden sind, und Sie haben uns gesagt bei Ihrem Verhoer am 18. Oktober 1945, dass Sie da nichts einzuwenden haetten, stimmt das?

A. Das ist richtig, ja.

H0380 - 0011

F: Sie haben jedenfalls die Erklärung abgegeben, und zwar sehr offen am gleichen Tage, dass Sie darüber informiert waren, dass ein grosser Teil der Arbeitskräfte, die von Sauckel eingeführt wurden, auf illegalem Wege eingeführt wurden. Das ist doch auch richtig?

A: Ich habe damals sehr darauf geachtet, welchen Ausdruck der verhörende Offizier gebrauchte; er hat den Ausdruck gebraucht , "sie kamen entgegen ihren Willen" und das habe ich bejaht.

F: Haben Sie nicht gesagt, dass es kein Geheimnis für Sie war, dass sie auf illegalem Wege eingeführt wurden? Das haben Sie doch selbst gesagt?

F: Nein, das bestimmt nicht.

A: Auf jeden Fall, Sie wussten, dass bei der Führerbesprechung im August 1942 der Führer mit allen Zwangsmassnahmen einverstanden war, um Arbeiter zu bekommen, wenn sie nicht auf freiwilliger Grun lage eingeführt werden konnten, und Sie wussten, dass dieses Progr durchgeführt wurde. Sie achteten sehr wenig auf die legale Seite dieser Sache. Sie brauchten Arbeitskräfte, das ist doch Tatsache?

A: Absolut korrekt.

F: Ob es legal, oder illegal war, das machte Ihnen weiter keine Sorge?

A: Ich glaube, dass das in der ganzen Kriegslage, und in der ganzen Auffassung, die wir in dieser Frage hatten, begründet war.

F: Ja; es war in Vereinbarung mit der Politik der Regierung, un das war alles, was Sie damals wissen wollten?

A: Ja, ich bin der Meinung, dass in dem Augenblick, in dem ich mein Amt antrat, im Februar 1942, alle diejenigen Vergehen gegen internationales Recht, wie mir heute vorgeworfen werden kann, an sich bereits realisiert waren.

F: Sie streiten es doch nicht ab, dass Sie in diesem Programm gewisse Mitverantwortung haben? ---ob es nun eine legale Verant-wortung war, oder nicht -- diese Arbeitskräfte gegen ihren Willen nach Deutschland zu bringen. Das streiten Sie doch nicht ab, oder?

A: Die Arbeitskräfte wurden zum grossen Teil gegen ihren Willen

H0380 - 0012

nach Deutschland gebracht, und ich hatte nichts dagegen einzuwenden, dass sie gegen ihren Willen nach Deutschland kamen; ich habe im Gegenteil in der ersten Zeit, bis zum Herbst 1942, sicher auch meine ganze Energie eingesetzt, dass möglichst viele Arbeitskräfte nach Deutschland kamen.

F: Sie nahmen zu einem gewissen Teil an der Aufteilung dieser Arbeitskräfte teil auf verschiedene Betriebe oder verschiedene Industrien, die Arbeiter brauchten?

A: Nein, das müsste näher erläutert werden, das verstehe ich nicht.

F: Nun, sie kamen zuletzt zu einer Übereinstimmung mit Sauckel mit Bezug auf die Verteilung der Arbeitskräfte, nachdem diese in Deutschland eingetroffen waren, nicht wahr?

A: Das wurde geregelt nach den sogenannten Dringlichkeitsstufen. Ich musste natürlich Sauckel sagen, in welchem Falle von mir Arbeitskräfte am vordringlichsten gebraucht werden, aber das wurde in genereller Weise erledigt.

F: Mit anderen Worten, Sie haben das Vorzugsrecht eingeführt für den Anspruch verschiedener Industrien auf Arbeitskräfte als diese in das Reich kamen?

A: Das ist selbstverständlich, das musste ja sein.

F: Ja. Soweit nun die Verwendung von Kriegsgefangenen in Frage kommt, welche Streitigkeiten auch über die genauen Zahlen bestehen mögen, besteht jedenfalls keine Frage darüber, dass Kriegsgefangene in der Rüstung verwendet wurden, nicht wahr?

A: Nein, es wurden nur russische Kriegsgefangene und italienische Militär-Internierte in der Waffenherstellung verwendet. Über die Verwendung von französischen und anderen Kriegsgefangenen in der Waffenherstellung, habe ich verschiedene Male mit Keitel Besprechungen gehabt, und muss hier sagen, dass Keitel sich immer auf dem Standpunkt stellte, dass diese Kriegsgefangenen gegen das Genfer-Kriegsgefangenen Abkommen nicht beschäftigt werden dürfen. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich auf Grund dieser Tatsache nicht weiter meiner

H0380 - 0013

Einfluss geltend gemacht habe, dass diese Kriegsgefangenen trotzdem gegen das Genfer-Kriegsgefangenen-Abkommen in der Rüstung beschäftigt werden können. Natürlich ist der Begriff, was Waffenherstellung betrifft, ein sehr umstrittener. Es kommt darauf an, wie man den Begriff definiert, ob man den Begriff Rüstung sehr weit, oder sehr eng nimmt.

F: Nun, Sie waren der Nachfolger Todt's, und Sie hatten doch alle Machtbefugnisse, die er auch hatte?

A: Ja.

F: Eine seiner Weisungen von 31.Oktober 1941, ein Brief vom OKW, der hier als Exhibit 214 vorliegt, Dokument EC-294, sieht vor, dass die Vertreter des Reichsministers für Munition in Kriegsgefangenenlagern zugelassen werden sollen, um gelernte Arbeiter auszusuchen. Das gehörte doch zu Ihren Befugnissen, nicht wahr?

A: Nein, das war eine Sonderaktion, die Dr.Todt damals eingeleitet hat auf Grund einer Vereinbarung mit den OKW. Das wurde aber später nicht mehr durchgeführt.

F: Am 22.April 1943 auf der 36.Zusammenkunft der Zentralen Planung hatten Sie folgende Klage gehabt, Herr Speer: "Es liegt eine Erklärung vor, auf welche Industriezweige die russischen Kriegsgefangenen verteilt werden -- und es ist ganz interessant. Es zeigt, dass die Munitionsindustrie nur 30 % bekommen hat; darüber habe ich mich ständig beschwert." Das stimmt doch, nicht wahr?

A: Das ist, glaube ich, falsch übersetzt worden, das heisst nicht die "Munitions-Industrie", sondern "die Rüstungsindustrie hat 30% bekommen."

F: Ich sage "Rüstung"?

A: Da ist noch kein Beweis dafür, dass diese Kriegsgefangenen gegen das Genfer-Kriegsgefangenen-Abkommen beschäftigt worden sind, weil in dem Sektor Rüstungsindustrie genügend Platz war, diese Arbeiter auch an Plätzen zu beschäftigen, die nicht im Sinne der Genfer-Kriegsgefangenen-Abkommens Rüstungsgegenstände waren. Trotzdem ist, glaube ich, bei den russischen Kriegsgefangenen auf eine scharfe

H0380 - 0014

Einhaltung des Genfer-Abkommens nicht der Wert gelegt worden, wie bei den Kriegsgefangenen aus den westlichen Ländern.

F: Stellen Sie sich auf den Standpunkt, dass die Gefangenen, ich spreche jetzt von den französischen Kriegsgefangenen, nicht bei der Herstellung von Material verwendet wurden, das direkt zum Kriege diente, oder sagen Sie, dass, obwohl sie dazu benutzt wurden, dies legal unter der Genferkonvention sei?

A: Soviel mir bekannt ist, sind in Frankreich Kriegsgefangene nicht gegen die Bestimmungen verwendet worden. Ich kann es nicht kontrollieren, weil die Kontrolle über diesen Einsatz nicht in meinem Dienstbereich lag und es ist mir bei den zahlreichen Betriebsbesichtigungen nicht aufgefallen, dass irgendwo Kriegsgefangene aus westlichen Gebieten an der unmittelbaren Herstellung von Rüstungsgegenständen beschäftigt waren.

F: Wollen Sie uns bitte genau wiedergeben, was die französische Kriegsgefangenen zu tun hatten, womit waren sie beschäftigt?

A: Ja, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe bereits gestern ausgeführt, dass die Zuweisung der Kriegsgefangenen oder der ausländischen Arbeitskräfte oder deutschen Arbeitskräfte an de Betrieb ja nicht meiner Zuständigkeit unterlag, sondern dass diese Zuweisung vom Arbeitsamt zusammen mit der Stallag durchgeführt wurde, soweit es Kriegsgefangene waren.

Ich bekam nur eine Übersicht darüber wie viele Arbeitskräfte insgesamt in die Betriebe gegangen waren und konnte mir keinen Überblick darüber beschaffen, welche Arten von den Arbeitskräften in den einzelnen Betrieben beschäftigt waren, daher kann ich auf die Frage keine genügende Auskunft geben.

F: Nehmen wir jetzt die 50.000 gelernten Arbeiter, die Sie nach Ihrer gestrigen Aussage wegnahmen und an einen anderen Platz einsetzten, worüber Sauckel sich beschwerte. An welcher Arbeit wurden diese eingesetzt?

A: Ja, das waren keine Kriegsgefangenen.

HO380 - 0015

F: Dann wollen wir mal von diesen Leuten sprechen. Wie haben Sie diese verwandt?

A: Diese Arbeitskräfte wurden vom Atlantikwall, an dem sie beschäftigt waren, nach dem Ruhrgebiet gebracht und haben diebeiden Talsperren, die durch den Fliegerangriff beschädigt waren, wieder in Ordnung gebracht. Allerdings ist dazu zu sagen, dass diese Verbringung dieser 50.000 Arbeitskräfte, ohne mein Wissen geschah und dass die Folge der Verbringung dieser 50.000 Arbeitskräfte vom Westen nach den Atlantikwall eine Katastrophe war. Es sind dort über ein Drittel dieser Arbeitskräfte von den Baustellen weggegangen, weil sie befürchteten auch nach Deutschland zu kommen. Aus diesen Grund widerriefen wir so schnell wie möglich, diesen Befehl, sodass das Vertrauen der französischen Arbeiter, die am Atlantikwall arbeiteten, für uns aufrecht erhalten wurde. Es geht aus dieser Tatsache hervor, dass die französischen Arbeitskräfte bei uns, bei den Baustellen der Organisation Todt nicht zwangsmässig beschäftigt waren, sonst hätten sie doch nicht in einer solchen Anzahl weggehen können, nachden Sie die Gefahr erkannten, dass sie unter Umständen nach Deutschland gebracht wurden. Diese Massnahmen mit den 50.000 Arbeitern aus der Organisation Todt nach Deutschland war eine vorübergehende, die ich sobald wie möglich korregierte. Es war ein Irrtum der unterlaufen kann, wenn ein Minister seine Instruktionen verwirklichen will und dann die anderen Instanzen anfangen diese scharfe Weisung mit allen Mitteln durchzuführen.

F: Kennen Sie das Dokument EC 60, worin steht, dass die Arbeiter der Organisation Todt ihre Leute mit Gewalt heranschaffen mussten?

A: Ich kann mich jetzt im Moment nicht daran erinnern.

F: Verzeihung?

A: Ich kann mich jetzt im Moment nicht daran erinnern. Kann ich das Dokument sehen?

F: Selbstverständlich, wenn Sie wünschen. Ich wollte Sie nur daran erinnern, dass die Beweismittel hier im Gegensatz zu dem stehen, wa Sie hier aussagen über dieses Thema.

Es ist Seite 42, in dem Paragraph steht:

H0380 - 0016

"Bedauerlicher Weise sind die Zuweisungen zur OT aufgrund des Artikels 52 der Hager Landkriegsordnung seit längerer Zeit erheblich zurückgegangen; denn der grössere Teil der zugewiesenen Arbeiter kam nicht. Aus diesem Grunde mussten weitere Zwangsmassnahmen ergriffen werden. Der Prefect und die französischen Arbeitseinsatzstellen arbeiten ziemlich loyal zusammen, was wahr ist; aber sie haben nicht genügend Machtbefugnis diese Massnahmen durchzuführen."

A: Ich glaube, dass ich nicht richtig verstanden worden bin. Ich bestreite nicht, dass ein grosser Teil der Arbeitskräfte der Organisation Todt dienstverpflichtet wurden im Westen und dass sie nur zwangshalber zum Bauen kamen aber wir hatten keine Möglichkeit sie dort an Ort und Stelle zwangsweise zu halten. Das wollte ich sagen. Sie konnten, wenn sie arbeitsunlustig waren, konnten sie ihren Arbeitsplatz wieder verlassen und sind dann zu Widerstandsbewegung gegangen und haben sich sonst irgendwo verborgen gehalten.

F: Dieses System der Dienstverpflichtung war doch ein System des Zwanges, nicht wahr?

A: Das war die Dienstverpflichtung französischer Arbeiter für Zwecke im Reich oder in Frankreich. Allerdings muss ich noch dazu sagen, dieser Bericht ist vom Juni 1943. Im Oktober 1943 wurde auch die Organisation Todt insgesamt zum Sperrbetrieb erklärt und erhielt damit die Vorteile, die die anderen Sperrbetriebe hatten und die ich gestern genügend ausgeführt habe. Mit diesem Schritt war auch bei de Organisation Todt ein Gross-Angebot an Arbeitskräften, die freiwilli hineingingen , soweit man nicht den Druck für die Gewähr der Verbringung nach Deutschland Sie dazu zu bringen in die Organisation Todt oder in die Sperrbetriebe zu gehen, als einen militärischen Zwa ansehen will.

F: Wurden diese Leute in Arbeitslager untergebracht?

A: Das ist beim Bauen allgemein so. Die Baustellen sind weit weg von den Dörfern gewesen und daher waren es Arbeitslager, in denen die deutschen Arbeitskräfte und auch die ausländischen Arbeitskräfte untergebracht waren. Es gab aber auch Unterbringungen in Dörfern

H0380 - 0017

soweit es möglich war. Ich glaube, dass sie grundsätzlich nur in Lagern untergebracht waren. Ich kann es aber hier nicht genau sagen.

VORSITZENDER: Ist das Dokument schon eingereicht worden?

MR.JUSTICE JACKSON: Das Dokument aus den ich zitiert habe, ist USA-Exhibit Nr. 892.

DURCH MR.JUSTICE JACKSON:

F: Wir verlassen jetzt die Frage über Ihre persönliche Beteiligung in dieser -----

VORSITZENDER: Ist es ein neues Dokument, Mr.Jackson?

MR.JUSTICE JACKSON: Nein, das ist schon einmal angeboten worden.

VORSITZENDER: Es wurde schon vorher vorgelegt.

MR.JUSTICE JACKSON: Ich höre, dass das falsch ist, dass es doch ein neues Dokument ist. 892 ist eine neue Nummer.

DURCH MR.JUSTICE JACKSON:

F: Wir verlassen jetzt die Frage Ihrer persönlichen Beteiligung an diesem Programm.

VORISTZENDER: Können Sie uns sagen, woher das Dokument kommt. Ich sehe es ist EC 60. Es muss erbeutet worden sein.

MR.JUSTICE JACKSON: Es ist ein wirtschaftliches Dokument. Es ist ein sehr umfangreiches Dokument.

VORSITZENDER: Können Sie uns sagen, was es ist oder wer es unterzeichnet hat? Anscheinend ist es ein sehr grosses Dokument, nicht wahr?

MR.JUSTICE JACKSON: Es ist ein langes Dokument und ist ein Bericht von Oberfeldkommandant Lille, das ist der Name, mit dem es unterzeichnet ist.

DURCH MR.JUSTICE JACKSON: Nun kommen Sie zu der Frage --

VORSITZENDER: Darf ich das Dokument ein mal sehen? Sehen Sie, Mr.Justice Jackson, ich bin darauf verwiesen worden, dass wir soweit das Protokoll in Frage kommt, nur den von Ihnen verlesenen Auszug haben. Wir haben kein Datum, wir haben keine Unterschrift, wenn überhaupt irgendeine Unterschrift auf dem Dokument ist.

MR!JUSTICE JACKSON: Ich habe lediglich seine Erinnerung aufge-

H0380 - 0018

frischt, um Tatsachen zu erfahren und ich habe in Wirklichkeit das Dokument nicht angeboten. Wenn Sie es wünschen, will ich gerne in Einzelheiten gehen, es ist aber sehr viel unerhebliches Material darin.

VORSITZENDER: Wenn Sie nicht die Absicht haben es anzubieten, dann wollen wir uns lieber nicht damit beschäftigen.

MR.JUSTICE JACKSON: Ein grosser Teil davon ist unerheblich.

VORSITZENDER: Ja.

MR.JUSTICE JACKSON: Das Zitat ist korrekt beglaubigt.

VORSITZENDER: In diesem Falle mögen Sie sich darauf beziehen, ohne das Dokument zu benutzen. Dann brauchen wir das Dokument nicht als ein Exhibit zu identifizieren.

DURCH MR.JUSTICE JACKSON:

F: Nun verlassen wir die Frage Ihrer persönlichen Teilnahme in diesen Angelegenheiten und werden uns mit dem zweiten Teil Ihres direkten Verhöres befassen. Ich möchte Sie darüber befragen, was Sie betreffs des Vorschlages das Genfer Abkommen zu kündigen, gesagt haben.

Sie sagten gestern, dass vorgeschlagen worden war von Genfer Abkommen zurückzutreten. Möchten Sie uns bitte sagen, wer diese Vorschläge machte?

A: Dieser Vorschlag ging, wie ich bereits gestern gesagt habe, von Dr.Göbbels aus und zwar nach dem Luftangriff auf Dresden. Aber Göbbels und auch Ley hatten bereits früher schon, ab Herbst 1944, öfter Gespräche darüber geführt, dass man eben den Krieg mit allen Mitteln verschärfen müsse, sodass ich den Eindruck hatte, dass Göbbels nur den Angriff auf Dresden zum Anlass nahm, und die Erregung, die darüber bestand, um den Austritt aus der Genfer Konvention zu erreichen.

F: Wurde damals vorgeschlagen, Giftgas im Kriege zu benutzen? Wurde ein derartiger Vorschlag damals gemacht?

A: Ich habe nicht unmittelbar und aus direkter Wahrnehmung fest-

H0380-0019

stellen können, dass ein Gaskrieg eröffnet werden sollte, aber ich wusste von verschiedenen Mitarbeitern von Ley und auch von Goebbels dass diese die Frage des Einsatzes unserer beiden neuen Kampfgase Tabun und Sarin haben wollen. Sie glaubten, dass diese beiden Gase eine besondere Wirkung ausüben würden und sie waren tatsächlich von einer furchtbaren Wirkung. Diese Wahrnehmungen machten wir bereits im Herbst 1944, als sich die Situation sehr verschärft hatte und sie machte verschiedenen Leuten grosse Sorgen.

F: Wollen Sie uns etwas über diese Gase erzählen, wie sie hergestellt wurden, welche Wirkung und welche Eigenschaften sie haben und die Vorbereitung, die zum Gaskrieg gemacht wurde?

A: Ich kann es im einzelnen nicht sagen, ich bin zu wenig Fachmann, ich weiss nur, dass diese beiden Gase von ganz ausserordentlicher Wirkung waren, dass dagegen auch keine Gasmaske, kein Gasschutz irgendwie vorhanden war nach unserer Kenntnis, sodass also die Soldaten sich gegen dieses Gas in keiner Weise hätten schützen können. Wir hatten für diese Gasfabrikation etwa drei Fabrikate, die alle unzerstört und die bis November 1944 in vollen Betrieb waren. Als die Gerüchte über die Möglichkeit der Anwendung von Gas zu uns kam, habe ich im November 1944 die Gasproduktion stillgelegt. Ich habe sie dadurch stillgelegt, das ich die sogenannte Vorproduktion, also die chemischen Zulieferungen für diese Gasproduktion sperrte. Nach den Feststellungen der alliierten Behörden ist tatschächlich ab Ende Dezember, anfang Januar dadurch die Gasproduktion bei uns ausgelaufen, das heisst also zum Stillstand gekommen. Ich habe zunächst , durch ein Schreiben an Hitler, das noch vorliegt, vom Oktober 1944, auf legalem Wege die Genehmigung zur Stilllegung dieser Gasfabrikation zu bekommen und zwar mit der Begründung, dass für die Fliegerangriffe die Vorprodukte - es war in der Hauptsache secian - auch für andere Zwecke notwendiger gebraucht würde. Ich erhielt darauf von Hitler den Bescheid, dass auf jeden Fall die Gasproduktion weiterlaufen müsste und gab aber dann von mir aus die Weisung, dass die Vorprodukte nicht weiter ausgeführt werden

H0380 – 0020

F: Können Sie andere Leute nennen, die auch für den Gaskrieg waren?

A: Es war von der militärischen Seite bestimmt kein Mensch für den Gaskrieg. Alle die militärischen Leute lehnten den Gaskrieg ab, da er ja ein heller Wahnsinn war, denn bei der Luftüberlegenheit, die Sie hatten, musste ja in kurzer Zeit über die deutschen Städte eine furchtbare Katastrophe kommen.

F: Die Gruppe, die für den Gaskrieg war, bestand sie aus dem politischen Kreise um Hitler?

A: Sie bestand aus einem bestimmten Kreis politischer Leute, der eng umgrenzt war. Das war in der Hauptsache Bormann, Ley und Goebbels. Das waren immer dieselben drei, die mit allen Mitteln für eine Verschärfung des Krieges eintraten.

Auch ein Mann wie Fegelein gehörte auch zu derselben Gruppe. Von Himmler möchte ich es jetzt nicht so exact behaupten. Denn Himmler war damals etwas abgesetzt von Hitler, da er sich den Luxus erlaubte, eine Heeresgruppe zu leiten, obwohl er nichts davon verstand.

F Eines von diesen Gasen war das Gas, welches Sie beabsichtigten zu gebrauchen gegen diejenigen, die es wieder anderen gegenüber gebrauchen wollten und ich nehme an, dass Ihr Motiv .....

A Ich muss Ihnen offen sagen, dass der Grund für diese Pläne aus der Sorge kam, dass unter Umständen eine Anwendung von Gas stattfinden könne und die Idee, dieses Gas selbst anzuwenden, ist auf mich nicht zurückzuführen. Das ist doch ganz klar.

F Und Ihre Gründe waren wahrscheinlich dieselben, die die militärischen Herren hatten, nicht wahr, das heisst mit anderen Worten, Sie fürchteten, dass Deutschland dabei den Kürzeren ziehen würde, wenn es einen derartigen Krieg anfangen würde. Das war doch das, was den Militärbehörden Sorge machte?

A Nein, nicht nur das. In dieser Phase des Krieges war es ganz klar, dass auf keinen Fall internationale Verbrechen begangen werden durften, die dann nach dem verlorenen Krieg das deutsche Volk belasten würden. Das war an sich das entscheidende.

F Wie steht es nun mit den Bomben, nachdem der Krieg schon offensichtlich verloren war, die Bomben, die immer noch täglich Nach England abgefeuert wurden, Wer war denn dafür?

A Sie meinen die Raketen?

F Jawohl.

A Die Raketen waren für unsere Produktionstechnik eine sehr kostspielige Angelegenheit, und ihre Wirkung war im Verhältnis zu dem Aufwand eine minimale. Infolgedessen hatten wir kein grosses Interesse daran, diese Sache in grösserem Umfange zu fertigen. Derjenige, der es am meisten forderte, war in diesem Falle Hitler, der einen Obergruppenführer Tammler damit beauftragt hatte, das Verschiessen dieser Rakete nach England vorzunehmen. In den Kreisen des Heeres war man derselben Meinung

H0380 – 0021

H0380-0022

wie ich, nämlich, dass diese Raketen zu kostspielig wären, und auch in den Kreisen der Luftwaffe war man ähnlicher Meinung, denn mit dem Aufwand für eine Rakete hätte man einen Jäger bauen können. Es ist klar, dass es besser für uns gewesen wäre, wenn wir uns diesen Unsinn nicht geleistet hätten.

F Wir wollen noch einmal auf die Eigenschaft dieses Gases zurückkommen. War eine der Eigenschaften dieses Gases, dass hohe Temperaturen erzeugt wurden; wenn es explodierte, dann gab es eine sehr hohe Temperatur, so dass man dagegen keinen Schutz hatte?

A Nein. Das ist ein Irrtum. Es ist so, dass normale Gase verdunsten bei der normalen Lufttemperatur. Dieses Gas verdünstete erst bei sehr hohen Temperaturen und diese sehr hohen Temperaturen wurden erst dann ausgelöst, wenn eine Explosion dazu kam. Also wenn der Sprengstoff explodiert, entsteht eine sehr hohe Temperatur, dann verdünstet das Gas und der feste Stoff wird zu Gas. Aber die Wirkung hat mit der Temperatur nichts zu tun.

F Die Experimente mit diesen Gasen wurden doch durchgeführt?

A Das kann ich nicht sagen. Gewiss mussten Experimente durchgeführt worden sein.

F Wer leitete diese Experimente mit den Gasen?

A Es war die Entwicklungsabteilung im Oberkommando des Heeres im Heereswaffenamt, meiner Kenntnis nach. Ich kann es nicht genau sagen.

F Gewisse Experimente und Forschungen wurden auch in der Atom-Energie durchgeführt, nicht wahr?

A Wir waren leider nicht so weit, denn dadurch, dass die besten Kräfte, die wir in der Atomforschung hatten, nach Amerika auswanderten, waren wir in der Atomforschung sehr stark zurückgeworfen und wir waren an sich noch ein bis zwei Jahre davon entfernt, um vielleicht eine Atomzertrümmerung bekommen zu können.

F Die Plitik, <u>die</u> Leute aus Deutschland zu vertreiben, die mit Euch nicht einverstanden waren, hat keine guten Dividenden gezeigt?

A Das hatte für uns auf diesem Gebiet einen ganz entschiedenen

H0380 – 0023

Nachteil.

F Nun habe ich hier gewisse Informationen erhalten über ein Experiment in der Nähe von Auschwitz. Ich möchte Sie fragen, ob Sie darüber gehört haben oder etwas wissen? Der Zweck dieses Experiments war, zu entdecken, wie man schnell und vollständig Leute beseitigen kann, ohne die Mühe und Arbeit des Erschiessens oder Vergasens oder Verbrennens wie es bisher gemacht wurde, Zu diesem Experiment wurde ein kleines Dorf das für diesen Zweke aufgebaut, und dort wurden 20 000 Juden untergebracht. Mit Hilfe dieses neu erfundenen Zustörungsstoffes wurden diese 20 000 Menschen vernichtet und zwar sofort und in einer Art und Weise, dass keine Spur von ihnen übrig blieb. Die Sprengung bracht eine 4 - 500 Grad Celsius-Hitze hervor und zerstörte die Leute so, dass nichts mehr von ihnen übrig blieb.

A .Nein, das halte ich für unwahrscheinlich. Wenn wir ein derartiges Kampfmittel gehabt hätten, das wäre mir nicht unbekannt geblieben. Wir haben aber ein derartiges Kampfmittel nicht gehabt. Es ist klar, dass auf dem Gebiet des chemischen Krieges auf beiden Seiten versucht wurde, neue Kampfmittel zu erforschen die überhaupt nötig waren, weil man ja nicht wusste, welche Seite zuerst diese chemischen Kampfmittel anwenden würde.

F Die Meldungen über eine neue Geheimwaffe waren also übertrieben und hatten nur den Zweck, weiter für den Krig anzuhalten

A Das war in der Hauptsache in der letzten Phase des Krieges so. Ab 6. Juli 1944 bin ich sehr oft an die Front gefahren und habe ungefähr 40 Frontdivisionen in ihren Abschnitten besucht, und habe dabei feststellen müssen, dass man der Truppe genau so wie man dem deutschen Volk Hoffnungen machte, dass eine neue Waffe käme oder überhaupt neue Waffen kämen, und zwar Wunderwaffen, die den Sieg ohne soldatischen Einsatz garantieren würden. In diesem Glauben lag dann auch das Ergebnis dafür, dass in Deutschland viele Menschen ihr Leben liessen, obwohl sie nach allen Vernunftsgründen sich selbst überlegten, dass der Krieg zu Ende sei. Aber sie glaubten, dass in kurzer Zeit diese neuen Waffen kommen würden. Ich habe darüber sowohl an Hitler geschri

H0380 - 0024

ben und habe auch in verschiedenen Reden, sogar vor den Propagandaleitern von Goebbels versucht, diesem Glauben entgegenzuwirken. Es wurde mir sowohl von Hitler wie auch von Goebbels erklärt, dass dies keine Propaganda wäre, die von ihnen gemacht würde, sondern dass das ein Glaube wäre, der im Volke entstanden sei. Ich habe erst heir auf der Anklagebank von Fritsche gehört, dass diese Propaganda systematisch von irgenwelchen Kanälen in das Volk gebracht wurde und zwar von einem SS-Standartenführer Berg. Mir ist daraufhin vieles klar geworden; denn dieser Berg war als Vertreter des Propagandaministeriums des öfteren in Sitzungen und grösseren Tagungen meines Ministeriums anwesend, weil er Artikel über diese Tagungen schrieb. Er hörte dort von unseren Sachen und hat nun diese Kenntnis dazu verwandt, um sie mit viel Phantasie in das Volk zu bringen.

F Als es klar geworden war, dass der Krieg verlor en war, nahmen Sie dann den Standpunkt ein, meiner Ansicht nach, dass Sie eine Verantwortung dafür fühlten, das deutsche Volk mit so wenig Zerstörung als nur möglich aus dem Krieg herauszubringen. Ist das eine richtige Darstellung Ihres Standpunktes?

A Ja. Ich habe aber dieses Gefühl nicht nur für das deutsche Volk gehabt. Ich war mir darüber im klaren, dass man auch vermeiden müsse, dass Zerstörungen in den besetzten Gebieten stattfanden. Das war mir genau so wichtig und ein ganz reeler Grund, weil ich mir überlegte, da ja nach dem Kriege diese ganzen Zerstörungen nicht etwa uns zur Last gelegt würden, sondern der nachfolgenden Regierung oder dem deutschen Volk und den kunftigen deutschen Generationen.

F Also Ihre Meinung unterschied sich gegenüber den Leuten, die den Krieg bis zum bitteren Ende durchführen wollten, insofern, als Sie haben wollten, dass Deutschland Gelegenheit haben solle wieder zum Leben zurückzukehren, während Hitler sich auf den Standpunktstellte, wenn er nicht überleben konnte, dann wäre ihm auch gleichgültig, ob Deutschland überlebt oder nicht.

A Das ist richtig. Und ich hätte diese Aussage hier vor Gericht

nicht gewagt zu machen, wenn ich es nicht durch die direkten Beweise meiner Dokumente hätte tun können. Denn so eine Aussage ist ja ungeheuerlich. Aber der Brief, den ich ihm am 29. März schrieb, zeigte, ja, dass er das ausgesprochen hat.

F Vielleicht darf ich ein Kommentar machen. Es war uns gerade nicht neu, dass er auf diesem Standpunkt stand. In den meisten anderen Ländern war man ja überzeugt, dass Hitler so dachte. Waren Sie zusammen mit Hitler, als er das Telegramm von Göring bekam, worin stand, dass Göring die Macht übernehmen sollte?

A Ich flog am 23. April nach Berlin, um mich dort von verschiedenen meiner Mitarbeiter zu verabschieden und - wie ich offen sagen möchte - um mich nach allem was geschehen war, Hitler zur Verfügung zu stellen. Das klingt vielleicht etwas seltsam, aber die widerstrebenden Gefühle bei mir überragten das, was ich gegen ihn tun wollte und über seine ganze Handlungsweise. Ich hätte noch keinen innerlich klaren Grund, keine Basis über mein Verhältnis zu ihm. Daher folg ich zu ihm hin. Ich wusste nicht, ob er etwas von meinen Sachen wusste. Ich wusste auch nicht, ob er mir befehlen würde, in Berlin zu bleiben. Ich hatte aber den Eindruck, dass es eine Verpflichtung ist, nicht feige davonzulaufen, sondern sich noch einmal zu stellen. An diesem Tage kam das Telegramm von Ribbentrop an Hitler an. Dieses Telegramm wurde ihm von Bormann vorgelegt.

F Hitler vorgelegt?

A Ja.

F Was hatte Hitler zu sagen bei dieser Gelegenheit?

A Hitler war ausserordentlich erregt über den Inhalt dieses Telegramms und äusserte sich in einer sehr klaren Weise über Göring. Er erklärte, er "wüsste seit langem, dass dieser versagt hätte, dass er korrupt sei und dass er ein Morphinist sei." Ich war darüber ausserordentlich erschüttert. Denn ich fand, wenn das Staatsoberhaupt diese Kenntnis seit langem hatte, es dann von den Staatsoberhaupt nicht verantwortlich war, dass er diesen Mann an seinem Posten liess, von dem das Leben unzähliger Menschen abhängt.

H0380 - 0025

H0380 - 0026

Es war aber bezeichnend für die Einstellung, die Hitler zum gesagten Problem hatte, als er dann anschliessend sagte:" Aber die Kapitulationsverhandlungen, die kann er trotzdem machen."

F Hat er gesagt, warum er ihm die Kapitulationsverhandlungen überlassen wollte?

A Nein. Er erklärte nur beiläufig " Es spielt ja keine Rolle wer es tut." Es kam in diesen Worten eine Missachtung dem deutschen Volke gegenüber zum Ausdruck-.

F Das heisst, seine Haltung war folgende: Da nichts mehr zu retten ist, soll Göring ausbaden. Ist das eine der Wahrheit entsprechende Erklärung seiner Lage?

A Das war mein Eindruck.

F Diese Politik, Deutschland in die Zerstörung zu jagen, nachdem der Krieg verloren war, trieb Sie schliesslich so weit, dass Sie an verschiednen Komplotten teilnahmen, um die Leute zu entfernen, die für diese Zerstörung, die Sie wahrnahmen in Ihrem Lande, verantwortlich waren.

A Ja. Ich möchte hinzufügen. .....

F Es gab noch mehr Komplotte als Sie sie uns gesagt haben?

A Es war in dieser Zeit ausserordentlich einfach, ein Komplott zu machen. Man konnte fast jedermann auf der Strasse ansprechen und ihm sagen, wie die Lage ist und dann sagte er, es ist heller Wahnsinn. Und wenn er Mut hätte, würde er sich ihnen zur Verfügung stellen. Unglücklicherweise hatte ich keine Organisation zur Verfügung, der ich überstand und mit deren Hilfe ich etwas hätte ausführen können. Dadurch war ich darauf angewiesen, durch persönliche Gespräche mit den verschiedensten Leuten in Verbindung zu treten. Aber ich möchte sagen, es ist nicht besonders so gefährlich gewesen, wie es hier aussieht, denn die Unvernünftiger die es noch gab, waren vielleicht nur einige Dutzend. Die übrigen 80 Millionen waren sehr vernünftig wie sie gewusst haben, um was es geht.

F Vielleicht hatten Sie einen Verantwortungssinn dafür, 80 Millionen Menschen vollständig dem Führerprinzip auszuliefert

H0380 - 0027

zu haben? War Ihnen das gegenwärtig oder ist dies jetzt erst der Fall, als Sie darauf zurückblieken?

A Kann diese Frage nicht nochmal gestellt werden, ich verstehe sie dem Sinne nach noch nicht ganz?

F Es gab 80 Millionen vernünftiger Menschen, die der Vernichtung ins Auge sahen. Ein Dutzend Leute haben sie in die Zerstörung getrieben und sie waren nicht in der Lage, dem Einhalt zu gebieten. Ich frage Sie nun, ob Sie ein Gefühl der Verantwortung haben bezüglich der Aufrichtung des Führerprinzips in Deutschland, das uns Göring so schön beschrieben hat?

A Ich persönlich habe mich ja dem Führerprinzip zur Verfügung gestellt. Ich habe allerdings in meiner Organisation erkannt, dass dieses Führerprinzip ungeheure Fehler hat und versuchte es abzuschwächen. Aber die ungeheure Gefahr, die in diesem autoritärem System liegt, wurde eigentlich erst recht klar in dem Moment, in dem es dem Ende entgegenging. In diesem Moment konnte man sehen, was das Prinzip bedeutet hat, dass jeder Befehl ohne jede Kritik durchzuführen war. Dass, wie es hier im Prozess vorkam, Befehle, die ohne jede Rücksicht durchgeführt wurden, sich letzten Endes in der Durchführung der Zerstörungsbefehle bei den Brücken im eigenen Lande als ein Fehler oder als eine Schlussfolge dieses autoritären Systems erwiesen haben.

Durch den Abschluss des autoritären Systems ist erwiesen worden, welche ungeheuren Gefahren in einem derartigen System an sich lagen, ganz abgesehen von der Person Hitlers. Die Verbindung Hitlers mit diesem System haben dann diese ungeheure Katastrophe über die Welt gebracht.

F Hitler ist nun tot; ich vermute, dass Sie das annehmen, und wir sollten dem Teufel geben was des Teufels ist. Stimmt es nicht, dass es in dem Kreis um Hitler wenige gab oder niemand gab, der den Mut hatte, ihm ins Gesicht zu sagen, dass der Krieg verloren ist ausser Ihnen?

A Das ist mit Einschränkung richtig. Es gab unter den militärischen Führern viele, die für ihren speziellen Sektor Hitler sehr

klar sagten, wie die Lage ist. Viele Oberbefehlshaber der Heeres-Gruppen haben die katastrophale Entwicklung ihm klar gesagt und es gab darüber oft harte Auseinandersetzungen, auch in der Lage. Auch Männer wie Guderian und auch wie Jodl haben oft in meiner Gegenwart über ihren Sektor klar berichtet und Hitler musste daraus erkennen, wie die Gesamtlage war. Aber ich habe nicht feststellen können, dass die eigentlichen Verantwortlichen um Hitler, zu ihm gegangen sind und haben ihm gesagt, der Krieg ist verloren. Ich habe auch nicht erlebt, dass diese Verantwortlichen versucht haben, untereinander Verbindung aufzunehmen um zu einem gemeinsamen Schritt bei Hitler zu kommen. Ich habe dies von meiner Seite aus, mit einigen Ausnahmen, auch nicht versucht, weil es zwecklos gewesen wäre, denn Hitler hatte in dieser Phase alle diese engeren Mitarbeiter so sehr eingeschüchtert, dass sie ohne jeden Willen waren.

F Dann nehmen wir den zweiten Herrn, der uns sagte, dass er dafür wäre, dass man bis zum Ende weiterkämpfe. Waren Sie bei einer Unterhaltung anwesend, die Göring. mit General Galland führte, worin Göring dem Sinne nach Galland es verboten hat, den Zusammenbruch der Deutschland drohte, zu melden?

A Nein, das ist nicht in dieser Form richtig. Es war ein anderes Gespräch.

F Ssgen Sie uns bitte, was General Galland in seiner Unterredung mit Göring gesagt hatte, soweit Sie es wissen?

A Das war im Führerhauptquartier in Ostpreussen, vor dem Zuge Görings. Galland hatte an Hitler gemeldet, dass die feindlichen Jagdflugzeuge die Bomberverbände bereits bis in die Gegend von Lüttich begleiten und dass zu erwarten sei, dass diese Bomberverbände in der Zukunft in einer bedeutend grösseren Entfernung von Jagdflugzeugen begleitet würden.

Göring nahm nach der Lage bei Hitler sich Galland vor und sagte ihm zunächst erregt, dass das nicht den Tatsachen entsprechen könnte. Die Jäger konnten nicht bis Lüttich mitfliegen und er sagte dabei, aus seiner Erfahrung als alter Jagdflie-

H0380 – 0028

H0380 - 0029

ger wüsste er das genau. Galland gab darauf zur Antwort, dass die Flugzeuge ja abgeschossen wurden, dass sie am Boden liegen bei Lüttich. Das wollte Göring nicht wahr haben. Galland war ein sehr offener Mann, der sehr klar seine Meinung Göring gegenüber sagte und sich von seiner Erregung nicht beeinflussen liess.

Schliesslich hat Göring Galland als Oberbefehlshaber der Luftwaffe ausdrücklich verboten über diese Angelegenheiten noch weiter eine Meldung zu machen. Es sei unmöglich, dass die feindlichen Jagdflugzeuge so tief nach Deutschland eindringen könnten und er also befahl ihm, dass er das als richtig anzunehmen habe.

Ich habe mich dann anschliessend mit Galland noch darüber unterhalten und Galland ist dann auch später als General der Jagdflieger von Göring abgesetzt worden. Galland hatte zu diesem Zeitpunkt die Jagdflieger in Deutschland unter sich. Er war der General der Jagdflieger innerhalb des Oberkommandos der Luftwaffe.

VORSITZENDER: Was war das für ein Datum?

JUSTICE JACKSON: Ich wollte gerade fragen.

ZEUGE: Es muss etwa Ende 1943 gewesen sein.

VORSITZENDER: Machen wir jetzt eine Pause?

(Gerichtspause von 11.41 - 11.55 Uhr)

DURCH JUSTICE JACKSON:

F Wenn es das Gericht erlaubt, möchte ich den Zeugen fragen, ob es damals bekannt war als Sie sich bemühten, genug Arbeitskräfte für die Rüstungsindu strie herzubekommen, dass Göring Arbeitskräfte dazu benutzte um Kunstgegenstände zu sammeln und für seine eigenen Zwecke abzutransportieren. Wussten Sie das damals ?

A Dazu brauchte er wenig Arbeitskräfte.

F Gut, sehr wenig, aber sie waren doch sehr wertvoll, waren sie das nicht?

A Die Kunstgegenstände waren sehr wertvoll, nicht die Arbeitskräfte.

F Ihm?

A Ja.

H0380 - 0030

F: Ich möchte Sie über Ihre Anstrengungen in der Produktion befragen und dann werden wir sehen, wieviele Schwierigkeiten Sie hatten. Krupp war doch ein grosser Faktor in der deutschen Rüstungsproduktion. Nicht wahr?

A: Ja.

F: Die grösste Konzerneinheit, würden Sie das nicht sagen?

A: Ja, aber nicht so wie ich es gestern ausgeführt habe. Er hat weniger Geschütze und Rüstungsgegenstände hergestellt, war aber einer der grössten und angesehensten Konzerne innerhalb der gesamten Rüstungsproduktion.

F: Jawohl. Aber sie arbeiteten darauf hin, so weit Sie konnten, dass Hilfsquellen und Arbeitskräfte für die Produktion von Dingen verwendet wurden, die nicht für den Krieg in Betracht kamen. Ist das wahr?

A: Das ist richtig.

F: Und die Gegenstände, die erzeugt wurden in den Krupp-Werken, waren denn Kanonen nicht andere Produkte, es waren doch Produkte die notwendig waren, um die Kriegswirtschaft und den Krieg durchzuführen und fortzusetzen. Ist das nicht auch richtig?

A: Man kann das letztere nicht verallgemeinern. Letzten Endes ist ja jeder Gegenstand, der im Krieg in der Heimat gefertigt wird, ob das ein Paar Schuhe sind für die Arbeiter oder Kleider oder Kohlen, sie sind natürlich gefertigt worden, um den Krieg weiterführen zu können. Das hat aber mit dem alten Begriff, der längst überholt ist über das Genfer Kriegsgefangenenabkommen nichts zu tun.

F: Gut, im Augenblick beschäftige ich mich nicht mit der Frage der Anwendung der Genfer Konvention. Ich möchte einige Fragen an Sie richten über Ihre Anstrengungen zu produzieren, ob sie Kriegsgüter oder nicht Kriegsgüter waren und die Zustände die dieses Regime den Arbeitskräften auferlegte, die auch noch Ihr Produktionsproblem, wie ich glaube, erschwerte. Vielleicht können Sie uns einige Informationen darüber geben. Sie waren doch häufig in den Krupp-Werken oder waren Sie es nicht?

H0380-0031

A: Ich war fünf bis sechs Mal in den Krupp-Werken.

F: Sie hatten ziemlich genaue Informationen über die Fortschritte der Produktion in den Krupp-Werken, ebenso wie in anderen Fabriken?

A: Ja, es handelte sich bei meinen Besuchen meistens um Besichtigungen nach Fliegenangriffen und nach Fliegerangriffen fand ich einen Einblick in die Produktion und kannte mich auch sehr gut aus in den einzelnen Produktionen.

F: Krupp hatte auch einige Arbeitslager, nicht wahr?

A: Das ist selbstverständlich, dass Krupp Arbeitslager hatte.

F: Krupp hat auch in grossem Masse ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene beschäftigt, stimmt das?

A: Ich kann den Prozentsatz nicht sagen, aber zweifellos hat Krupp ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene beschäftigt.

F: Nun, ich möchte Ihnen sagen, dasswir die Krupp-Arbeitslager untersucht haben und zwar auf Grund der eigenen Karteien von Krupp und es erscheint, dass 1943 Krupp 39.245 ausländische Arbeiter und 11.200 Kriegsgefangene hatte,und dass dieses ständig anwuchs bis September 1944 Krupp 54.990 ausländische Arbeiter hatte und 18.902 Kriegsgefangene.
Würde das irgendwie so sein, wie Sie erwartet hatten, auf Grund Ihrer Kenntnisse der Industrie?

A: Ich habe da keine Detailkenntnisse mir festgelegt, auch nicht über die Zahl, wie viele Arbeitskräfte Krupp insgesamt gehabt hat. Das ist mir auch nicht geläufig im Moment. Aber ich glaube, dass der Prozentsatz etwa derselbe war, wie in anderen Rüstungsbetrieben auch.

F: Was würden Sie sagen, dass dieser Prozentsatz tatsächlich war?

A: Das schwankt ausserordentlich. Die älteren Industrien, die eine alte Stammbelegschaft hatten, hatten einen bedeutend geringeren Prozentsatz an Arbeitskräften, als die jungen Industrien, die neu empor gewachsen waren und die daher keine alte

H0380 – 0032

Stammbelegschaft hatten. Das hatte den Grund darin, dass die junge Generation ja zur Wehrmacht eingezogen wurde und daher die Betriebe, die über eine ältere Belegschaft verfügten, noch einen grossen Prozentsatz älterer Arbeiter hatten. Daher ist der Prozentsatz an ausländischen Arbeitern in der Heeresrüstung insgesamt gesehen als einer alten Industrie geringer gewesen, als der Prozentsatz der ausländischen Arbeiter bei der Luftrüstung, weil die Luftrüstung ja eine vollständig neu geschaffene Industrie war, die nicht über eine alte Arbeiterbelegschaft verfügte. Über den Prozentsatz selbst kann ich Ihnen mit dem bestem Willen nicht sagen.

F: Nun, die ausländischen Arbeiter, die Krupp zugeteilt wurden - nehmen wir Krupp als Beispiel - die ausländischen Arbeiter, die Krupp zugeteilt wurden, wurden in Arbeitslagern untergebracht und waren unter Wachen gesetzt, nicht wahr?

A: Das glaube ich nicht, dass sie von Wachen bewacht waren, aber ich kann das nicht sagen. Ich will mich hier nicht an irgend einer Auskunft vorbeidrücken, aber ich habe mich um diese Probleme bei meinen Besuchen gar nicht kümmern können, da ja die Sorgen, die ich hatte, wenn ich in einen Betrieb kam, auf ganz anderen Gebieten lagen. Ich habe auch während meiner Tätigkeit als Rüstungsminister niemals ein Arbeitslager besucht und kann daher darüber keine Auskunft geben.

F: Ich werde Ihnen einige Informationen über die Arbeitslager geben und zwar in den Krupp-Werken und dann werde ich einige Fragen an Sie stellen. Ich versuche nicht zu behaupten, dass Sie persönlich verantwortlich waren, für die Zustände, ich möchte nur Ihnen diese Andeutung geben, wie das Regime gehandelt hat, und ich werde dann gewisse Fragen an Sie stellen, wie diese Dinge die Produktionsziele beeinflusst haben.
Kennen Sie das Dokument D-288, US-Beweisstück-Nr. 202, das Affidavit Dr. Jäger's, der auch hier später als Zeuge hergebracht wurde?

A: Ja, aber das halte ich doch für ziemlich übertrieben.

F: Sie nehmen das nicht als wahr an?

H0380-0033

A: Nein.

F: Gut. Sie haben keine persönliche Kenntnis dieser Zustände. Was ist die Grundlage Ihrer Information, dass Sie sagen, dass Dr. Jäger's Affidavit übertrieben sei?

A: Wenn derartige Zustände gewesen wären, hätte ich es wahrscheinlich gehört, denn selbstverständlich kam bei Betriebsbesuchen der Betriebsführer mit ganz schweren Sorgen zu mir. Diese schweren Sorgen waren in der Hauptsache nach Fliegenangriffen, wenn zum Beispiel die deutsche Belegschaft und auch ausländische Arbeiter keinerlei richtige Unterkunft mehr hatten. Dann wurde mir diese Sache geschildert und daraus weiss ich aber, dass das, was hier in dem Affidavit Jäger's steht, kein Zustand gewesen sein kann, der auf Dauer war, sondern das kann nur ein Zustand gewesen sein, der vielleicht durch Fliegerangriffe auf vorübergehende Zeit, auf acht oder vierzehn Tage geherrscht hat, und dann aber abgestellt wurde. Es ist klar, dass nach einem schweren Fliegerangriff in einer Stadt die gesamten hygienischen Einrichtungen, die Wasserversorgung, Gasversorgung, und all das, Stromversorgung, ausgefallen war, stark beschädigt war, sodass vorübergehend sehr schwierige Verhältnisse eintraten.

F: Ich erinnere Sie daran, dass das Jäger'sche Affidavit sich auf die Zeit Oktober 1942 bezieht und dass er als Zeuge hier war und, dass natürlich Sie seine Aussagen kennen?

A: Ja.

F: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf ein neues Dokument lenken und zwar auf D-361 und wird nun US beweisstück Nr. 893 Es ist ein Dokument, das von dem Amtschef der Lokomitivkonstruktionsfabriken unterschrieben ist und, in dem die Zustände beschrieben werden, die unter seinen Arbeitskräften, und zwar ausländischen Arbeitskräften, herrschten.
Ich behaupte nicht, ich wiederhole, ich behaupte nicht, dass dies unter Ihre Zuständigkeit fiel, ich behaupte, es war die Verantwortung des Regimes. Ich möchte dieses Dokument trotz der beachtlichen Länge vorlesen. Es hat das Datum: Kesselbau,

H0380 – 0034

den 25. Februar 1942, adressiert an Herrn Hupe durch Herrn Winters und Schmidt:

"Mit beigefügtem Schreiben der Deutschen Arbeitsfront vom 18. d. M. (an meine Privatadresse gerichtet) wurde ich für Freitag den 20. d. Mts., zur Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront, Steubenstr. 61, Zimmer 20 gebeten. Ich versuche am 20. 2. zwischen 8 und 9 Uhr die Angelegenheit, die mir unbekannt war und blieb, telefonisch zu erledigen. Antwort der DAF: Die Sache sei sehr wichtig und verlange mein persönliches Erscheinen. Ich habe daraufhin bei Herrn Jüngerich, Büro für soziale Arbeitsangelegenheiten angefragt, ob ich der Aufforderung Folge leisten müsse. Antwort von Herrn Jüngerich: "Muss" wahrscheinlich nicht, gehen Sie aber besser hin."

Gegen 9:50 Uhr bin ich denn bei der vorgenannten Dienststelle, Zimmer 20, Herrn Prior, vorstellig geworden.

Veranlassung zu dieser Aussprache, die von Seiten des Herrn Prior recht lebhaft geführt wurde und etwa eine halbe Stunde dauerte gab folgender Vorgang:

Am 16. dieses Monats wurden dem Betrieb Kesselbau, 23 russische Kriegsgefangene zugewiesen. Die Leute kamen morgens ohne Brot und Arbeitszeug zur Arbeit. Während der beiden Pausen pirschten sich die Gefangenen an die in der Nähe sitzenden deutschen Arbeiter heran und baten jämmerlich auf ihren Hunger hinweisend, um Brot. (Am ersten Mittag hatte der Betrieb Gelegenheit, übriggebliebenes Essen der französischen Kriegsgefangenen an die russischen Kriegsgefangenen auszuteilen). Um diesem Zustand abzuhelfen, bin ich dann auf Veranlassung von Herrn Theile am 17. dieses Monats zur Küche Waldkamp gefahren und habe mit der Leiterin der Küche, Frl. Block, wegen Hergabe von Mittagessen verhandelt. Frl. Block sagte mir die Abgabe des Essens sofort zu und gab mir ausserdem noch leihweise die erbetenen 22 Essgeschirre. Ich habe bei der Gelegenheit Frl. Block noch gebeten, wenn Reste von den dort essenden 800 Holländern übrigbleiben sollten, diese doch unseren russischen Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen. Frl. Block sagte mir auch dieses zu

H0380 – 0035

und gab am nächsten Mittag einen Bottich Milchsuppe als Beigabe. Am darauffolgenden Mittag war die Zuteilung mengenmässig knapp. Da einige Russen schon abgesackt waren, versuchte ich, da vom zweiten Tage auch die Sonderzuteilung wieder aufhörte, Frl. Bloc nochmals telefonisch um eine Mehrgabe von Essen zu bitten. Da meine telefonischen Gespräche nicht den gwünschten Erfolg hatten, suchte ich Frl. Block nochmals persönlich auf. Frl. Bloc lehnte jetzt in ganz schroffer Form jede weitere Sonderzuteilung ab.

Zu der Verhandlung im einzelnen. Im Zimmer waren anwesend: Herr Prior, zwei weitere Herren der DAF und Frl. Block, Leiterin der Küche Wiedkamp. Herr Prior nahm das Wort und warf mir gestikulierend und in beleidigender Form vor, ich hätte mich in auffallender Weise zu sehr für die Bolschewisten eingesetzt. Er verwies dabei auf Paragraphen der Reichsregierung, die dagegen sprechen. Ich war mir leider nicht über den Rechtsbegriff der Situation im klaren, son t hätte ich augenblicklich das Verhandlungszimmer verlassen. Mit besonderem Nachdruck habe ich Herrn Prior dann klar zu machen versucht, dass uns die russischen Kriegsgefangnnen als Arbeitskräfte zugewiesen seien und nicht als Bolschewisten. Die Leute seien ausgehungert und nicht in der Lage, bei uns im Kesselbau schwere Arbeiten, wofür sie gedacht waren, auszuführen. Kranke Leute seien für uns Ballast und keine Hilfe zum Produzieren. Herr Prior meinte daraufhin, wenn der eine nicht taugt, taugt der andere, die Bolschewisten seien seelenlose Menschen, wenn Hunderttausend eingingen, kämen weitere Hunderttausend dran. Auf meinen Hinweis, dass wir bei einem solchen Hin und her aber nicht zum Ziele kämen, nämlich zur Ablieferung von Lokomitiven an die Deutsche Reichsbahn, die täglich auf Kürzung der Liefertermine dränge, meinte Herr Prior, "Liefern sei hier Nebensache."

Meine Bemühungen, Herrn Prior für unsere wirtschaftlichen Belange Verständnis beizubringen, blieben ohne jeden Erfolg. Ich kann abschliessend nur sagen, dass ich als Deutscher das

H0380 – 0036

Verhältnis zu den russischen Kriegsgefangenen genau kenne und im vorliegenden Fall nur im Auftrage meiner Vorgesetzten umd im Sinne der verlangten Leistungssteigerung gehandelt habe.

gez. Soehling
Bürovorsteher der Lokomotivfabrik"

Denn ist noch hinzugefügt folgendes Schreiben, von Theile unterschrieben:

"Zu obigem Schreiben habe ich noch folgendes hinzu zu setzen:

H0380 - 0037

Nachdem uns am 16. dieses Monats die russischen Kriegsgefangenen durch den Arbeitseinsatz zugewiesen worden waren, habe ich mich sofort mit Herrn Dr. Lehmann wegen der Verpflegung derselben in Verbindung gesetzt. Hierbei erfuhr ich, dass jeder Gefangene morgens zwischen 4 und 5 Uhr 300 Gramm Brot erhaelt. Ich wies darauf hin, dass es unmoeglich sei, mit dieser Ration Brot bis 18 Uhr auszukommen, worauf mir Herr Dr. Lehmann sagte, dass die russischen Kriegsgefangenen nicht an die westeuropaeische Bekoestigung gewoehnt werden duerften. Ich erwiderte, dass die Gefangenen bei dieser Verpflegung die im Kesselbau verlangte Arbeitsleistung nicht ausfuehren koennten und dass es fuer uns unzweckmaessig sei, die Leute unter diesen Umstaendem noch laenger im Betrieb zu belassen. Zugleich verlangte ich aber, wenn die Russen weiter beschaeftigt werden sollten, dass denselben ein warmes Mittagessen gegeben und dass, wenn moeglich, die Brotration so aufgeteilt wird, dass die Haelfte morgens fruch und die zweite Haelfte waehrend unserer Fruehstueckspause verteilt wird. Der von mir gemachte Vorschlag ist auch bereits bei den franzoesischen Kriegsgefangenen vonuns selbst ausgefuehrt worden und hat sich auch als sehr zweckmaessig und gut erwiesen.

Herr Dr. Lehmann ging aber leider auf meinen Vorschlag nicht ein und aus diesem Grunde musste ich natuerlich wieder vom Betrieb aus einen eigenen Weg gehen und habe deswegen Herrn Soehling beauftragt, die Verpflegung der russischen Kriegsgefangenen genau wie bei den franzoesischen Kriegsgefangenen in die Wege zu leiten, damit die Russen baldigst die von ihnen verlangten Arbeiten ausfuehren koennen. Denn es geht hierbei nur um eine Mehrleistung in der Fertigung, wie sie von dem Minister fuer Munition und Bewaffnung und von der DAF verlangt wird."

Nun frage ich Sie erstens, ob die Stellung des Chefs der Lokomotivfabrik nicht vollkommen eine notwendige Stellung im Interesse der Produktion war ?

A: Es ist klar, dass ein Arbeiter, der ungenuegend ernaehrt ist, nicht eine gute Leistung vollbringen kann und ich habe gestern bereits gesagt, dass jeder Betriebfuehrer und ich an der Spitze daran interessiert waren, gut genaehrte und zufriedene Arbeiter zu haben, weil schlecht ernaehrte und unzufriedene Arbeiter mehr Ausschuss fabrizieren, weil die Fehlerquellen groesser werden.

Hier zu diesem Dokument moechte ich aber folgendes sagen: Das Dokument ist vom 25. Februar 1942. Es war zu dieser Zeit offizielle Weisung, dass die russischen Kriegsgefangenen und auch die russischen Arbeiter, die frisch in das Reich herein kamen, schlechter behandelt werden als die westlichen Kriegsgefangenen und westli.

H0380 - 0038

chen Arbeiter. Mir wurde das bekannt durch Beschwerden von Betriebsfuehrern, und in meinem Dokumentenbuch ist von Mitte Maerz 1942, also etwa 3, 4 Wochen nach diesem Dokument, ein Fuehrerprotokoll enthalten, in dem ich Hitler darauf aufmerksam machte, dass die Ernaehrung der russischen Arbeiter absolut unzureichend sei und dass sie auf eine genuegende Ernaehrung gebracht werden muessen und dass ausserdem die russischen Arbeiter wie Kriegsgefangene hinter Stacheldraht gehalten werden und das muesse auch aufhoeren; und aus dem Protokoll geht hervor, dass ich in beiden Faellen bei Hitler erreichte, dass die Zustaende abgeaendert werden sollen und auch abgeaendert wurden.

Ich muss hier weiter sagen, dass es wirklich ein Verdienst von Sauckel ist, dass e hier gegen eine Welle von Unverstand zunaechst ankaempfte und alles tat, damit die auslaendischen Arbeiter und die Kriegsgefangenen besser behandelt werden und eine anstaendige Verpflegung bekommen.

F: Wir werden jetzt noch ein bisschen weitergehen und uns mit den spaeteren Zustaenden beschaeftigen. Ich werde Sie jetzt fragen, wenn Sie nicht verantwortlich sind und Sauckel nicht verantwortlich ist, wer ist dann verantwortlich fuer diese Zustaende ? Also halten Sie sich im Sinne, dass das die Frage ist, auf die wir nun kommen.

Ich zeige Ihnen ein neues Dokument, und zwar eine Erklaerung, D-398, welches USA-Beweisstueck 894 wird, eine Erklaerung, die die Britisch-Amerikanische Kommission auf ihre Nachforschungen in dieses Arbeitslager bei Krupp erhalten hat.

Nun Dokument D-321. Das kann ich auch verwenden. Wir werden Dokument D-321 verwenden, es wird 894.

Vorsitzender: 894 war doch die letzte Nummer, die Sie uns gegeben haben.

Mr. Justice Jackson: 398 war 894. 321 wird nun 895.

Durch Mr. Justice Jackson:

F: Nun, das besagt, es ist ein Angestellter der Reichsbahn. Keine von diesen Untersuchungen hat sich auf die Aussagen der Gefangenen selbst gestuetzt:

"Ich, der Unterzeichnete, Adam S c h m i d t , beschaeftigt als Betriebswart beim Bahnhof Essen-West, wohnhaft Margarethenhoehe, Im Stillen Winkel 12, gebe ohne Zwang folgende Erklaerung zu Protokoll:

Ich bin bei der Reichsbahn angestellt seit 1918 und seit 1935 beim Bahnhof Essen-West. Mitte 1941 kamen die ersten Arbeiter aus Polen, Galicien und der polnischen Ukraine. Sie kamen in Gueterwagen nach Essen, in welchen vorher Kartoffeln, Bau-

H0380 - 0039

materialien und auch Vieh transportiert worden war und wurden zur Arbeitsleistung bei Krupp herangezogen. Die Wagen waren vollgestppft mit den Leuten. Mein persoenlicher Eindruck war es, dass es unmenschlich war, in einer solchen Art und Weise diese Menschen zu transportieren. Die Leute waren eng zusammengepfercht worden, und es blieb ihnen kaum Platz zur freien Bewegung. Von den Kruppschen Aufsehern wurde besonderer Wert auf schnelles Aus- und Einsteigen der Sklavenarbeiter gelegt. Es war empoerend fuer jeden anstaendigen Deutschen, welcher es mitansehen musste, wie die Menschen gestossen, getreten und ueberhaupt bestialisch behandelt wurden. Schon gleich zu Beginn, als der erste Transport ankam, konnten wir sehen, wie unmenschlich diese Leute behandelt wurden. Jeder Wagen war so sehr ueberfuellt dass es kaum glaublich war, eine solche Anzahl Menschen in einen Wagen hineinstopfen zu koennen. Mit meinen eigenen Augen habe ich auch sehen koennen, dass auch Kranke, welche kaum laufen konnten - es handelte sich vielfach um Fusskranke, Verletzte und auch Leute mit innerlichen Krankheiten - trotzdem zur Arbeitsstelle gefuehrt wurden. Es war ihnen anzusehen, wie schwer es ihnen fiel, sich manchmal ueberhaupt weiterzubewegen. Das Gleiche trifft zu fuer die Ostarbeiter und Kriegsgefangenen, die Mitte 1942 nach Essen kamen."

Dann beschreibt er ihre Kleidung und dann ihre Verpflegung.

Um Zeit zu sparen, werde ich nicht versuchen, dieses alles zu lesen.

Betrachten Sie das auch als eine Uebertreibung ?

A: Wenn die Arbeiter aus dem Osten nach Deutschland kamen, werden sie zweifellos in ihrer Kleidung schlecht gewesen sein. Aber ich weiss von Sauckel, dass in dieser Zeit seiner Taetigkeit viel getan wurde, um diese Arbeiter besser zu bekleiden. Und wir haben in Deutschland viele der russischen Arbeiter in einen bedeutend besseren Zustand versetzt, als sie vorher in Russland waren. Die russischen Arbeiter waren beinahe ganz zufrieden. Es ist also nicht gesagt, wenn sie hier zerlumpt ankamen, dass das eine Schild von uns war. Wir konnten zerlumpte Arbeiter mit schlechtem Schuhwerk nicht brauchen in der Industrie, und daher wurde das auch abgestellt.

F: Gut. Ich moechte nun Ihre Aufmerksamkeit auf D-398 lenken.

Vorsitzender: Bevor Sie sich davon abwenden, - Angeklagter, was sagen Sie ueber die Zustaende der Transporte ? Sie wurden doch befragt, ob dieses ein uebertriebener Bericht war. Sie haben das nicht beantwortet, ausser in Bezug auf Kleidung.

Zeuge: Ja, Herr Praesident, ich kann ueber diese Transportsache keine Auskunft

H0380 - 0040

geben, weil ich ja darueber keine [illegible] bekannten habe.

Durch Mr. Justice Jackson:

F: Ivh werde Sie nun ueber Dokument 398 fragen, welches Beweisstueck 894 wird. Ich meine Dokument 398, welches Beweisstueck Nr. 894 wird, eine Erklaerung von H o e f e r , wohnhaft in Essen. Er sagt:

"Seit April 1941 (1943?) arbeitete ich mit Loewenkamp taeglich im Panzerbau 4 zusammen. L. war den Auslaendern gegenueber brutal. Lebensmittel, die den Kriegsgefangenen gehoerten, beschlagnahmte er und brachte sie in seine Wohnung. Jeden Tag misshandelte er Osterbeiter, kriegsgefangene Russen, Franzosen, Italiener und auch andere auslaendische Zivilarbeiter. Er liess einen Stahlkasten bauen, der so klein war, dass man kaum darin stehen konnte. In diesen Kasten sperrte er die Auslaender. Auch weibliche bis zu 48 Stunden lang, ohne den Leuten Essen zu geben. Zur Verrichtung der Notdurft wurden sie nicht frei gelassen. Es wurde anderen Frauen verboten den Eingesperrten Hilfe zu leisten oder freizulassen. Bei der Aushebung eines Schwarzlagers schoss er auf fliehende russische Zivilpersonen, ohne getroffen zu haben.

Eines Tages sah ich bei der Essensausgabe, wie er einen Zivilfranzosen mit der Esskelle ins Gesicht schlug, sodass ihm das Blut ueber das Gesicht rann. Ferner entband er auch russische Maedels, ohne sich spaeter um die Kinder zu kuemmern. Milch fuer die Kinder war nie vorhanden, soddss die Russen mit Zuckerwasser die Kinder naehren mussten. Als L. inhaftiert war, schreib er 2 Briefe, die er mir durch seine Frau zukommen liess. Er versuchte anzugeben, dass er nie Leute geschlagen haette." ... und noch viel mehr von dieser Art. Ich werde es nicht weiter vom Protokoll vorlesen.

Ist es Ihre Ansicht, dass auch das eine Uebertreibung darstellt ?

A: Ich halte das Affidavit fuer erlogen. Ich moechte sagen, in dem deutschen Volk gibt es etwas derartiges nicht. Und wenn derartige Einzelfaelle auftraten, dann wurden sie bei uns bestraft . Es ist nicht moeglich, hier das deutsche Volk auf diese Weise in den Schmutz zu ziehen. Auch die deutschen Betriebsfuehrer waren anstaendige Menschen, die sich um ihre Arbeiter gekuemmert haben. Wenn der Betriebsfuehrer bei Krupp das gehoert hat, ist er sofort eingeschritten.

F: Gut, und wie ist es mit diesen Stahlkaesten ? Diese Stahlkaesten konnten doch nicht gebaut werden ? Oder glauben Sie nicht, dass diese Geschichte wahr ist ?

A: Nein, ich glaube nicht daran, dass das wahr ist. Ich meine, nach dem Zusammen-

H0380 - 0041

bruch 1945 wurden sehr viele Affidavits ausgestellt, welche nicht ganz der Wahrheit entsprechen. Dazu koennen Sie nichts. Nach einer Niederlage ist das ohne weiteres moeglich, dass sich Menschen zu so etwas hergeben.

F: Gut, ich moechte, dass Sie Dokument 258 pruefen; ich lege ihm grosse Bedeutung bei, da dieses Dokument feststellt, dass die SS die Wachtposten stellte:

"Die Lagerinsassen des Arbeitslagers waren meist juedische Frauen und Maedchen aus Ungarn und Rumaenien. Anfang des Jahres 1944 wurden die Lagerinsassen nach Essen gebracht und bei der Firma Krupp zum Arbeiten eingesetzt. Die Unterbringung und Verpflegung der Lagerhaeftlinge war unter aller Wuerde. Die erste Zeit waren die Haeftlinge in einfachen Holzbaracken untergebracht. Bei einem Fliegerangriff brannten die Baracken ab und von dieser Zeit an mussten die Haeftlinge in einem feuchter Keller schlafen. Das Nachtlager befand sich auf der Erde und bestand aus einem Strohsack und zwei Decken. In den meisten Faellen war es den Haeftlingen nicht moeglich, sich taeglich zu waschen, da das noetige Wasser fehlte. Eine Badegelegenheit gab es ueberhaupt nicht. Oft konnte ich von dem Kruppschen Werk aus zur Mittagspause die Beobachtung machen, wie die Haeftlinge auf einem Holzfeuer in einem alten Eimer oder Kuebel ihre Leibwaesche kochten und sich reinigten. Als Luftschutzraum diente ein Splittergraben, waehrend die SS-Wachmannschaft den Humboldtbunker, welcher bombensicher war, aufsuchte.

Morgens um 5 Uhr war Wecken; Kaffe oder irgendeine Verpflegung gab es morgens nicht 5.15 Uhr war Abmarsch zur Fabrik. Notduerftig bekleidet mit schlechtem Fusswerk, teils ohne Schuhe und eine Schlaf-

decke uebergehangen, ging der Marsch bei Regen- und Schneewetter 3/4 Stunde zur Fabrik. Um 6 Uhr begann die Arbeitszeit. Von 12 - 12½ Uhr war Mittagspause. Waehrend der Mittagspause war es den Haeftlingen erst moeglich, - sich von Kartoffelschalen oder sonstigen Abfaellen etwas zu kochen. Die Arbeitszeit betrug taeglich 10 bis 11 Stunden. Obschon die Haeftlinge vollstaendig unterernaehrt waren, war die Arbeit koerperlich sehr schwer. Die Haeftlinge wurden oefters auf der Arbeitsstaettte von Naziaufsehern, sowie von weibl. SS misshandelt. Um 5 beziehungsweise 6 Uhr nachmittags war wieder Rueckmarsch zum Lager. Die begleitende Wachmannschaft bestand aus weiblicher SS, welche die Haeftlinge oft unterwegs trotz Protest der Zivilbevoelkerung mit Fusstritten, Schlaegen und kaum wiederzugebenden Worten misshandelte. Oefter kam es vor, dass einzelne Frauen und Maedchen von ihren Lagerkameradinnen vor Erschoepfung nach Hause getragen werden mussten. Um 6 beziehungsweise 7 Uhr abends kamen die erschoepfte Menschen im Lager an. Sodann wurde das eigentliche Mittagessen ausgegeben, welches aus Weisskohlsuppe bestand. Im Anschluss hieran gab es Abendessen, welches aus Wassersuppe mit einem Stueck Brot bestand, das fuer den kommenden Tag sein sollte. Teilweise gab es Sonntags besseres Essen. Eine Besichtigung des Lagers seitens der Firma Krupp ist, solange dasselbe bestand, nicht vorgenommen worden. Am 13. Maerz 1945 wurden die Lagerhaeftlinge nach dem Konzentrationslager Buchenwald gebracht und kamen von dort zum Teil zum Arbeitseinsatz.

Der Lagerkommandant war SS-Oberscharfuehrer R i c k. Sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt ..."

Das Uebrige ist nicht von Wichtigkeit.

Nach Ihrer Meinung war wohl das auch eine Uebertreibung?

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident. -

VORSITZENDER: Ich hoerte die Antwort nicht. Ich dachte, dass der Angeklagte etwas gesagt haette?

DR. FLAECHSNER: Herr Praesident, darf ich die Aufmerksamkeit des Gericht auf die Urkunde selbst lenken, die mir allerdings nur in Abschrift vorliegt? Da steht oben darueber: "Vor Militaer-Gericht auf Eid abgegeben". Und darunter steht eine gewoehnliche Unterschrift. Es steht weder da, dass es sich um eine eidesstattliche Erklaerung, um ein Affidavit, oder so etwas aehnliches handelt sondern es steht da nur: " Weitere Nachforschung muss noch angestellt werden (gez.) Hubert Karden." Das ist offenbar der Name des Mannes, der die Erklaer

H0380 - 0042

H0380 - 0043

abgibt.

Dann steht allerdings eine weitere Unterschrift darunter: "Kriminal-Assistent z.Pr.," das ist ein Polizeibeamter z. Pr., der zur Probe, oder Pruefung, also ein Mann, der vielleichtt spaeter einmal die Aussicht hat, Anwaerter im Kriminaldienst zu werden, der hat seinen Namen daruntergesetzt. Und dann steht eine weitere Unterschrift darunter: "C.E. Long, Major Praesident." Kein Wort steht hier drin, dass einer dieser 3 Namen den Inhalt dieses Berichts an Eidesstatt abgeben will. Und ich glaube daher, dass man diese Urkunde nicht als Affidavit in dem Sinne verwenden sollte.

VORSITZENDER: Jawohl, Mr. Justice Jackson: Wollen Sie dazu etwas sagen?

MR. JUSTICE JACKSON: Das Dokument spricht fuer sich selbst. Wie ich dem Zeugen gegenueber bereits erwaehnt habe, lege ich ihm das Ergebnis einer Untersuchung vor. Ich halte ihn nicht persoenlich fuer verantwortlich fuer diese Verhaeltnisse, Ich beabsichtige ihm einige Fragen ueber die Verantwortlichkeit der Lagerverhaeltnisse vorzulegen.

VORSITZENDER: Es befinde sich ein Satz oben in der Kopie, die ich habe: "Eidliche Erklaerung von einem militaerischen Gerichtshof."

MR. JUSTICE JACKSON: Jawohl, diese Erklaerung wurde in einer Untersuchung in Essen abgegeben. Natuerlich, wenn ich diesen Angeklagten mit der Verantwortlichkeit belasten wuerde, so koennte man hierueber streiten. Die Aussage kommt ganz sicherlich unter das Statut, welches die Ergebnisse von anderen Gerichten hier zulaesst.

VORSITZENDER: Haben Sie das Originaldokument?

MR. JUSTICE JACKSON: Jawohl.

(Dem Gerichtshof wird ein Dokument vorgelegt.)

VORSITZENDER: Der Gerichtshof widerspricht nicht der Benuetzung des Dokumentes im Kreuzverhoer.

Haben Sie dem Dokument eine Exhibit Nummer gegeben?

MR. JUSTICE JACKSON: Ich sollte es tun, es ist die Nr. 896.

VORSITZENDER: Jawohl.

DURCH MR. JUSTICE JACKSON: F: Ich moechte Ihre Aufmerksamkeit auf Exhibit-Nr. 382 lenken.

A: Ich wollte auf das Dokument antworten?

VORSITZENDER: Mr. Justice Jackson, hier sind einige Fotographien, die uns vorgelegt worden sind, Sind sie indentifiziert und bilden Sie Teil eines Exhibits?

MR. JUSTICE JACKSON: Sie bilden den Teil eines Exhibits, das ich jetzt anbieten werde.

VORSITZENDER: Gut.

MR. JUSTICE JACKSON: Der Zeuge wollte auf das letzte Dokument antworten und ich moechte hoeren, was er zu sagen hat, bevor wir weitergehen.

DURCH MR. JUSTICE JACKSON: F: Jawohl?

A: Ich moechte zunaechst grundsaetzlich sagen, weil Sie des oefteren ueber meine Mitverantwortlichkeit gesprochen haben. Falls diese Zustaende allgemein so gewesen waeren, wuerde ich auf Grund meiner gestrigen Erklaerung nicht dazu verantwortlich sein. Ich lehne es ab, aus der Verantwortung hinausgeschoben zu werden, aber die Zustaende waren nicht so, wie sie hier geschildert werden. Es sind Einzelfaelle, die hier vorgetragen werden. Zu diesem Dokument hier moechte ich nur feststellen; es scheint sich, was ich aus dem Dokument entnehmen kann, um eine Konzentrationslager, um eines dieser kleinen Konzentrationslager zu handeln, die in der Nache der Betriebe waren. Die Betriebe konnten diese Lager nicht besichtigen. Daher ist der Satz durchaus richtig, in dem steht dass der Vertreter der Betriebe, das Lager niemals gesehen hat. Die Bewachung der SS deutet auch daraufhin, dass es sich um eines der Konzentrationslager gehandelt hat.

Wenn die Frage, die Sie vorhin an mich richteten, ob die Arbeitslager bewacht waren, bei auslaendischen Arbeitern, falls Sie sich auf dieses Dokument beziehen, dann war Ihr Schluss falsch, denn soviel ich weiss, sind die anderen Arbeitslager nicht bewacht worden von der SS oder von sonstigen Organisationen.

Also meine Stellung ist ja so, dass ich mich hier verpflichtet fuehle, ein Unrecht, das man dem Betriebsfuehrer machen koennte, von diesen fern zu halten. Denn der Betriebfuehrer konnte sich um die Zustaende, in einem derartigen Lager, nicht kuemmern. Ich selbst kann keine Stellung dazu abgeben, ob die Zustaende in diesem Lager so waren. Wir haben hier in dem Prozess sehr viel Material, ueber die Zustaende in den Konzentrationslagern bekommen.

F: Ich moechte Ihnen nun das Dokument D-382 zeigen lassen, welches US-Exhibit 897 wird.

H0380 - 0044

Es ist die Aussage verschiedener Personen, ueber eine der Stahlkaesten, die auf der Erde im Lager der auslaendischen Arbeiter standen und zwar in der Schmiedewerkstatt Nr. 4 und auch im russischen Lager. Ich glaube nicht, dass es noetig ist, die vollstaendige Beschreibung zu verlesen.

Ist das nur ein Einzelfall, oder was ist Ihre Ansicht ueber diese Umstaende?

A: Das, was hier abgebildet ist, ist ein ganz normaler Kleiderspind, wie er in jedem Werk benuetzt wurde. Die Fotographien haben also keinen Beweiswert.

F: Gut. Ich moechte Ihnen nun Exhibit-D-230 zeigen lassen.
D-230 ist eine Bueroaufzeichnung ueber die Stahlknueppel, die im Lager gefunden worden ist. Sie wird Ihnen gezeigt werden. Nach dem Bericht sind 80 verteilt worden.

A: Soll ich mich dazu aeussern?

F: Wenn Sie wollen?

A: Das ist nichts anders, als wie ein Ersatz fuer einen Gummiknueppel. Wir hatten an sich keinen Gummi und daher werden wahrscheinlich die Bewachungsmannschaften etwas derartiges gehabt haben.

F: Das ist derselbe Schluss, den ich aus dem Dokument gezogen habe.

A: Aber die Bewachungsmannschaften haben ja mit diesen Stahlknueppeln nicht sofort zugeschlagen, so wenig, wie Ihre Polizisten sofort mit dem Gummiknueppel zuschlagen. Aber sie muessen ja doch etwas in der Hand gehabt haben. In der ganzen Welt ist das so.

F: Wir wollen uns ueber diesen Punkt nicht streiten.

A: Ich bin kein Fachmann, ich nehme nur an, dass es so ist.
Ich kann es nicht auf meinen Eid aussagen, dass es tatsaechlich so war. Es war nur eine Argumentation.

VORSITZENDER: Mr. Justice Jackson, haben Sie diesem Beweisstueck eine Nummer gegeben?

MR. JUSTICE JACKSON: 898, Herr Vorsitzender.

DURCH MR. JUSTICE JACKSON: F: US-Exhibit - 899 ist unser Dokument 283, ein Bericht der "Krupp'schen Krankenanstalten", vom Jahre 1943.

"Betr.: Todesfaelle der Ostarbeiter.

Im Krankenhaus Lazarettstr. sind 54 Ostarbeiter verstorben, davon 4 durch aeussere Einwirkung und 50 an Erkrankungen.

Die Todesursache bei diesen 50 an Erkrankungen verstorbenen Ostarbeitern waren folgende:

H0380 - 0045

H0380 - 0046

Tuberkulose: 36 (davon 2 Frauen)

Unterernaehrung: 2

Magenblutung: 1

Darmerkrankung: 2

Typhus: 1 (weiblich)

Lungenentzuendung: 3

Blinddarmentzuendung 1 (weiblich)

Leberleiden: 1

Hirnabzess: 1

Die Zusammenstellung ergibt also, dass 4/5 an Tbc. und Unterernaehrung verstorben sind - 80%."

Haben Sie nicht von Zeit zu Zeit Bericht ueber den Gesundheitszustand der Arbeiter erhalten, die in Ihrem Produktionsprogramm beschaeftigt wurden?

A: Ich moechte zunaechst zu dem Dokument Stellung nehmen. Es geht nicht hervor, wie gross die Gesamtzahl der Arbeiter war, auf die sich die Verstorbenenzahl bezieht, sodass man nicht sagen kann, ob das nun ein unnatuerlich hoher Krankenzustand ist. Ich habe in einer Sitzung der Zentralen Planung, die ich hier nochmals gelesen habe, festgestellt, dass einmal gesagt wurde, dass die russischen Arbeiter einen hohen Stand an Tuberkulose haben. Ich weiss nicht, ob Sie das damit meinen mit der Information. Das war zunaechst eine Bemerkung, die Weiger mir gegenueber gemacht hat. Aber wir haben darauf auch dann wahrscheinlich mit den zustaendigen Gesundheitsaemtern versucht, diesen Zustand abzustellen.

F: Aber es war doch ein abnorm hoher Prozentsatz von Todesfaellen, wegen Tuberkulose. Daruber kann doch kein Zweifel bestehen, oder?

A: Das weiss ich nicht, ob das ein abnorm hoher Prozentsatz war. Aber es war zeitweise ein abnorm hoher Prozentsatz an Tuberkulose.

F: Das Beweisstueck zeigt nicht, ob der Prozentsatz an Todesfaellen selbst abnorm hoch war, aber es zeigt, dass ein abnorm hoher

H0380 - 0047

Prozentsatz von Todesfaellen aus Tuberkulose herruehrte, oder nicht ?

80% der Todesfaelle wegen Tuberkulose ist ein sehr hoher Prozentsatz, oder nicht

A: Das kann sein. Das kann ich nicht aus eigenem Wissen sagen.

F: Ich moechte nun, dass Ihnen gezeigt wird....

Vorsitzender: Geben Sie dem Beweisstueck eine Nummer ? Das waere doch 899 ?

Mr.Justice Jackson: Es ist 899, Herr Vorsitzender.

durch Mr.Justice Jackson:

F: Ich lasse Ihnen nun das Dokument 335 vorlegen. Es ist ein Bericht, der den Akten der Kruppwerke, Essen, entnommen ist. Es ist vom 12. Juni 1944 und ist "An den Gaulagerarzt Herrn Dr.Jaeger" gerichtet und von "Steinnesbeck" unterschrieben.

"Mitte Mai uebernahm ich die aerztliche Ueberwachung des Kr.Gef.Lagers 1420 in der Noeggerathstrasse. Das Lager ist belegt mit 644 franz.Kriegsgefangenen. Durch den Fliegerangriff am 27. April d.Js. ist das Lager weitgehend zerstoert; z.Zt.sind die Verhaeltnisse unhaltbar.

Im Lager sind noch 315 Gefangene untergebracht, 170 von diesen aber nicht mehr in Baracken, sondern in einem Durchlass der Eisenbahnstrecke Essen-Muehlheim im Zuge der Grunerstr. Dieser Durchlass ist feucht und fuer die dauernde Unterbringung von Menschen nicht geeignet. Der Rest der Kriegsgefangenen ist in 10 verschiedenen Betrieben der Krupp-Werke untergebracht.

Die aerztliche Versorgung erfolgt durch einen franz. Militaerarzt, der sich mit der Versorgung seiner Landsleute grosse Muehe macht. Zu dem Revierdienst muessen auch die erkrankten Personen aus den Krupp-Betrieben herbeigefuehrt werden. Dieser Dienst wird wahrgenommen in der Beduerfnisanstalt einer ausgebrannten Wirtschaft ausserhalb des Lagers. In den fruecheren Pissoirs sind die Lagerstaetten fuer 4 franz.Sanitaeter. Fuer Revierkranke stehen zwei uebereinanderstehende Holzbetten zur Verfuegung. Im allgemeinen findet die aerztliche Behandlung im Freien statt. Bei Regenwetter muss sie in dem obengenannten, engen Raum stattfinden. Das sind unhaltbare Zustaende. Es gibt keinen Tisch, keine Stuehle, keinen Schrank, kein Wasser. Die Fuehrung eines Krankenbesuches ist unmoeglich. Die Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln ist ausserordentlich knapp, obwohl haeufig auch schwer im Betrieb verletzte Personen zur ersten aerztlichen Versorgung vorgefuehrt werden, hier verbunden werden muessen, ehe der Transport in stationaere Behandlung erfolgen kann.

Auch ueber die Verpflegung werden lebhafte Klagen laut, die von der Wachmannschaft als berechtigt bestaetigt werden.

Unter diesen Umstaenden muss mit Krankheiten und dem Ausfall von Arbeitskraeften gerechnet werden.

Der Aufbau der Baracken fuer die Unterbringung der Gefangenen und der Bau einer Sanitaetsbaracke fuer die ordnungsmaessige Versorgung erkrankter Menschen ist dringend notwendig.

Ich bitte entsprechende Schritte zu unternehmen.

(Unterschrift) Stinnesbeck."

A: Das ist ein Dokument, aus dem hervorgeht, wie die Zustaende sein koennen, nach schweren Fliegerangriffen. Die Zustaende waren fuer deutsche und fuer auslaendische Arbeiter in diesem Falle die gleichen. Dass keine Betten, keine Schraenke und nichts mehr zur Verfuegung stand, war dadurch hervorgerufen, dass das Barackenlager, in dem das vorher alles vorhanden war, abgebrannt war. Dass die Verpflegung in dieser Zeit im Ruhrgebiet oft stockte, war darauf zurueckzufuehren, dass mit Schwerpunkt von der Luftwaffe die Verkehrsanlagen angegriffen wurden und dadurch Lebensmitteltransporte nicht mehr in dem Umfange in das Ruhrgebiet hineingefahren werden konnten. Das waren voruebergehende Zustaende, die dann wieder, wenn die Fliegerangriffe eine kleine Pause machten, verbessert werden konnten. Und wir haben uns ja alle Muehe gegeben, dann, wie die Katastrophe noch staerker wurde, ob September, Oktober 1944, oder vielmehr Spaeter, ab November 1944, das erste Mal, die Ernaehrung denn entsprechend vor die Ruestungsbelange zu stellen, um dafuer zu sorgen, dass bei diesen Schwierigkeiten die Arbeiter in erster Linie veppflegt werden muessen und die Ruestung einen Schritt zurueckstehen muss.

F: Dann war es also Ihre Aufgabe, Nahrungsmittel zu erhalten und den Zustand dieser Arbeiter zu ueberwachen ? Habe ich Sie recht verstanden, dass Sie das taten, dass Sie die Schritte unternommen haben ?

A: Es ist richtig, dass ich das getan habe, und ich bin auch froh, dass ich das getan habe, selbst wenn mir hieraus ein Vorwurf gemacht werden sollte, denn es ist eine allgemeine menschliche Pflicht, dass, wenn man von irgendwelchen Missstaenden dieser Art hoert, dass man dann versucht, sie abzustellen, selbst wenn man dafuer nicht zustaendig ist. Aber es hat ja hier der Zeuge Riecke ausgesagt, dass die ganze Ernaehrungsfrage vom Ernaehrungsministerium behandelt wurde.

H0380 – 0048

H0380 – 0049

F: Es war doch ein wesentlicher Teil, die Produktionsarbeiter in einem Zustand zu erhalten, dass sie produzieren konnten. Ist das nicht ganz elementar ?

A: Gut, dann formulieren Sie das Verhaeltnis zwischen der Ernaehrung von Arbeiter und ihrer Produktionsleistung.

A: Ich habe ja gestern bereits ausgefuehrt, dass die Zustaendigkeit fuer die Arbeitsbedingungen aufgeteilt waren, in das Ernaehrungsministerium, in das Gesundheitsamt beim Reichsinnenminister, in die Stelle des Treuhaenders der Arbeit beim Gaubevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz usw.usw. . Und hier gab es keine zusammenfassende Zustaendigkeit, die vielleicht bis mir zusammengelaufen waere.Es fehlte bei uns im Reich, fehlte durch unsere Staatskonstruktion, fehlte die zusammenfassende Stelle in der Form des Reichskanzlers, die an sich diese ganzen Ressorts zusammengefasst haette und zu gemeinsamen Beratungen gefuehrt haette. Aber ich als der fuer die Produktion Verantwortliche hatte mit diesen Dingen verantwortlich nichts zu tun. So, wie ich aber vom Betriebsfuehrer oder von meinen Hauptausschussleitern irgendwelche Klagen hoerte, habe ich selbstverstaendlich alles unternommen, um diese Klagen zu beseitigen.

F: Die Krupp-Werke...

Vorsitzender: Sollen wir nun abbrechen ?

Mr.Justice Jackson: Wie Sie wuenschen, Herr Vorsitzender.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0380 - 0050

NACHMITTAGS - SITZUNG.

Die Verhandlung beginnt 14.00 Uhr, 21. Juni 1946.

VORSITZENDER: Das Gericht moechte von den Verteidigern etwas darueber vernehmen, wie sie sich hinsichtlich der Verteilung der Zeit fuer die Plaedoyers geeinigt haben.

DR. NELTE: Ich moechte zunaechst zu dieser Frage klarstellen, dass die Verteidiger, mit denen das Gericht in einer fruecheren geschlossenen Sitzung die Frage der Plaedoyers besprochen hatte, hierueber der Gesamtverteidigung nicht allgemein berichtet hatten, weil sie den Eindruck hatten, das Tribunal werde der Verteidigung keinerlei Beschraenkung auferlegen. Ich persoenlich hatte, als ich den Einspruch einlegte von diesen Besprechungen keine Kenntnis, wie ich im Namen der Kollegen erklaeren darf, die frueher mit Ihnen Ruecksprache genommen hatten.

Gemaess der Anregung des Tribunals haben nun die Verteidiger der einzelnen Angeklagten den in der Sitzung vom 13. Juni 1946 verkuendeten Beschluss besprochen und ich unterbreite dem Gericht das Ergebnis dieser Beratung, wobei ich eine gewisse Einschraenkun; bezueglich einiger Kollegen machen muss, die zum Teil nicht anwesend sind und zum Teil in Bezug auf die Schaetzung anderer Ansicht sind.

Die Verteidiger glauben, dass die Entscheidung ueber die Gestaltung und Dauer des Plaedoyers in diesem aussergewoehnlichen Prozess allein dem pflichtgemaessen Ermessen des einzelnen Verteidigers unterworfen sein kann, unbeschadet des allgemein anerkannten Rechts des Tribunals, im Rahmen der Verhandlungsleitung gegen einen eventuellen Missbrauch der Redefreiheit einzuschreiten. Ferner glauben Sie, dass es aus dieser grundsaetzlichen Erwaegung und gemaess der vor internationalen Gerichten geuebten Praxis vom Tribunal verstanden und gebilligt wird, wenn die Verteidiger Bedenken gegen eine prophylaktische Einschraenkung der Redefreiheit geltend machen, da ein Missbrauch nicht ohne weiteres unterstellt werden darf. Diese grundsaetzliche Stellungnahme entspricht aber selbst-

H0380 - 0051

verstaendlich der Bereitschaft der Verteidiger, den Richtlinien des Tribunals und seiner Wuensche zu entsprechen, soweit dies mit der richtig verstandenen Wahrnehmung der Verteidigung in Einzelfall zu vereinbaren ist. Unter diesem Gesichtspunkt sind die einzelnen Verteidiger aufgefordert worden, eine Selbstschaetzung der Dauer ihres voraussichtlichen muendlichen Vortrages vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Selbstschaetzung ist so ausgefallen, dass in Beachtung der Selbstdisziplin der Verteidiger und unter Beruecksichtigung der Wuensche des hohen Tribunals eine Gesamtdauer von etwa 20 vollen Verhandlungstagen herauskommt.

VORSITZENDER: Dr. Nelte, das Gericht hat die Verteidiger darum ersucht, die 14 Tage untereinander zu verteilen.

DR. NELTE: Ich glaube, Herr Praesident, dass die soeben vorgetragene Erklaerung zum Ausdruck bringt, dass es unmoeglich erscheint den Grundsatz anzunehmen. Wenn das Tribunal diese 14 vollen Verhandlungstage als einen undiskutablen Zeitraum betrachtet, wird die Gesamtverteidigung sich diesem Beschluss fuegen. Es wird aber, so viel ich glaube, unmoeglich sein, unter solchen Umstaenden eine Einigung innerhalb der Verteidiger zu erzielen und es besteht die hohe Gefahr, dass die an spaeterer Stelle stehenden Verteidiger in eine gewisse Zeitnot gelangen werden.

VORSITZENDER: Ich weiss, dass das Gericht diesen Standpunkt genau versteht und dass Sie und Ihre Kollegen 14 Tage fuer zu kurz befinden. Das Gericht hat jedoch darum gebeten, eine Verteilung dieser Zeit vorzunehmen und in Ihrem Vortrag haben Sie in keiner Weis angedeutet, dass ueberhaupt eine solche Verteilung vorgenommen worden ist, sowohl der 14 Tage wie auch der von Ihnen vorgeschlagenen 20 Tage.

DR. NELTE: Der Zeitraum von 20 Tagen ist dadurch zustande gekommen, dass die einzelnen Verteidiger die Rededauer ihrer Vortraege angegeben haben. Es waere also durchaus moeglich zu sagen, dass, wenn das Tribunal die Dauer von 20 Tagen bewilligt, auch die Loesung dieser Dauer der Einzelvortraege bekannt gegeben werden kann. Es ist aber praktisch unmoeglich bei einer Gesamtdauer von 14 Tagen

H0380 - 0052

eine Verteilung vorzunehmen. Sie koennen versichert sein Herr Praesident, wir haben alle gewissenhaft geprueft, auch ueberlegt, in welcher Weise eine Aufteilung einzelner Komplexe zwischen einzelnen Verteidigern moeglich ist. Aber die Gesamtdauer von etwa 20 Tagen scheint uns, ohne dass damit ein Maximum oder Minimum angegeben werden soll, als unbedingt noetig fuer eine Verteilung. Es kann durchaus moeglich sein Herr Praesident, dass im Verlaufe der Vortraege - -

VORSITZENDER: Dr. Nelte, wie ich schon betont habe, wollte das Gericht wissen, in welcher Weise die Zeit verteilt worden ist. Anscheinend haben Sie einen derartigen Plan schon vor sich, der insgesamt mehr als 20 Tage ausmacht, die, wie Sie sagen, benoetigt werden. Das Gericht wuerde gern wissen, wenn Sie eine derartige Verteilung haben, dass Sie diese dem Gericht unterbreiten. Wenn Sie eine solche Verteilung nicht haben, dann moechte das Gericht von jedem Verteidiger hoeren, wie lange er nach seiner Ansicht brauchen wird. Wenn Sie schon eine Liste haben, dann wuerde es dem Gericht angenehme sein, diese einmal zu sehen.

DR. NELTE: Es liegen diese Angaben vor und sie werden dem Tribunal ueberreicht. Es liegen Angaben hierueber vor, jedoch haben einzelne Kollegen erklaert, dass diese ihre Angaben nur unter der Voraussetzung gelten, dass eine ganz bestimmte Anzahl von Tagen nur bewilligt werden sollte. Das ist der Standpunkt, von dem ich vorhin sagte, dass er in gewisser Beziehung abweichend ist. Wir alle aber waren der Meinung, dass der Beschluss des Gerichtes nur eine Anregung sei und nicht ein Maximum, das zur Aufteilung kommen sollte

Ich hoffe, Herr Praesident, dass auch Ihre jetzigen Worte so aufzufassen sind, dass das Tribunal noch darueber beraten wird, ob es nicht die vorgesehene Zeit von 14 Tagen entsprechend unserer fuer notwendig gehaltenen Zeit erhoehen wird.

VORSITZENDER: Das Gericht moechte gerne eine Verteilung der Zeit zu sehen bekommen, wie die verschiedenen Verteidiger sich darueber geeinigt haben. Das Gericht hat darum gebeten und moechte das immer noch. Entweder bitten wir Sie darum schriftlich dies abzugeben

H0380 - 0053

oder wir fragen jeden einzelnen, dass er uns danngenau sagt, wie lange er wahrscheinlich fuer sein Plaedoyer brauchen wird.

DR. NELTE: Ich glaube in Namen meiner Kollegen sprechen zu duerfen, dass wir dem Gericht schriftlich den Plan der Selbstschaetzung einreichen.

VORSITZENDER: Dr. Nelte, das Gericht ist der Ansicht, dass es diese Verteilung jetzt gerne wissen moechte. Die Verteidiger sind gestern rechtzeitig benachrichtigt worden, dass das Gericht von den Verteidigern diese Frage heute um 2 Uhr beantwortet haben moechte. Aus diesem Grunde haette das Gericht es jetzt gerne.

DR. NELTE: Da kann ich nur darum bitten, jeden der einzelnen Verteidiger darueber zu befragen, da ich natuergemaess nicht aus dem Kopf sagen kann, wie die einzelnen das frueher geschaetzt haben.

VORSITZENDER: Es braucht nicht schriftlich zu sein, wenn Sie es nicht niedergeschrieben haben, dann koennen Sie sich wohl kaum mehr erinnern. Vielleicht sagen Sie uns zunaechst wie lange Sie benoetigen.

DR. NELTE: Ich habe vorgesehen 7 Stunden. Der Kollege Horn fuer Ribbentrop sagt mir soeben 6 Stunden.

VORSITZENDER: Wir moechten die Herren der Reihe nach gerne hoeren.

Ja, Dr. Stahmer.

DR. STAHMER: 6 Stunden.

VORSITZENDER: Dr. Sauter ?

DR. HORN: Darf ich fuer Dr. Siemers und Dr. Kranzbuehler je 8 Stunden in Rechnung stellen.

DR. SERVATIUS: Servatius fuer Sauckel 5 Stunden.

DR. SAUTER: Fuer den Fall Funk 6 Stunden, und fuer den Fall von Schirach 6 Stunden.

VORSITZENDER: Einen Augenblick; so schnell kann ich nicht schreiben. Wen vertritt Dr. Horn, Dr. Siemers und Dr. Kranzbuehler?

DR. HORN: Dr. Siemers und Dr. Kranzbuehler, je 8 Stunden.

DR. KAUFMANN: Kauffmann fuer Kaltenbrunner etwa 4 bis 5 Stunden

DR. MARX: Dr. Marx fuer Streicher 4 Stunden.

H0380 - 0054

DR. SEIDL: Dr. Seidl fuer Hess und Frank zusammen 11 Stunden.

DR. PANNENBECKER: Dr. Pannenbecker fuer Frick 5 Stunden.

Ich erinnere mich, nach der Liste Bergold fuer Bormann 3 Stunden. Herr Bergold ist nicht hier, ich erinnere mich, dass 3 Stunden auf der Liste standen.

DR. DIX: Dr. Dix fuer Schacht 5 Stunden.

DR. EXNER: Dr. Exner fuer Jodl 5 Stunden

DR. KUBUSCHOK: Dr. Kubuschok fuer Papen etwa 5 Stunden.

DR. STEINBAUER: Dr. Steinbauer fuer Seyss-Inquart 5 Stunden.

DR. FLAECHSNER: Dr. Flaechsner fuer Speer 4 Stunden

DR. VON LUEDINGH USEN: Dr. von Luedinghausen fuer Speer 4 Stunden - - -

DOLMETSCHER: Herr Versitzender, wenn vielleicht der Verteidiger fortsetzen wuerde, und wenn er lauter sprechen wuerde, kann ich Ihnen die Stundenzahl angeben, bis Linie 1 wieder hergestellt ist.

VORSITZENDER: Bitte fahren Sie fort, uns die Stundenzahl weiter anzugeben.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: (Verteidiger fuer den Angeklagten von Neurath): Fuer mich selbst, Herr Praesident, 8 Stunden fuer Herrn Professor Jahrreiss, der ja vor Beginn aller Plaidoyer einen gewissen technischen Komplex behandelt wird, 4 Stunden.

VORSITZENDER: Worueber spricht Prof. Jahrreiss ?

DR. VON LUEDINGH USEN: Ueber etwas, das vom Gericht gebilligt wurde, naemlich dass der Komplex "Voelkerrechtliche Bestimmungen" von ihm behandelt wird.

DR. SEIDL: Der Verteidiger des Angeklagten Rosenberg hat erklaert 8 Stunden zu benoetigen.

DR. FRITZ (Verteidiger fuer den Angeklagten Fritzsche): Herr Praesident, ich bitte zu beruecksichtigen, dass der Fall Fritzsche noch nicht verhandelt worden ist, und ich kann noch keine Auskunft geben; in dieser Einschraenkung glaube ich etwa 4 Stunden.

VORSITZENDER: Nun Dr. Nelte, das Gericht moechte vor allem wissen, ob die Verteidiger ihre Reden erst niederschreiben und de

H0380 - 0055

vorlesen werden. Koennen Sie hoeren, was ich sage ?

DR. NELTE: Soviel ich unterrichtet bin, werden saemtliche Verteidiger ihre Reden vorher niederschreiben.
Ob sie sie im Wortlaut vollstaendig verlesen wollen, oder ob sie Teile daraus vorlesen, oder Teile davon vorlegen, das steht noch dahin.

VORSITZENDER: Haben sie ueberlegt, ob sie diese fuer die Uebersetzung unterbreiten werden, denn, wie das Gericht schon darauf hingewiesen hat, waere es eine Erleichterung fuer die Mitglieder des Gerichtshofes, die nicht deutsch lesen, eine solche Uebersetzung vor sich zu haben. Es wuerde den Gerichtshof nicht nur sehr unterstuetzen, sondern auch die Angeklagten selbst, wenn sie das tun.

DR. NELTE: Diese Frage ist noch nicht entschieden, Sie war Gegenstand der Besprechung, aber es konnte bisher noch kein endgueltiges Ergebnis erzielt werden. Wir glauben, dass auch die Zeit die jetzt sehr eilt, es vielleicht unmoeglich macht, die Manuskripte in allen 4 Sprachen zu uebersetzen.

VORSITZENDER: Das Gericht weiss selbstverstaendlich, dass die zur Uebersetzung unterbreiteten Reden niemanden gezeigt werden, bis diese Reden tatsaechlich gehalten werden; also weder das Gericht, noch die Anklagebehoerde wird die Reden vorher sehen. Also die Reden werden absolut vertraulich bleiben, bis sie gehalten werden. Das zweite ist, dass eine grosse Anzahl der Reden durch die vorhergehenden Verteidiger verzoegert werden, also wird in diesen 14 Tagen oder in einer laengeren Periode, wenn eine solche zugelassen wird, viel Zeit sein um zu ermoeglichen, dass diese Reden uebersetzt werden. Das werden die Verteidiger zu schaetzen wissen. Wenn ihre Reden niedergeschrieben werden, koennen Sie abschaetzen, wie lange die Abhaltung der Reden dauern wird. Und noch einen Punkt, den ich hier vorbringen moechte: Die Anzahl der Angeklagten beleauft sich auf 21 und selbstverstaendlich ist eine grosse Anzahl von Gegegenstaenden zu behandeln, die Ihnen allen bekannt sind. Aus diesem Grunde sollte nach Ansicht des Gerichtes, die Moeglichkeit sich

H0380 - 0056

bieten, dass die Verteidiger die Gegenstaende so unter sich verteilen, dass nicht jeder einzelne sich mit einem Thema befasst, das vielleicht schon vorher behandelt worden ist, genau so, wie sie als Beweismittel auch nicht immer, und immer wieder angebeten werden sollen.

Ich moechte gerne wissen, ob die Verteidiger dies in Betracht gezogen haben. Auf jeden Fall hofft das Gericht, dass die Verteidiger in diesem Sinne handeln werden:

1. ob sie ihre Reden so unterbreiten koennen, dass dabei dem Gericht geholfen ist,
2. ob sie im Stande sein werden, die Zeitdauer festzustellen,
3. ob sie die Fragenkomplexe unter sich nicht so verteilen koennen, sodass wir nicht immer und immer wieder dieselbe Sache anhoeren muessen. Ich weiss nicht, ob die Anklagebehoerde den Wunsch hat, irgend etwas zu sagen. Das Gericht sagt, dass auf Grund des Befehls bezueglich der Zeiteinschraenkung die Anklagebehoerde nur 3 Tage in Anspruch nehmen soll. Es waere ganz gut, wenn wir von der Anklagebehoerde hoeren wuerden, dass dies fuer sie eine annehmbare Schaetzung sei.

SIR DAVID MAXWELL - FYFE: Jawohl, Herr Praesident, die Anklagebehoerde verlangt nicht mehr als diese 3 Tage, moeglicherweise ist es vielleicht noch weniger, aber auf keinen Falle mehr.

MR. JUSTICE JACKSON: Herr Vorsitzender, ich moechte Sie auf folgendes hinweisen: Ich hoffe, dass man von uns nicht erwartet, dass wir uns des Mimeographs bedienen bezueglich unserer 20taegigen Reden. Es ist einfach unmoeglich, dass wir eine derartige Last auf uns nehmen. Ein amerikanischer Buerger muss seinen Fall dem Obersten Gericht in 1 Stunde vortragen und wir wurden bereits im hoechsten Masse kritisiert ueber die Laenge der Zeit, die wir brauchten. Das ist keine vernuenftige Zeitdauer fuer diesen Fall und ich muss Einspruch erheben, diese 20taetigen Reden zu mimeographieren, das ist nicht moeglich.

VORSITZENDER: Das Gericht wuerde gerne wissen, ob die Anklage die Absicht hat, uns Abschriften ihrer Reden zu der Zeit, da sie

H0380 - 0057

gehalten werden, zukommen zu lassen ?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Soweit die Plaidoyers des Staatsanwaltes in Betracht kommen, erwarten wir selbstverstaendlich vom Gericht Abschriften ihrer Reden, sowie auch Uebersetzungen.

Ich moechte nur darauf hinweisen, ich glaube, dass es Dr. Nelte war, der gesagt hat, dass es lange Zeit dauern wird, bis die Uebersetzungen fertig sind. Soweit dies in Frage kommt, hatten wir bereits die Aufgabe, 76 Tage von Reden zu uebersetzen, und das wurde in einem Tage gemacht. Ich glaube, Herr Dr. Nelte ist etwas pessimistisch in dieser Beziehung.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich mit diesem Punkt befassen. Jetzt koennen wir das Kreuzverhoer fortsetzen.

KREUZ - VERHOER DCH. MR. JUSTICE J CKSON: mit Speer.

Ich glaube, Herr Vorsitzender, die vorliegenden Photograhien, die angeboten worden sind, sind nicht ganz klar, wenn das Proto - koll deren Beschreibungen nicht gibt. Ich werde es kurz vorlesen. Es ist eine Beschreibung der Folterkammern die in dem auslaendischen Arbeitslager benutzt wurden: In Nr. 4 Waffen-Halle und die in dem schmutzigen und vernachlaessigten Russen-Lager, und wir legen unter Eid nieder:

"Die Photographie A zeigt einen Eisenschrank, der von der Firma Krupp speziell hergestellt worden ist, um russische Zivilarbeiter in einem Masse zu foltern, die man unmoeglich mit Worten beschreiben kann. In einem Fach des Schrankes, in dem kaum ein Mann gerade stehen kann - die Hoehe ist 1,52 m, die Breite und Tiefe je 40 - 50 cm- wurden sehr oft Maenner wie Frauen fuer laengere Zeit eingesperrt, oft sogar zu zweien in einem Fach mit Fuessen getreten und hineingepresst"

Fotographie "B" zeigt den Schrank versperrt

C zeigt den Schrank, wenn er offen ist.

in D sieht man das Lager, das vom Kruppschen Direktiorium als Wohnraum fuer die russischen Zivilarbeiter bestimmt wurde. Die einzelnen Zimmer waren 2 - 2,45 m breit, 5 m lang und 2 m hoch. In jedem Raum waren bis zu 16 Personen in Doppelbetten untergebracht".

Ich denke, das behandelt es,

H0380 - 0058

VORSITZENDER: Einen Augenblick, Mr. Jackson, ich denke, Sie sollten die letzten 3 Zeilen des 2. Paragraphen lesen. Es beginnt: "Oben in den Schrank---"

MR. JUSTICE JACKSON: "Oben in dem Schrank befinden sich siebartig einige Luftlöcher, durch die man im eiskalten Winter kaltes Wasser auf die bedauernswerten Opfer geschüttet hat."

VORSITZENDER: Ich denke, Sie sollten auch die letzten 3 Zeilen des vorletzten Paragraphen verlesen, angesichts dessen, was der Angeklagte über den Beweis gesagt hat.

MR. JUSTICE JACKSON: "Wir schliessen 2 Briefe ein, die der Lagerkommandant aus dem Gefängnis geschmuggelt hat, um den Unterzeichneten zu beeinflussen, günstig für ihn auszusagen."

"Der Unterzeichnete Dahm hat persönlich gesehen, wie in der Neujahrsnacht 1945 3 russische Zivilarbeiter, nachdem sie zuerst geschlagen worden waren, in den Schrank - in ein Fach zwei - eingesperrt wurden Zwei von den Russen mussten die ganze Neujahrsnacht darin bleiben und es wurde sogar noch kaltes Wasser über die Leute gegossen."

MR. JUSTICE JACKSON: Ich möchte dem Gericht noch sagen, dass wir über 100 dieser Erklärungen in der Hand haben, die sich alle mit der Untersuchung diesss Lagers befassen. Ich möchte sie nicht alle anbieten, ich glaube, dass sie kumultativ sind.

Wir werden uns mit einem weiteren Dokument beschäftigen, und zwar D-313, das USA-901 sein wird. Hier handelt es sich um die Aussage eines Dr. Apolinary Gotowki.

VORSITZENDER: Mr. Jackson, dieses Lager, von dem Sie sprachen, war das ein Konzentrationslager?

MR. JUSTICE JACKSON: So, wie ich höre, handelt es sich um ein Lager für Kriegsgefangene und ein Arbeitslager. Es gab sowohl Arbeitslager, wie auch Kriegsgefangenenlager bei Essen. Ich habe es nicht dahin verstanden, dass es sich um ein Konzentrationslager handelt, ich gebe aber zu, dass es manchmal schwer ist, hier einen Unterschied zu machen.

Dieses Dokument ist unterzeichnet von Dr. Apolinary Gotowki aus der polnischen Armee.

H0380 - 0059

Nun das Dokument: "Ich, der Unterzeichnete, Dr. Apolinary Gotowicki. Art der polnischen Armee, kam am 3. Januar 1941 in deutsche Gefangenschaft und war dort bis zum Einmarsch der Amerikaner. Ich gab den polnischen-, russischen- und französischen Kriegsgefangenen medizinische Hilfe, welche an verschiedenen Stellen der Kruppbetriebe zur Arbeit gezwungen waren. Ich besuchte persönlich das russische Kriegsgefangenenlager in der Raumastrasse in Essen, welches eine Besatzung hatte von ungefähr 1800 Mann. In diesem Lager waren in einem grosser Saal, der normalerweise 200 Mann beherbergen konnte, etwa 300-400 Menschen zusammengewürfelt untergebracht, dazu in einer katastrophalen Art, sodass keine sanitäre Behandlung möglich war. Der Boden bestand aus Zement, die Strohsäcke, die zum Schlafen dienten, waren verwanzt und verlaust. Auch an kalten Tagen waren die Räume nie geheizt, und es erschien mir als Arzt menschenunwürdig, in welcher Lage die Leute sich befanden. Es war auch unmöglich, diese Räume sauber zu halten, weil bei dieser Überfüllung die Menschen kaum Platz fanden, sich in normaler Art zu bewegen. Täglich wurden mir bis zu 10 Personen vorgeführt, die den Körper mit blauen Flecken überdeckt hatten auf Grund des dauernden Schlagens mit Gummischläuchen, Stahlruten oder Stöcken. Die Leute wälzten sich oft vor Schmerzen, ohne dass ich die Möglichkeit hatte, auch nur eine kleine medizinische Hilfe den Leuten zuteil werden zu lassen. Trotzdem ich protestierte, Beschwerden einlegte und oft vorstellig wurde, war es mir nicht möglich, die Leute zu schützen oder dafür zu sorgen, dass sie mal einen Tag von der Arbeit befreit wurden. Es war für mich schwer mitanzusehen, wie man solche schwerleidende Menschen an die schweren Arbeiten heranziehen konnte. Ich habe persönlich unter Gefahr Herren von der Krupp'schen Verwaltung aufgesucht, ebenso Herren vom Krupp'schen Direktorium, um Abhilfe zu schaffen. Es war mir strengstens verboten, weil die Lager von der SS und Gestapo verwaltet wurden, und nach den bekannten Richtlinien musste ich schweigen, weil ich persönlich dadurch in ein KZ.-Lager hätte kommen können. Ich habe unzählige Male mein eigenes Brot mitgebracht, welches auch für mich alleine sehr knapp war, um es den Gefangenen zu geben, so-

H0380 - 0060

eit es mir eben möglich war. Die Zustände wurden von Beginn, nämich im Jahre 1941, an nicht besser, sondern verschlechterten sich ufend. Die Kost bestand aus einer Wassersuppe, welche schmutzig nd sandig war, und öft mussten die Kriegsgefangenen auch Kohl, welher faul war und schon stank, zu sich nehmen. Ich konnte täglich eute bemerken, die infolge Hunger oder Misshandlungen dahinkrepieren. Oft lagen Tote zwei bis drei Tage auf ihren Strohsäcken, bis hre Körper derart gestunken haben, dass Mitgefangene sie nach draussen brachten und irgendwo aneiner Stelle verscharrten. Die Schüsseln, us denen die Leute assen, benutzten sie auch als Toilette, weil sie zu müde waren und vor Hunger zu ermattet, um überhaupt von ihren ritschen aufstehen zu können und zu laufen. Um 3 Uhr morgens wurden ie geweckt. Die gleiche Schüssel wurde auch zum Waschen gebraucht nd später wieder zum Essen. Die Art und Weise war allgemein bekannt rotzdem war es mir unmöglich, irgendwelche auch nur elementare Hilfe der Erleichterung zu schaffen, um diese Epidemien, Krankheiten und erhungertenfälle aus dem Wege zu räumen. Von einer medizinischen ilfe an den Gefangenen kann keine Rede sein; ich selbst habe nie edizinische Mittel bekommen. Ich habe allein im Jahre 1941 in medizinischer Hinsicht für die Leute sorgen müssen, und es ist selbstverständlich, dass es mir als einzigen Menschen unmöglich war, für iese vielen Menschen zu sorgen, noch dazu, dass ich kaum medizinische Mittel zur Verfügung hatte. Bei einer Anzahl von 1800 Menschen, elche täglich zu mir kamen und weinten und klagten, konnte ich mir einen Rat schaffen. Ich bin selbst täglich oft zusammengebrochen, nd trotzdem musste ich alles alleine auf mich nehmen und zusehen, ie die Leute verreckten und dahinscheiden mussten. Es wurde auch ie ein Report gemacht, auf welche Art und Weise die Kriegsgefangeen zu Tode gekommen waren. Ich habe selbst mit meinen eigenen Augen ie russischen Kriegsgefangenen von der Arbeit bei Krupp zurückkomen sehen, wie sie zusammenbrachen auf dem Marsch und wie sie teilweise auf Karren gefahren oder von Kameraden getragen wurden. Auf olch eine Art und Weise kamen die Leute dann wieder in ihre Lager urück. Die Arbeit, die sie leisten mussten, war sehr schwer und ge-

H0380 - 0061

fahrvoll, und viele Fälle ereigneten sich, in denen sich die Leute in die Finger, Hände oder Beine geschnitten hatten. Die Unfälle waren sehr schwer, und die Leute kamen zu mir und baten um medizinische Hilfe. Aber mir war es nicht einmal möglich, sie einen oder zwei Tage von der Arbeit fernzuhalten, obwohl ich bei dem Vorstand von Krupp oft vorstellig wurde und um eine Bewilligung dazu bat. Ende des Jahres 1941 schieden täglich 2 Mann vom Leben, und im Jahre 1942 erhöhten sich die Todesfälle auf 3-4 Mann. Ich war Herrn Dr. May unterstellt, und manchmal gelang es mir auch, dass er bei schweren Klagen mit ins Lager kam und die furchtbaren Zustände sah, aber auch Herrn Dr. May war es nicht möglich, von der medizinischen Stelle der Wehrmacht oder der Firma Krupp medizinische Hilfe oder eine Besserung der Behandlung oder Besserung der Kost zu erreichen.

Ichwar auch Zeuge einer Unterhaltung mit russischen Frauen, welche mir persönlich erzählten, dass sie in den Krupp'schen Betrieben arbeiteten und dass sie täglich auf barbarische Art und Weise geschlagen würden. Das Essen bestand auch hier aus einer Wassersuppe, die schmutzig und ungeniessbar war und deren furchtbaren Geruch man schon von weitem bemerken konnte. Die Kleidung war zerlumpt und zerfetzt, an den Füssen trugen sie Fusslappen und Holzschuhe. Ihre Behandlung war, wie ich feststellen konnte, die gleiche, die man den russischen Kriegsgefangenen zuteil werden liess. Schlagen war an der Tagesordnung. Die Zustände dauerten jahrelang vom Beginn bis zum Eintreffen der amerikanischen Truppen. Die Leute mussten immer in einer furchtbaren Angst leben, und es war für sie eine grosse Gefahr, irgendwo jemanden die Zustände zu schildern, die in ihren Lagern herrschten. Die Richtlinien, die sie bekamen, waren so, dass sie sofort hätten kaltgestellt werden können, wenn irgend jemand von der Wache, der SS oder Gestapo etwas davon gemerkt hätte. Mir war es als Arzt möglich, näher mit den Leuten zu sprechen; sie hatten Vertrauen zu mir und wussten, dass ich als Pole sie niemals an jemanden verraten hätte.

13. Okt. 1945. Unterschrift: Dr. Apolinary Gotowki

wohnhaft Essen-Steele, Dochumerstrasse 55."

H0380 - 0062

DURCH MR. JUSTICE JACKSON:

F: Sie haben behauptet, dass einige dieser Zustände Ihrer Ansicht nach daran lagen, dass Bombenangriffe stattfanden und dass die Unterkünfte der Gefangenen und Arbeiter zerstört waren.

A: Das stimmt, aber das sagt noch nicht, dass derartige Zustände, wenn sie überhaupt zutreffen sollten, verallgemeinert werden können.

F: Verzeihung, mein Apparat war falsch eingestellt. Bitte wiederholen Sie nochmals Ihre Antwort.

A: Das stimmt, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Zustände, wie sie hier in diesem Affidavit geschildert werden, nicht verallgemeinert werden können, abgesehen davon glaube ich auch nicht, dass das stimmt, was da drin steht. Aber ich kann mich ja hierzu nicht äussern, da Sie mir nicht zumuten können, dass ich mich in den Lagern der Firma Krupp auskenne.

F: Gut. Vor allem haben Sie es als korrekt betrachtet, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene so nahe an militärische Ziele einzuquartieren, wie diese Kriegsgefangenen?

A: Ich möchte hier Ihnen lieber nicht verschiedenes sagen, was jedem Deutschen auf dem Herzen liegt. Es wurden keine militärischen Ziele angegriffen.

F: Betrachten Sie die Kruppwerke nicht als ein militärisches Ziel

A: Die Lager waren nicht in den Kruppwerken, die Lager waren in der Nähe der Stadt Essen. In der Nähe der Werke selbst haben wir grundsätzlich keine Lager gemacht, weil wir dachten, dass diese Lager bombardiert werden und wir nicht haben wollten, dass diese Lager zerstört werden.

F: Haben Sie bemerkt, dass eine der Fotografien, die als Beweis vorliegen, das Lager direkt an den Werken zeigt?

A: Darf ich das sehen, bitte?

(Die Fotografie wird dem Angeklagten überreicht.)

A: Auf dieser Fotografie ist zu erkennen, dass im Hintergrund ei grösseres Werk vorhanden ist, aber das ändert nichts an meiner Aussage, dass wir fast ausschliesslich die Lager ausserhalb der Werke untergebracht haben. Ich weiss nicht, wie dies in diesem besonderen

H0380 - 0063

Fall sein kann und ich kann nicht sagen, ob es ein [illegible] ist oder nur Umkleidebaracken. Aber irgend etwas kann dort zurückgelassen worden sein, was in der Nähe des Lagers notwendig war. Ich glaube ja immer noch, dass diese Schränke Kleiderspinde waren, und dass das hier eine der vielen Baracken ist, die notwendig sind, damit die Arbeitskräfte vor Beginn und nach der Arbeit sich umkleiden können. Dass es Kleiderschränke und keine Spezial-Schränke sind, kann Ihnen jeder Sachverständige in Deutschland sagen. Dieser Schrank ist ein Massenproduktionsartikel, dafür spricht auch die Tatsache, dass jeder Kleiderschrank zur Entlüftung oben und unten Luftöffnungen hat.

F: Als Produktionsminister hatten Sie doch das grösste Interesse daran, die Krankheitsquote unter den Arbeitern zu verringern, nicht wahr?

A: Ich hatte ein Interesse daran, dass die Arbeitsleistung hoch ist, das ist klar, und dazu gehört natürlich, dass auch im Spezialfalle---

F: Es ist ganz klar, dass die Produktion immer von der Krankheitsquote ihrer Arbeitskräfte abhängt, nicht wahr? Und ist es nicht Tatsache, dass für einen Mann, der in der Produktion tätig war, die zwei grossen Schwierigkeiten für Arbeitskraft und Produktion Krankheit und schneller Umsatz sind, und dass diese zwei Faktoren die Produktion verringern?

A: Diese beiden Momente waren für uns störend. Sie waren aber an sich nicht so ausgedehnt, wie es aus Ihren Worten zu sein scheint. Die Krankheitsfälle waren ein ganz geringer Prozentsatz und meiner Ansicht nach ganz normal. Allerdings wurden durch die Propaganda, durch Flugblätter, die Arbeiter dazu aufgefordert, Krankheiten vorzutäuschen und es wurden in diesen Flugblättern genaue Anweisungen gegeben, wie man Krankheiten vortäuschen kann. Daher haben wir in den zuständigen Stellen Massnahmen getroffen und ich finde diese Massnahmen richtig.

F: Was für Massnahmen waren das?

A: Ich kann Ihnen das im einzelnen nicht sagen, denn diese Strafmassnahmen wurden nicht von mir geschrieben, noch hatte ich die not-

H0380-0064

wendigen Machtbefugnisse. Aber soviel ich weiss, wurde es von dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz durchgeführt in Zusammenarbeit mit den Polizei= und Staatsbehörden. Die Rechtssprechungen hatten in diesem Zusammenhang die Behörden, die für Strafaktionen verantwortlich waren.

F: Wenn Sie aber doch nicht wissen, welche Massnahmen es waren, wie können Sie uns dann sagen, dass sie sie gebilligt haben? Wir kommen immer wieder auf diesen toten Punkt: niemand wusste, was vor sich ging. Sie wussten doch, dass schwere Strafen darauf standen.

A: Wenn ich "billigte" sagte, will ich zum Ausdruck bringen, dass ich mich hier von meiner Verantwortung nicht drücken will. Sie müssen aber verstehen, dass ein Produktions-Minister, besonders durch die Luftangriffe, eine ungeheure Aufgabe vor sich hat. Und diese musste ich erledigen, sodass ich mich um andere Dinge, die ausserhalb meines Bereiches lagen, nur dann kümmerte, wenn ein ganz besonderer schwerer Umstand mich dazu zwang. Sonst war ich froh, wenn ich mit meiner eigenen Arbeit fertig wurde, und schliesslich war mein Aufgabengebiet ja nicht klein. Ich glaube, wenn Sie in England in der Zeit der deutschen Fliegerangriffe auf England den englischen Produktionsminister gefragt hätten, ob er die Sorgen des Arbeitsministers geteilt hätte und ob er sich der Sorgen dieses anderen Mannes auch annehme, dann würde der britische Produktionsminister ihnen wahrscheinlich gesagt haben, dass er etwas anderes zu tun hätte, dass er seine Produktion in Gang halten müsse und dass er abwarten müsse, um zu sehen, was der Arbeitsminister in seinem Bereich tun müsse und niemand würde einen direkten Vorwurf gegen den englischen Produktionsminister erheben, dass er sich um die anderen Sachen nicht gekümmert hätte.

F: Die Produktion war Ihnen unterstellt und Sie sagen, dass Sie niemals eine Meldung oder Berichte darüber hatten, in welchem Zustand sich Ihr Arbeitspotential befand, sodass Sie nicht wüssten, ob bezüglich der Krankheitsfälle alles in Ordnung war oder die allgemeinen Zustände der Arbeiter nicht in Ordnung waren.

A: Das was ich hörte, habe ich in der Zentralplanung erhalten.

H0380-0065

Dort sehen Sie eine Wiedergabe dessen, was ich gehört habe, obwohl auch noch andere Sitzungen stattfanden. Ich kann das im einzelnen nicht mehr sagen. Was ich gewusst habe, das sind Dinge, die ausserhalb meines Aufgabenbereiches lagen. Es ist aber selbstverständlich wenn man in einem Staatsgebilde beschäftigt ist, wird man doch auch von den Dingen erfahren, die an seine Tätigkeit angrenzen und dass man auch von anderen Sachen erfahren wird. Aber die Tatsachen sind so, dass, wenn diese Mängel nicht in den Machtbereich fallen, man auch nicht die Pflicht hat, ihnen abzuhelfen. Und später erinnert man sich natürlich nicht mehr, was man gehört hat, aber wenn es etwas besonderes gibt, würde es mir Freude machen, Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

F: Gut. Wir wollen annehmen, diese Zustände sind Ihnen unterbreitet worden und Sie wussten, dass sie vorhanden waren, mit wem hätten Sie sich dann zur Korrektion oder Richtigstellung in Verhandlungen einlassen müssen. Welche Beamte wären zuständig gewesen?

A: Ein Minister würde in normalen Fällen so gehandelt haben, er würde dieses Schreiben an die zuständigen Behörden abgegeben haben. Ich muss für meine Person sagen, dass, wenn ich derartige Misstände gehört habe, ich versucht habe, diese abzustellen und habe mich dann unmittelbar mit den zuständigen Beamten in Verbindung gesetzt. Das war entweder die Arbeitsfront, zu der ich einen Verbindungsmann hatte oder es wurde über meine Arbeitseinsatzdienststelle an Sauckel übergeben und bei mir war es so, dass ich nicht mehr eine Rückmeldung bekam, sodass ich sie als erledigt ansah. Ich konnte hinter diesen Sachen nicht weiter hinterhersein und nachfragen, ob sie behandelt würden oder nicht.

F: Mit Krupp hätten Sie die Sache nun nicht aufgenommen. Sie hatten geglaubt, dass Sie für diese Sache keine Verantwortung hatten?

A: Im Falle Krupp: Bei den Besuchen bei Krupp wurden natürlich die Umstände besprochen, die gewöhnlich herrschen nach Luftangriffen. Das war eine der grössten Sorgen für uns und gerade für die Firma Krupp. Darüber war ich sehr genau im Bild. Aber es wurde kein Unterschied gemacht für Krupp und soviel ich mich erinnere war mir

H0380 - 0066

nicht gesagt worden, dass ausländische Arbeiter oder Kriegsgefangene in einer besonders schlechten Lage sind. Sie waren vorübergehend in einer sehr primitiven Lage. Auch die deutschen Arbeiter haben in Kellern gewohnt in dieser Zeit und in einem kleinen Kellerraum waren oft 6 oder 8 Leute untergebracht.

F: Sie haben vor längerer Zeit erklärt, dass Sie eine gewisse Verantwortung als Regierungsminister für diese Zustände hatten. Ich möchte von Ihnen eben etwas mehr erklärt haben: Welche Verantwortung meinten Sie, als Sie sagten, Sie übernehmen die Verantwortung als Regierungsmitglied?

A: Sie meinen die Erklärung, die ich gestern abgegeben habe?

F: Was meinen Sie über Ihre allgemeine Verantwortlichkeit zusammen mit noch anderen?

A: Nach meiner Ansicht gibt es im Staatsleben zwei Verantwortungen: Eine Verantwortung ist für den eigenen Sektor, dafür ist man selbstverständlich voll verantwortlich. Darüber hinaus bin ich persönlich der Meinung, dass es mit Hinblick für entscheidende Dinge eine Gesamtverantwortung gibt und geben muss, soweit man einer der Führenden ist, denn wer soll denn sonst die Verantwortung für den Ablauf der Geschehnisse tragen, wenn nicht die nächsten Mitarbeiter um ein Staatsoberhaupt. Aber diese Gesamtverantwortung kann nur für grundsätzliche Dinge sein. Sie kann nicht sein für die Abstellung von Einzelheiten, die sich in den Ressorts anderer Ministerien oder anderer Verantwortlichen einstellen. Denn sonst kommt ja die gesamte Disziplin im Staatsleben vollständig durcheinander, dann weiss kein Mensch mehr, wer die einzelne Verantwortung trägt. Diese Verantwortungssphären müssen klar abgegrenzt sein.

F: Ich nehme an, Sie wollen behaupten, dass Sie als Regierungsmitglied und als ein Führer damals eine Verantwortung zugeben im allgemeinen Sinne, aber nicht für die einzelnen Vorgänge. Ist das eine gerechte Wiedergabe Ihrer Lage?

A: Ja.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich glaube damit ist das Kreuzverhör beendet.

HO380 - 0067

VORSITZENDER: Haben andere Ankläger noch Fragen zu stellen?

(FORTSETZUNG DES KREUZVERHÖRS VON SPEER DURCH RAGINSKY:)

F: Angeklagter Speer, Sie haben, als Sie Ihre Lebensgeschichte dem Gericht vorlegten und als Sie auf die Fragen des Mr. Justice Jackson geantwortet haben, haben Sie verschiedene wichtige Punkte aus Ihrer Biographie ausgelassen. In diesem Zusammenhang möchte ich einige Fragen an Sie richten.

A: Ich habe solche Punkte ausgelassen, die ich nicht bestritten haben wollte - die sowieso hier in den Dokumenten sind - denn ich hätte sehr viel zu tun, wenn ich die Punkte alle im einzelnen erwähnt hätte.

F: Wieso? Ich werde Sie an diese Punkte erinnern und möchte Sie bitten, mir kurz darauf zu antworten, um nicht das Tribunal zu lange in Apruch zu nehmen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie ausser Ihrer Ministerstellung noch der persönliche Adjutant Hitlers waren. Haben Sie diese Stelle innegehabt?

A: Ja.

F: Sie waren der Generalinspekteur der Strassen?

A: Erst nach dem Tode von Dr. Todt.

F: Jawohl, ja. Dann waren Sie Generalinspekteur der Strassen und Produktion?

A: Ja.

F: Und Generalbevollmächtigter für die Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan?

A: Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft.

F: Sie waren der Leiter der Organisation Todt?

A: Ja.

F: Und Sie waren auch der Leiter der Technik und der technischen Abteilung in der nationalsozialistischen Partei. Sie waren der Leiter des Deutschen Verbandes der Technik in der nationalsozialistischen Partei?

A: Ja.

H0380-0068

F: Ausser diesen Posten bekleideten Sie keine anderen leitenden Posten ?

A: Ich habe ungefaehr 10 oder 12 Posten gehabt. Ich kann sie aber nicht alle hier aufzaehlen.

F: Sie waren doch einer der Leiter der Reichskulturkammer ?

A: Nein, das stimmt nicht.

F: Das ist nicht richtig ?

A: Nein. Ich kannes nicht genau sagen. Ich war dort Senator oder so etwas aehnliches.

F: Sie waren im Rat der Akademie der Kultur. Sie waren ein Praesidialrat der Kulturkammer. Ist das richtig ?

A: Ja. Das auch.

F: Wir wollen dann die anderen Posten, die Sie bekleideten, nicht weiter aufzaehlen. Erinnern Sie sich an Ihre Stellungnahme in der Aussage, die Sie im November 1945 gemacht haben vor der Oberst Rosenplueet ?

A: Nicht mehr im Einzelnen.

F: Ich darf eine Frage in Erinnerung bringen und dann auch Ihre Antwort zitieren, und dann moechte ich wissen, ob Sie das bestaetigen: Auf die Frage, ob Sie zugeben, dass im Buch Hitlers "Mein Kampf" er seine Aggressivplaene sehr klar umriss bezueglich der Ostlaender und Westlaender und ganz speziell der Sowjetunion. Auf diese Frage haben Sie "ja, ich gebe das zu" geantwortet. Das geben Sie zu ? Erinnern Sie sich, das gesagt zu haben ?

A: Ja, das kann wohl sein.

F: Und Sie geben das auch jetzt zu ?

A: Nein.

F: Also jetzt geben Sie das nicht zu ?

A: Ich muss sagen, dass ich mich damals geschaemt habe, zu sagen, dass ich das Buch "Mein Kampf" nicht vollstaendig durchgelesen habe. Mir kam das etwas laecherlich vor.

F : Sie schaemten sich und jetzt schaemen Sie sich nicht mehr ? Sehr schoen, wir wollen fuer diese Sache keine Zeit mehr verwenden. Wir wollen zur naechsten Frage uebergehen.

A: Ja, ich habe damals etwas geschwindelt.

F: Vielleicht schwindeln Sie jetzt auch ?

A: Nein.

H0380 - 0069

F: Sie waren Mitarbeiter im Stabe von Hess ?

A: Ja.

F: Sie haben auch mit Ley zusammengearbeitet ?

A: Ja, in der Arbeitsfront.

F: Sie hatten einen hohen Rang in der Nazipartei, in der Deutschen Arbeitsfront, wie Sie heute sagten. Das sagten Sie doch heute dem Gericht.

A: Dieser Rang war nicht hoch. Er war in keiner Weise der Stellung angemessen, die ich im Staate eingenommen habe.

F: Hoeren Sie bitte erst meiner Frage zu und dann beantworten Sie sie. Ich wiederhole: Sie waren der Generalbevollmaechtigte im Stabe Hess. Sie haben in der Deutschen Arbeitsront mit Ley zusammengearbeitet. Sie haben jedenfalls einen Rang in der NSDAP gehabt, wir wollen nicht darueber streiten, ob es ein hoher Rang war oder nicht. Aber jedenfalls hatten Sie einen Rang inne in der Nazipartei. Gestern sagten Sie dem Gericht, dass Sie einer von Hitlers intimsten Freunden gewesen sind. Wollen Sie nun sagen, dass Sie von den Plaenen und Absichten Hitlers erst aus dem Buch "Mein Kampf" erfahren haben ?

A: Dazu kann ich einige Ausfuehrungen machen. Ich habe mit Hitler in engem Kontakt gestanden und habe seine persoenlichen Ansichten gehoert und diese persoenlichen Ansichten liessen nicht darauf schliessen, dass er irgendwelche Plaene der Art haette, wie sie mir in den Dokumenten erschienen sind. Ich war hierueber besonders beruhigt, im Jahre 1939, als der Nichtangriffspakt mit Russland abgeschlossen wurde, und schliesslich muessen Ihre Diplomaten auch das Buch "Mein Kampf" gelesen haben, und sie haben trotzdem den Nichtangriffspakt abgeschlossen. Und sie waren bestimmt intelligenter als ich, in politischen Dingen.

F: Ich glaube nicht, dass wir jetzt in diesem Augenblick die Frage untersuchen sollen, wer das Buch "Mein Kampf" gelesen hat oder nicht gelesen hat. Das ist unwichtig. Sie sagen also, dass Sie ueber Hitlers Plaene nichts wussten.

A: Ja.

F: Als der Leiter der Hauptverwaltung der Technik der Nazipartei, welche Aufgabe hatten Sie in dieser Eigenschaft ?

A: In der Partei ?

F: Ja. Sie wissen das doch besser als ich, denn Sie waren doch der Leiter in der Hauptverwaltung der Technik der nationalsozialistischen Partei. Sie waren ja der Fuehrer.

H0380 - 0070

21 Juni - A - US - 3 Woelfel

A: Ich habe diese Aufgabe oder dieses Amt erst 1942 uebernommen. Und im Jahre 1942 im Kriege, gab es keine Aufgabe fuer dieses Hauptamt der Technik der NSDAP. Ich habe die Mitarbeiter, die in diesem Amte waren, in mein Ministerium eingegliedert, habe sie dort in staatlicher Funktion arbeiten lassen. Darueber gibt naehere Auskunft die Aussage eines Zeugen, die hier vorliegt im Dokumentenbuch des Zeugen Sauer. In diesem Dokument ist auch der Erlass von mir enthalten von Ende 1942, in dem ich die Ueberleitung dieser Aufgabe fuer den Staatsapparat vollzogen habe.

F: Auf meine Frage haben Sie eigentlich noch nicht geantwortet, aber ich moechte, um keine Zeit zu verlieren, verlesen, was Sauer darueber gesagt hat. In dieser Frage hat er ausgesagt, und bitte sagen Sie, ober diesen Punkt richtig beleuchtet hat. Ja, auf die Frage ueber die Aufgabe der Hauptverwaltung der Technik in der NSDAP hat er geantwortet: "Die Aufgabe der Hauptverwaltung der Technik ist die zusammengefasste Leitung der technischen Organisationen mit dem Ziel, die Deutschen in wissenschaftlichen, speziellen und politischen Fragen zu beraten. War dies also eine politische Organisation ?

A: Nein, das war eine technische Organisation.

F: Eine technische Organisation, die sich mit politischen Fragen befasst hat. Aus dem Dokumentenbuch, das Ihr Verteidiger vorgelegt hat und das zum Teil hier verlesen wurde, sind Hinweise ueber die Aufgaben des technischen Amtes. Aus einem Dokumentenbuch ist ersichtlich, dass diese Organisation das Ziel hatte, die nationalsozialistische Ideologie ihren Mitgliedern beizubringen und dass diese Organisation eine politische und nicht eine technische war.

A: Kann ich das Dokument haben ?

F: Natuerlich. Es ist das Dokumentenbuch der Verteidigung. Ich will Ihnen eben da Dokument vorlegen und Sie werden es daraus ersehen.

A: Aus der Uebersetzung verstehe ich, dass es mein Dokumentenbuch war. Aber jetzt sehe ich, dass es das Organisationsbuch der NSDAP ist.

F: Ja. Das ist richtig . Das ist die Struktur der NSDAP. Es ist das Dokument 1893-PS, das von Ihrem Verteidiger vorgelegt wurde. Jawohl. Das ist das Dokumentenbuch in russisch.

A: In meinem Dokumentenbuch steht aber gerade darin, dass das Hauptamt fuer Technik der NSDAP keine politische Aufgabe hat. Das habe ich zum Thema eines Auszuges dieser Organisation gemacht, das Handbuch der NSDAP, und ich haette es ja nicht in meinem Dokumentenbuch aufgenommen, wenn ich nicht den Eindruck haette, dass ins

H0380 - 0071

besondere aus diesem Extrakt - es erscheint gegenteilig zu allen anderen - dass die Hauptabteilung der Technik nichtpolitische Aufgaben der Partei hatte.

F: War der Nationalsozialistische Verband der Deutschen Techniker eine politische Organisation ?

A: In keiner Weise.

F: In keiner Weise ? Sagen Sie mir aber bitte, konnten die Leiter des Verbandes oder mussten sie auch Mitglieder der NSDAP sein ?

A: Sie brauchten kein Mitglied zu sein, soviel ich weiss. Ich habe nicht darauf geachtet, ob sie Mitglied waren oder nicht.

Vorsitzender: Wollen wir vertagen.

Durch General Raginsky:

F: Sie waren einer von den Fuehrern der Zentralen Planung. War es eine Ihrer Aufgaben, neue Quellen fuer Rohmaterial zu finden ?

A: Ich verstehe den Sinn der Frage nicht.

F: Die Aufgabe der Zentralen Planung war doch u.a. das Auffinden von neuen Quellen aus denen Rohmaterialien herausgeholt werden konnten ?

A: Nein, an sich nicht.

F: Schoen. Dann moechte ich Ihne aus Ihrem Dokumentenbuch vorlesen, sonst wuerden wir zuviel Zeit ueber Sie verlieren. Es ist ein Befehl vom 22. April 1942. Dieser Befehl ist von Goering unterschrieben. Es ist ein Befehl, der im 1. Band auf Seite 14 des russischen und Seite 17 des englischen Textes steht.

"Um den vom Fuehrer befohlenen Vorrang der Ruestung sicherzustellen und um alle dadurch an die Gesamtwirtschaft zu stellenden Forderungen waehrend des Krieges zusammenzufassen, sowie um einen Abgleich mit der Ernaehrungssicherung und den Rohstoff- und Fertigungsmoeglichkeiten der Wirtschaft herbeizufuehren, wird im Rahmen des Vierjahresplanes eine zentrale Planung errichtet."

Es erwaehnt weiterhin, wer die Mitglieder der zentralen Planung waren. Der dritte Teil zaehlt die verschiedenen Aufgaben auf. Ich moechte diesen dritten Punkt zitieren:

"Die zentrale Planung umfasst den Bereich der gesamten Wirtschaft und hat unter anderem folgende Aufgaben:

"Punkt C: Die Verteilung der vorhandenen Rohstoffe insbesondere von Eisen und Metallen auf alle Bedarfstraeger.

H0380-0072

"PunktD: Die Entscheidung ueber die Beschaffung neuer oder fuer den Aufbau vorhandener Rohstoffquellen."

Das steht geschrieben in Ihrem Dokumentenbuch.

A: Ja. Da ist ein Unterschied. Mir wurde gesagt "Rohstoffquellen". Unter Rohstoffquellen verstehe ich Erzvorkommem z.B. oder Kohlevorkommen. Was hier in diesem Paragraph gesagt ist, ist "die Erzeugung neuer Rohstoffstaetten". Damit ist gemeint, eine Fabrik fuer Stahlerzeugung oder eine Aluminiumfabrik.

Das habe ich ja auch selbst ausgefuehrt, dass diese Erweiterung der Basis an Grundstoffen fuer die Industrie wichtig war und dass ich mich dieser Taetigkeit angenommen habe.

F: Ja, natuerlich. Es waere schwierig, das abzuleugnen. Wollen Sie uns sagen, warum diese Differenz besteht ?

A: Das sind Fachausdruecke und es kann sein, dass diese Fachausdruecke durch die zweimalige Uebersetzung falsch durchgekommen sind. An sich ist dieser Sinn voellig klar. Das muss jeder Fachmann bestaetigen.

F: Der Sinn ist mir klar. Sagen Sie mir bitte, als Sie die verschiedenen Mitglieder der Zentralen Planung aufzaehlten, war es von Ihnen Absicht, dass Sie den Namen des Angeklagten Funk als ein Mitglied der Zentralen Planung nicht aufzaehlten ?

A: Nein. Funk hat an sich in der Zentralen Planung ueberhaupt nicht mitgearbeitet, und daher habe ich ihn nicht aufgezaehlt und er kam erst offiziell im September 1943 als Mitglied dazu, hat aber auch nach dieser Zeit nur an einer oder zwei Sitzungen teilgenommen, sodass seine Taetigkeit sehr minimal war.

F: Ich fragte Sie nicht ueber seine Taetigkeit; ich fragte Sie, ob Funk ein Mitglied der Zentralen Planung war.

A: Ab September 1943, ja.

F: Und war es ganz zufaellig, dass Sie ihn nicht erwaehnt hatten ? Oder hatten Sie dabei irgendetwas im Sinn ?

A: Ich habe an sich nur drei Mitglieder erwaehnt, die seit der Gruendung dabei waren, weil ich nur von der Gruendung der Zentralen Planungngesprochen habe; daraus erklaert sich der Irrtum. Ich wollte die Zeit des Gerichts mit einer allgemein bekannten Tatsache nicht aufhalten.

F: Nun gut. Hier sagen Sie, dass Sie mit einer friedlichen Aufbau-Arbeit beschaeftigt waren und soweit es sich um Ihre Ernennung zum Ruestungsminister dreht, haben Sie diese angenommen ohne Ihren besonderen Wunsch und Sie hatten Bedenken daruber.

H0380 - 0073

Halten Sie dies immer noch aufrecht ?

A: Koennen Sie die Frage wiederholen ?

F: Sie haben oefters gesagt, als Sie auf die Fragen Ihres Verteidigers antworteten dass Sie den Posten des Ruestungsministers ohne Ihren besonderen Wunsch dazu angenommen haben, dass Sie Zweifel gehabt haben und Ihnen nichts daran gelegen war. Behaupten Sie das auch jetzt noch ?

A: Ja.

F: Dann moechte ich Sie erinnern, was Sie den Vertretern der rheinischen Industrie sagten. Erinnern Sie sich, was Sie zu diesen sagten ? Ich zitiere einen Paragraphen von Ihrer Rede. Sie haben damals gesagt:

"Im Fruehjahr des Jahres 1942 habe ich ohne jeden Zweifel, ohne jede Schwankung die Forderungen, die der Fuehrer an mich gestellt hat, angenommen, und zwar habe ich das Programm abgenommen und werde dieses Programm auch ausfuehren."

Haben Sie das vorher noch nicht gesagt ?

A: Ja. Aber das hat mit dieser Behauptung von Ihnen nichts zu tun. Die Forderungen die hier gemeint sind, sind die Forderungen zur Steigerung der Heeresruestung. Diese habe ich angenommen. Es ist aber darueber hinaus selbstverstaendlich, dass ich die Berufung zum Ruestungsminister sofort angenommen habe und ohne Bedenken angenommen habe. Das habe ich nie bestritten. Ich habe nur gesagt, dass ich lieber Architekt waere, und das wird wohl auch verstanden werden.

F: Und nun hoeren Sie, was Sie in Ihrer Rede an die Gauleiter in Muenchen sagten: "Ich habe dies alles aufgegeben (Architektur), um mich ganz der Loesung der Kriegsprobleme zu widmen, wie dies von uns allen erwartet wurde."

Ist das das gleiche, was Sie nun hier sagten ?

A: Ja. Ich glaube, dass das bei Ihnen in Ihrem Staate auch so ueblich war.

F: Ich frage Sie nicht ueber unseren Staat. Hier handelt es sich nicht um unseren Staat. Ich fragte Sie, was Sie zu den Gauleitern sagten und was Sie jetzt bezeugen.

H0380 - 0074

A: Ich wollte nur zu Ihrem Verstaendnis beitragen, weil Ihnen das anscheinend unverstaendlich ist, dass man im Krieg den Posten eines Ruestungs-Minister uebernehmen soll. Wenn es notwendig ist, so ist das eine Selbstverstaendlichkeit und mir ist es unverstaendlich, dass Sie das nicht verstehen, und mir das zu einem Vorwurf machen.

F: Ich verstehe das selbstverstaendlich.

A: Sehr gut.

F: Als Sie Ihre Rede vor den Gauleitern hielten, dachten Sie wahrscheinlich nicht daran, dass Sie sich einmal vor einem Internationalen Militaergericht darueber zu verantworten haetten.

A: Einen Moment; ich muss auf diese Sache etwas antworten: Sie haben das aus meinem Dokumentenbuch gelesen und ich hoffe, dass Sie mich fuer so intelligent halten, dass ich mein Dokumentenbuch richtig zusammenstellen kann.

F: Ganz so; aber diese Dokumente sind nicht nur in Ihrem Besitz, sondern auch im Besitz der Anklage, jedenfalls werden wir jetzt auf die naechste Frage uebergehen. In Beantwortung der Fragen Ihres Verteidigers sagten Sie aus ueber die Prinzipien und Vertraege Ihres Ministeriums. In diesem Zusammenhang moechte ich ein paar Fragen an Sie richten . Erinnern Sie sich an den Inhalt Ihres Artikels "Die Vergroesserung der Produktion. "Es ist im "Reich" und zwar am 19. April 1942 erschienen. Eine Abschrift dieses Artikels wird Ihnen gleich ueberreicht werden.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich lege diesen Artikel vor unter USSR 479.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Ich moechte Sie nur ganz kurz daran erinnern, wie Sie diese Prinzipien und Aufgaben Ihres Ministeriums darin beschrieben haben.

"Eines wird allerdings notwendig sein, das ist, ein sehr energisches Vorgehen mit den schaefsten Strafen gegen Vergehen, welche irgendwie nachteilig den Interessen des Staates sind - mit Gefaengnis oder Tode - der Krieg muss gewonnen werden".

Haben Sie das geschrieben ?

Nun werde ich Sie auf einen anderen Artikel von Ihnen verweisen, von dem Sie ebenfalls eine Abschrift erhalten werden.

A: Kann ich darum bitten, dass Sie den ganzen Absatz verlesen ? Sie haben

H0380 – 0075

dazwischen immer einige Saetze ausgelassen.

F: Ja, ja, ich habe einen oder zwei Absaetze uebersprungen. Nun will ich darueber eine Frage an Sie stellen.

A: Aus dem ganzen Absatz geht hervor, warum Zuchthaus und Todesstrafe veranlasst wurde. Ich glaube, Sie muessen das mit verlesen, um den Zusammenhang nicht zu verlieren.

F: Wollen Sie Ihre Erklaerungen nachher geben; vorlaeufig wollen Sie auf meine Frage antworten. Wenn Sie darueber eine Erklaerung abgeben wollen, sind Sie berechtigt das spaeter zu tun.

VORSITZENDER: General Raginsky, das Gericht moechte jedoch die Kommentare jetzt haben.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, wenn der Angeklagte, jetzt Erklaerungen machen will, so bin ich gerne bereit.

ZEUGE: Der Text, den Sie ausgelassen haben, hat folgenden Wortlaut:
"Der Fuehrer hat auf meinen Vorschlag angeordnet, dass diejenigen Betriebsfuehrer und Angestellten, aber auch diejenigen Beamten und Offiziere, die versucht haben, unwahre Angaben ueber Material oder Arbeitskraefte zu machen, entweder mit schweren Zuchthausstrafen oder mit dem Tode zu bestrafen sind".
Das hat folgenden Vorgang. Als ich mein Amt antrat, wurden bei den Forderungen an die zentralen Stellen von den Zwischenstellen Zuschlage gemacht und zwar machte jeder der vielen Zwischenstellen von sich aus einen Zuschlag, sodass die Anforderungen, die bei mir zusammenliefen, ganz ungeheuer waren, unglaubhaft waren und dadurch ueberhaupt keine Planungen moeglich waren. So war z.B. die Anforderung, die ich fuer Kupfer in 1 Jahr erhielt, mehr als die Produktion von Kupfer der ganzen Welt in einem Jahre, weil diese Zuschlage dazu gekommen waren und um dem entgegen zu steuern und um wahre Angaben zu bekommen, habe ich fuer diese Beamten und Offiziere und Betriebsfuehrer und Angestellte eine Verordnung herausgegeben, die abschreckende Wirkung haben sollte.
Ich habe auch in meiner Gauleiterrede darueber gesprochen und darin steht, dass dieser Erlass zur Folge haben wird, dass kein Mensch wagen wird eine falsche Angabe zu machen und damit der Sinn des Erlasses befolgt wird. Und dasses noetig sein wuerde diesen Erlass auch anzuwenden; denn ich glaubte damals nicht, dass die Betriebsfuehrer, Angestellten und Beamte und Offiziere ueber soviel Mut verfuegten, dass sie derartige falsche Angaben bei einer derartigen Strafe weiter-

H0380 - 0076

geben.Tatsaechlich, nichts ereignete sich; aber die Anforderungen an Material und Arbeitskraefte sind bei mir dadurch ganz erheblich herabgesunken.

F: Sie haben behauptet, dass Ihre Aufgaben als Reichsminister lediglich die der Produktion waren. Habe ich Sie richtig verstanden ?

A: Die Ruestung und Kriegsproduktion, ja.

F: Und die Versorgung dieser Industrie mit Rohstoffen, war das nicht eine Aufgabe von Ihnen ?

A: Nein. Es war meine Aufgabe ab September 1943, nachdem ich die gesamte Produktion hatte. Das stimmt, da hatte ich den ganzen Ablauf von Rohstoff bis zum Fertigprodukt.

F: In dem Buche "Deutschland im Kampf" vom Jahr 1943 in der Nummer von November, man wird Ihnen diese Nummer vorlegen, es ist Dokument Nr.USSR-480, das dem Gericht als Beweisstueck vorgelegt wird, da steht geschrieben:
"Auf Grund des Erlasses des Fuehrers ueber die Konzentration der Kriegswirtschaft vom 2.September 1943 und des Erlasses des Reichsmarschalles des Grossdeutschen Reiches und Beauftragten fuer den Vierjahres-Plan ueber die Zentrale Planung, vom 4. September 1943, wird jetzt Reichsminister Speer die gesamte kriegswirtschaftliche Erzeugung, als Reichsminister fuer Ruestung und Kriegsproduktion uebernehmen. Er allein ist fuer die Belieferung, Lenkung und Durchfuehrung der gewerblichen Kriegswirtschaft zustaendig und verantwortlich". Ende des Zitates.
Ist das richtig ? Ich bitte Sie mir kurz zu antworten. Ist das richtig oder nicht ?

A: Das ist etwas laienhaft ausgedrueckt, weil der Begriff "gewerbliche Kriegswirtschaft" sich nicht ganz mit dem Begriff "Ruestung und Kriegsproduktion" deckt. Das ist nicht von einem Fachmann gemacht, aber sonst stimmt es ja mit dem ueberein, was ich ausgesagt habe. Ich habe ja gesagt, dass die Kriegsproduktion die gesamte Produktion umfasste.

F: Ja, aber Sie waren ja verantwortlich vom September 1943 ab nicht nur fuer die Kriegsindustrie, sondern fuer die ganze Kriegswirtschaft und das sind doch zwei verschiedene Dinge ?

A: Nein, das ist eben der Irrtum.Bei der Kriegswirtschaft steht "gewerbliche Kriegswirtschaft". Diese gewerbliche Kriegswirtschaft heisst etwas aehn-

H0380 - 0077

liches wie die Produktion. Das ist die Kriegswirtschaft, in Handel und Industrie und, wenn vorher steht "die gesamte kriegswirtschaftliche Erzeugung", dann ist damit, nach dem, was der Verfasser sich vorstellte, wahrscheinlich die Produktion gemeint. Aber - - -

F: Sehr schoen. Wir wollen zur naechsten Frage uebergehen. Sie haben es schon gesagt, dass, nachdem Sie den Posten eines Ministers im Jahre 1942 angenommen haben, Sie ein sozusagen schweres Erbe angetreten haben. Wollen Sie mir bitte ganz kurz antworten.

Wie war die Lage in der Frage der strategischen Rohstoffe, wie zum Beispiel der Metalle, die in der Kriegsindustrie verwendet werden ?

VORSITZENDER: General Raginsky, ist es notwendig, hier in Einzelheiten einzugehen. Ist es nicht klar, wenn ein Mann, der Millionen von Arbeitern kontrollierte, eine grosse Aufgabe hatte. Mit was beschaeftigt sich diese Befragung ?

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, diese Frage ist eine vorbereitende Frage fuer die naechste Frage, denn - - -

VORSITZENDER: Was ist das Endziel dieses Kreuzverhoers ? Sie sagen, es fuehr zu etwas anderem, wozu fuehrt es denn ?

GENERAL RAGINSKY: Ich verfolge den Zweck zu zeigen, dass der Angeklagte Speer ebenfalls teilnahm an der wirtschaftlichen Pluenderung der besetzten Gebiete.

VORSITZENDER: Dann fragen Sie ihn direkt darueber.

GENERAL RAGINSKY: Gerade dazu komme ich ja jetzt.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Geben Sie zu, dass Sie teilnahmen an der wirtschaftlichen Pluenderung der besetzten Gebiete. Geben Sie das zu ?

A: An der wirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten Gebiete ? Sicher. Der Begriff "Pluenderung" scheint mir nicht ganz klar umschrieben zu sein. Ich weiss nicht, was man unter "Auspluenderung eines besetzten Gebietes" versteht.

F: Um das Defizit in strategischen Rohstoffen zu decken, haben Sie doch Metalle aus Belgien, Frankreich und aus anderen besetzten Gebieten ausgefuehrt nicht wahr ?

A: Selbstverstaendlich. Ich habe sie nicht selbst ausgefuehrt, aber ich war sicher in irgend einer Form daran beteiligt. Ich war nicht verantwortlich

dafuer, aber sicher habe ich sehr getrieben, dass wir sehr viele Metalle bekommen von dort.

F: Ihre Antwort ist genuegend und die Schluesse daraus wird das Gericht selbst ziehen koennen.

Erinnern Sie sich an den Befehl Hitler's ueber die Konzentrierung der Kriegswirtschaft vom 2. September ? Man wird Ihnen gleich diesen Befehl vorlegen, es ist ein Dokument, das unter USSR-482 vorgelegt wird. Ich habe nicht die Absicht den ganzen Befehl zu zitieren. Es wuerde zu viel Zeit brauchen. Ich moechte bloss ein paar Paragraphen vorlesen. Der Befehl faengt mit folgenden Satz an: "Mit Ruecksicht auf die durch die Erfordernisse des Krieges gebotene straffere Zusammenfassung und den einheitlichen Einsatz aller wirtschaftlichen Kraefte, bestimmte ich fuer die Dauer des Krieges":

Paragraph 2: "Die Zustaendigkeiten des Reichswirtschaftsministers auf dem Gebiet der Rohstoffe und Produktion gehen auf den Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition ueber. Der Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition fuehrt im Hinblick auf seinen erweiterten Aufgabenkreis die Bezeichnung: Reichsminister fuer Ruestung und Kriegsproduktion".

Haben Sie den Befehl angesehen ?

A: Ja, ich kenne ihn.

F: Ich moechte Sie bitten, ganz kurz mir nun zu sagen, in Zusammenhang mit diesem Befehl: Wie waren die Funktionen aufgeteilt zwischen Ihnen und Funk?

A: Das geht ja hier aus dem Text hervor. Ich hatte die gesamte Produktion von dem Rohstoff angefangen. bis zum Endprodukt; und Funk hatte die gesamten allgemeinen wirtschaftlichen Fragen, das sind in der Hauptsache Fragen des Geldverkehrs und Fragen des Aktienrechtes und des Handels, des Aussenhandels und derartige Fragen mehr.

F: Ich verstehe.

A: Aber das ist keine erschoepfende Auskunft, die ich gegeben habe, das ist nur ungefaehr.

F: Ihre Antwort genuegt mir, ich danke.

Im Zusammenhang mit diesem Befehl, haben Sie da Vollmachten bekommen fuer den Warenumsatz ?

A: Das weiss ich nicht, was Sie damit meinen ?

F: Schoen. Um keine Zeit zu verlieren, wird man Ihnen gleich ein Dokument

H0380 – 0078

H0380 - 0079

zeigen, das von Ihnen und Funk unterschrieben ist, vom 6. September 1943. Ichlege das Dokument dem Gericht unter Nr. USSR-483 als Beweisstueck vor. Ich moechte Funkt 1 des ersten Paragraphen zitieren :

"Soweit in Rechtsvorschriften die Zustaendigkeit des Reichswirtschaftsministers fuer die Regelung des Warenverkehrs begruendet ist, werden diese Befughisse fuer die Dauer des Krieges dem Reichsminister fuer Ruestung und Kriegsproduktion ausgeuebt". Ende des Zitats.

Ihre Rolle ist also in der Kriegsanstrengung Deutschlands, die eines Leiters der Kriegswirtschaft Deutschlands. Ihre Taetigkeit hatte ein viel weiteres Feld, als Sie versuchen es hier darzustellen, war das nicht so ?

A: Nein. Ich habe ja nicht versucht, etwas anderes darzustellen; denn ich sagte ja, dass der Ruestungsminister im Kriege ueberhaupt die wichtigste Stelle ist, die es im Kriege gibt und, dass alles nur fuer den Ruestungsminister zu arbeiten hatte. Ich glaube, eine umfassendere Darstellung meines Aufgabengebietes konnte ich nicht geben. Diese Sache mit dem Warenverkehr ist von ganz untergeordneter Bedeutung. Ich kann Ihnen nicht mal nach bestem Wissen sagen, was man hier unter dem Ausdruck "Warenverkehr" versteht. Das ist ein Fachausdruck, der mir nicht so gelaeufig ist.

F: Ja, aber dieses Dokument ist doch von Ihnen unterschrieben worden ? Und jetzt wissen Sie nicht genau, was damit gemeint ist ? Sie haben doch dieses Dokument zusammen mit Funk unterschrieben ?

A: Natuerlich.

F: Bitte, sagen Sie mir: Wie war der Zusammenhang zwischen Ihrem Ministerium und der Deutschen Arbeitsfront ? War es eine Zusammenarbeit, wie war das ?

A: Es bestand ein Verbindungsmann zwischen der Deutschen Arbeitsfront und mir, genau, wie zu allen anderen wichtigen Aemtern im Reiche auch.

F: Koennen Sie mir vielleicht den Familiennamen dieses Offiziers nennen ?

A: Das ist der Zeuge von mir: Hupfauer, der Chef des zentralen Amtes bei mir wurde.

F: Sie haben erklaert, dass in die Kriegswirtschaft solche wichtigen Branchen wie Textilien, Aluminium, oder Verarbeitung von Holz, nicht miteingerechnet werden sollen. Habe ich Sie richtig verstanden ?

A: Nein, das ist ein Irrtum. Das muss falsch uebersetzt worden sein.

F: Und wie soll ich Sie richtig verstehen in diesem Zusammenhang ?

H0380 - 0080

A: Ich glaube, dass hier zwei Uebersetzungsfehler vorliegen. Einmal habe ich bei meiner Aussage nicht von der Kriegswirtschaft gesprochen, sondern von dem Begriff Ruestung und habe gesagt, dass in diesem Begriff Ruestung auch Textilbetriebe und Holz und Leder verarbeitende Betriebe enthalten waren. Ruestung und Kriegswirtschaft sind aber zwei ganz verschiedene Begriffe.

F: Und die Textilindustrie, die schliessen Sie vollstaendig aus fuer den Begriff Ruestung ?

A: Ich habe gesagt, dass verschiedene Textilbetriebe in der Ruestung eingegliedert waren, obwohl sie tatsaechlich keine Ruestungsgegenstaende im engeren Sinne herstellten.

F: Und die Textilindustrie, hat sie nicht die Fallschirme fuer die Marine gemacht ? Hat sie nicht Munition fuer die Luftwaffe hergestellt ?

A: Aber, Sie muessen dann das Genfer Kriegsgefangenenabkommen studieren, da steht drin, dass das nicht verboten ist, das herzustellen mit Kriegsgefangenen. Ich habe den Text da, ich kann Ihnen den vorlesen.

F: Schoen. Sie wollen, dass wir Ihnen ernstlich glauben, dass man Pulver ohne Cellulose herstellen kann; und daher verschmaelern Sie den Begriff von Ruestung und Kriegswirtschaft ?

A: Nein, dann haben Sie es vollstaendig falsch verstanden. Ich wollte den Begriff der Ruestungswirtschaft beweisen und dieses anfuehren, um nachweisen zu koennen, dass dieser Begriff "Ruestungswirtschaft", der moderne Begriff "Ruestungswirtschaft" etwas ganz anderes ist, als die Industrie, die Ruestungsgegenstaende im Sinne der Genfer Konvention herstellt.

F: Schoen. Sie haben ueber Einwaende gesprochen, gegen den Gebrauch von auslaendischen Arbeitern, unter den Motive, von dem Schmelter ausgesagt hat. Das sind Aussagen, die Ihr Verteidiger vorgebracht hat. Ich moechte bloss einen Satz vorlesen; bitte bestaetigen Sie, ob er stimmt:
"Er, Speer, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Ausnutzung auslaendischer Arbeiter grosse Schwierigkeiten fuer das Reich schaffen wird, bezueglich der Ernaehrungsfrage dieser Arbeiter".
Sind das die Motive fuer Ihre Produkte gewesen ?

A: Die Uebersetzung muss inkorrekt sein. Ich weiss genau, wie der Text heisst und wie der Sinn der Aussage ist. Er ist vollstaendig richtig, der Sinn. Es handelte sich um folgende Probleme:

H0380 - 0081

Wenn wir neue Arbeitskraefte nach Deutschland brachten, dann mussten ja fuer diese Arbeitskraefte zunaechst einmal die Grundkalorien, die notwendig sind, um einen Menschen zu ernaehren, bereit gestellt werden. Diese Grundkalorien hatten aber die Arbeiter, die deutschen Arbeitskraefte, die noch in Deutschland da waren, sowieso zu erhalten. Infolgedessen wurde fuer die Ernaehrung eingespart, wenn ich die deutschen Arbeitskraefte in Deutschland beschaeftigte. Ich konnte dann die zusaetzlichen Kalorien, die notwendig sind fuer Schwerarbeiter und Langarbeit - haetten etwas erhoeht werden koennen.
Das war der Sinn dieser Ausfuehrungen von Schmelter.

F: Angeklagter Speer, Sie wollen keine direkte Antwort auf meine Frage geben. Sie bringen Einzelheiten, die mich nicht interessieren. Die Stelle aus der Aussage Schmelter, die ich Ihnen

H0380 - 0082

vorgelesen habe, diese Aussagen, sind die richtig oder sind sie nicht richtig?

A: Nein, die sind falsch uebersetzt, ich moechte gerne das Original in Deutsch haben.

F: Das Original befindet sich in Ihrem Dokumentenbuch und Sie koennen sich den Text durchlesen. Ich gehe jetzt zur naechsten Frage ueber.

A: Aber es ist notwendig. Ich brauche ja nicht bei einem Kreuzverhoer durch den russischen Anklagevertreter mein Dokumentenbuch mit auf den Zeugenstand nehmen.

VORSITZENDER: Nein, Sie muessen ihm das Dokument vorlegen.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, es ist ein Dokument, das im Verteidigungs-Dokumentenbuch ist. Das Original dieses Buch liegt dem Gericht vor. Ich habe bloss die russische Uebersetzung dieses Dokumentes. Das Affidavit Schmelter's ist gestern verlesen worden.

VORSITZENDER: Haben Sie es, Dr. Flaechsner?

DR. FLAECHSNER: Ja.

(Er haendigt es dem Zeugen aus)

VORSITZENDER: Danke.

DER ZEUGE: Wo ist es bitte?

GENERAL RAGINSKY: Es ist auf Seite 129 des russischen Textes und es ist die Antwort auf Frage 13, letzter Absatz der Antwort.

ZEUGE: Ja. Im deutschen Text steht:

"Wiederholt wies er darauf hin, dass der Einsatz auslaendischer Arbeiter groessere Schwierigkeiten in der Produktion und die Bereitstellung zusaetzlicher Nahrungsmittel durch das Reich bedingen wuerde."

Das habe ich ja erlaeutert, aus welchen Gruenden das der Fall war. Es steht, glaube ich, auch in der Aussage spaeter, wenn Sie nicht davon ueberzeugt sind, diese Begruendung von mir auch drin.

DURCH OBERST RAGINSKY: F: Ihr Bevollmaechtigter, S c h i e b e r, hat auf eine Frage, ob Speer wusste, dass die Arbeiter aus den besetzten Gebieten hergebracht wurden, geantwortet:

"Ja. - Das war der grosse Streitpunkt. Wir haben immer gesagt, dass Sauckel nur Partisanen schaffen wuerde, wenn er Arbeitskraefte, die nicht freiwillig nach Deutschland kommen, gezwungenermassen hierher verbringe."

In Verbindung damit sage ich nun, Sie haben nicht nur gewusst, dass Leute, die in Ihren Betrieben arbeiteten, Sklavenarbeiter waren, sondern Sie kannten auch

H0380 - 0083

die Methoden der Werbung, die Sauckel anwandte? Streiten Sie das ab?

A: Ich wusste, dass die Arbeitskraefte gegen ihren Willen zum Teil nach Deutschland kamen; das habe ich auch bereits ausgefuehrt. Ich habe auch ausgefuehrt, dass ich die Auswirkungen dieser zwangsmaessigen Werbung fuer schaedlich hielt fuer die Produktion in den besetzten Gebieten. Das ist eine Wiederholung meiner Aussage.

F: Es ist zwecklos, diese Aussage zu wiederholen. Sagen Sie uns bitte, haben Sie nicht darauf bestanden, dass Sauckel Ihnen Arbeiter zur Verfuegung stelle, die er zwangsweise aus den besetzten Gebieten herbringen sollte, und zwar waren das Arbeiter, die ueber die Zahl hinausgingen, die Sie frueher von ihm anforderten? Koennen Sie sich daran erinnern? Es ist ein Brief, den Sie an Sauckel gerichtet haben. - Ich glaube, das wuerde das Verfahren beschleunigen. Am 6. Januar 1944 haben Sie an Sauckel geschrieben:

"Lieber Parteigenosse Sauckel!

.... Ich bitte Sie, Ihrer Zusage beim Fuehrer gemaess, diese Arbeitskraefte zuzuweisen, damit die termingemaesse Durchfuehrung der mir vom Fuehrer erteilten Auftraege ermoeglicht wird. Ausserdem ist fuer die vom Fuehrer durch Befehl Nr. 51 gegebenen Termine am Atlantikwall ein sofortiger Arbeitsbedarf fuer die Organisation Todt von 70 000 Kraeften vorhanden, der seit ueber 6 Monaten angemeldet und noch nicht abgedeckt wurde. "

Geben Sie zu, dass Sie so einen Brief an Sauckel geschrieben haben?

A: Ich gebe sogar zu, dass ich dies Brief in mein Dokumentenbuch hereingenommen habe, und zwar aus folgenden Gruenden: Am 4. Januar 1944 fand die Besprechung bei Hitler statt, in der Hitler befohlen hatte, dass aus Frankreich 1 Million Arbeitskraefte nach Deutschland kamen, Am selben Tage habe ich Herrn General Studt, meinem Beauftragten in Frankreich, mitgeteilt, dass der Bedarf fuer die Sperrbetriebe vorliege, das heisst also, vor dem Bedarf nach Deutschland abzudecken ist. Mit dem Schreiben, das Sie hier in der Hand haben, habe ich Sauckel dann 2 Tage spaeter mitgeteilt, dass mein Bedarf in Frankreich 800 000 Arbeitskraefte fuer franzoesische Betriebe sind, und dass ausserdem an Atlantik-Wall auch noch Arbeitskraefte fehlen, und dass diese daher zunaechst zu stellen sind, bevor die eine Million Arbeitskraefte nach Deutschland kommt.

Ich hatte ja gestern bereits ausgefuehrt, dass durch diese beiden Schreiben die Aktion, die von Hitler befohlen war, zum Stillstand kam, und dass es der Zweck war

dass der Militaerbefehlshaber, der dieses Schreiben auch bekam, sich darueber im klaren war, dass zunaechst die Arbeitskraefte fuer Frankreich verwendet werden sollen. Das war fuer den Militaerbefehlshaber sehr wertvoll.

F: Angeklagter Speer, wussten Sie, dass in den Kriegsfabriken, die Ihnen unterstanden, fruehere Haeftlinge als Arbeiter zwangsweise eingesetzt wurden, die bereits ihre Haftzeit abgesessen hatten? War Ihnen das bekannt?

A: Das war mir waehrend meiner Dienstzeit nicht bekannt; aber ich habe das hier aus einem Dokument entnommen.

F: Wussten Sie es oder wussten Sie es nicht?

A: Ich weiss, was Sie meinen; es steht in dem Brief von Schieber vom 4. Mai 1944, der in meinem Dokumentenbuch ist. Aber diese Einzelheiten koennen wir unmoeglich alle im Gedaechtnis bleiben.

F: Sie erinnern sich also nicht daran, aber Schieber hat Ihnen am 4. Mai 1944 in einem besonderen Brief, der an Sie persoenlich gerichtet worden ist, darueber berichtet, und Sie konnten unmoeglich im Jahre 1944 davon keine Kenntnis haben. Die Tatsache, dass dieser Brief in Ihrem Dokumentenbuch eingeschlossen ist, aendert nichts an der Lage im allgemeinen.

A: Auf Grund dieses Schreibens habe ich dann auch an Himmler geschrieben, gerade wegen der Arbeitskraefte, die ihre Gefaengnisstrafe abgesessen hatten. Dieses Schreiben kann ich jederzeit vorlegen. Ich habe es nicht getan, damit das Dokumentenbuch nicht so stark wird. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass ich Himmler darum gebeten habe, dass diese Arbeitskraefte, nachdem sie ihre Strafe abgesessen haben, in Freiheit bleiben; waehrend Himmler dafuer eingetreten war, dass diese Arbeitskraefte ueberhaupt weiter in Haft bleiben.

F: Erinnern Sie sich an den Brief vom OKW vom 8. Juni 1943 ueber die Frage des Arbeitseinsatzes fuer den Bergbau? Erinneren Sie sich an den Brief und erinneren Sie sich dessen Inhalts?

A: Nein.

F: Ich werde Sie daran erinnern. Es ist ein Dokument, das dem Gericht vorgelegt worden ist. Es ist USA- 455 und ist hier oefter zitiert worden. Ich nehme daher an, dass es nicht noetig ist, den ganzen Brief vorzulesen. Vielleicht kann ich mich auf einzelne Paragraphen beschraenken.

In diesem Brief wird Bezug genommen auf einen Befehl des Fuehrers, 300 000 russische Kriegsgefangene in den Kohlenbergbau einzusetzen. Erinneren Sie sich

H0380 - 0084

H0380 - 0085

an einen solchen Erlass?

A: Ich haette ihn gern gesehen.

F: Man wird Ihnen das Dokument vorlegen.

(Das Dokument wird dem Zeugen ueberreicht).

In Punkt 2 dieses Dokumentes ist ausgesagt:

"Alle Kriegsgefangenen - ab 5.7.1943 im Osten gefangengenommen - sind in Lager des OKW zu senden und von da aus sind sie entweder sofort nutzbar zu machen oder durch Austausch mit anderen Bedarfstraegern an den G.B.A. zu senden und in der Kohlenfoerderungsindustrie einzusetzen."

In Punkt 4.) des Dokumentes wird gesagt:

"Alle maennlichen Gefangenen, vom 16. bis zum 55. Lebensjahr, gefangengenommen im Kampf gegen die Partisanen im Operationsgebiet, im Heeresgebiet, in den besetzten Ostgebieten, im Generalgouvernement und auf dem Balkan, werden in Zukunft als Kriegsgefangene angesehen werden."

"Dasselbe trifft auch auf Maenner in neu besetzten Gebieten des Ostens zu. Sie sind in Kriegsgefangenenlager zu schicken und von dort aus zum Arbeitseinsatz ins Reich zu bringen."

Dieser Brief ist doch auch an Sie geschickt worden und daher war Ihnen bekannt, mit welchen unmenschlichen Methoden Arbeiter fuer die Kohlenfoerderungsindustrie ausgehoben wurden. Das geben Sie doch zu?

A: Nein, das gebe ich nicht zu.

F: Gut.

A: Ich weiss nicht, ob Sie damit meinen, dass die Gefangenen, die im Kampf gegen die Partisanen im Operationsgebiet gefangen genommen wurden, dass diese in Bergbau eingesetzt werden sollten. Ich nahm damals an, dass die im Kampf gegen die Partisanen gefangen genommenen Soldaten, dass diese im Kampf gefangengenommen wurden; und ein Partisane, der im Kampf gefangengenommen wird, ist selbstverstaendlich dann Kriegsgefangener.

Ich habe aber hier gehoert, dass die Behauptung aufgestellt wurde, dass gerade die Gefangenen aus den Partisanengebieten nicht als Kriegsgefangene behandelt wurden; mir scheint das der Gegenbeweis zu sein. Es zeigt, dass die Gefangenen aus den Partisanengebieten als Kriegsgefangene behandelt wurden.

F: Ihre Kommentare bezueglich deieses Dokuments interessieren mich nicht. Ich habe Sie lediglich gefragt: Wussten Sie, auf welche Weise und mit welchen Methoden Sie Arbeitskraefte fuer den Bergbau erhielten; und Sie antworteten, dass Sie es nicht anerkennen.

H0380 – 0086

21 Juni - A - EB-5 - Bamberger

Wir koennen jetzt zum naechsten Dokument uebergehen. Am 4. Januar 1944 haben Sie an einer Besprechung bei Hitler teilgenommen, wo die Frage der Ausnuetzung der Arbeitskraefte fuer das Jahr 1944 besprochen wurde. Sie haben damals erklaert, dass Sie weitere 1. 300.000 Arbeiter benoetrigen wuerden. Auf dieser Besprechung ist der Beschluss gefasst worden, dass Sauckel im Jahre 1944 nicht weniger als 4 Millionen Arbeiter aus den besetzten Gebieten herschaffen soll, und dass in der Gestellung dieser Arbeiter Sauckel von Himmler Hilfe bekommen wird. In dieser Besprechungsnotiz, unterschrieben von Lammers, steht geschrieben, dass alle Teilnehmer zu einem einstimmigen Beschluss gekommen sind.
Geben Sie zu, dass Sie als Teilnehmer an dieser Besprechung auch dieses Programm gebilligt haben?

A: Das Programm ist in keiner Weise durchgefuehrt worden. Gerade dieses Programm ist nicht durchgefuehrt worden.

F: Angeklagter Speer, es hat sehr lange gedauert und Sie - - -

VORSITZENDER: General Raginsky, von Anfang an hat dieser Angeklagte zugegeben in seinen Aussagen, dass Kriegsgefangene und andere Auslaender nach Deutschland gegen ihren Willen gebracht wurden. Er hat es nie abgeleugnet.

GENERAL RAGINSKY: Ja, Herr Praesident, es ist richtig. Er hat das zugegeben. Aber auf die Frage, ob er zugibt, dass er fuer diese Besprechung vom 4. Januar verantwortlich ist, hat er nicht geantwortet, und ich frage ihn daher nochmals.

DURCH GENERAL RAGINSKY: F: Ich will meine Frage nochmals wiederholen; Ich frage Sie darueber, ob Sauckel dieses Programm wirklich hat durchfuehren muessen. Meine Frage ist Folgende: Haben Sie am 4. Januar teilgenommen an einer Besprechung bei Hitler, in der ein Beschluss gefasst wurde, dass Sauckel 4 Millionen Leute in die Sklaverei nach Deutschland in Arbeitslager bringen sollte, mit der Hilfe von Himmler. Sie haben teilgenommen an dieser Besprechung, nicht wahr? Wie aus der Niederschrift ersichtlich ist, sind alle Teilnehmer an der Besprechung zu einem einheitlichen Beschluss gekommen.
Nehmen Sie nun auf Grund dessen die Mitverantwortung fuer diesen Beschluss auf sich?

A: Soweit mein Sektor in Frage kommt, und meine Verantwortung in Frage kommt. Ich nehme an:, das Gericht wird das entscheiden, wie weit meine Verantwortung geht. Das kann ich selbst nicht hier festlegen.

H0380 - 0087

F: Ich moechte jetzt einen Auszug aus einem Dokument vorlegen, das dem Gericht unter USA-Exhibit-Nummer 184 vorliegt. In diesem Dokument wird darauf hingewiesen dass es noetig sein wird, dass Sauckel 2 Jahrgaenge, und zwar die Jahrgaenge 1926 und 1927 aushebe, und zwar aus den besetzten Ostgebieten. In diesem Dokument wird ebenfalls gesagt, der Herr Reichsminister fuer die Wirtschaft hat sich damit einverstanden erklaert. Das Dokument schliesst mit folgendem Satz:
"Die Musterungen und Aushebungen sind mit groesstem Nachdruck und unter Anwendung aller geeigneter Massnahmen beschleunigt zu beginnen und durchzufuehren."
Erinneren Sie sich dieses Auftrages?

A: Ich habe das Dokument hier gelesen; es ist korrekt.

F: Nun wollen wir zur naechsten Frage uebergehen. Sie haben hier vor Gericht gesagt, dass Sie strenge Kritik geuebt haben an der Umgebung Hitlers. Koennen Sie mir diese Personenm die Sie kritisiert haben, nennen?

A: Nein, ich nenne Sie Ihnen nicht.

F: Sie werden sie nicht nennen. Ist es, weil Sie jemand kritisiert hatten, soll ich das so verstehen?

A: Die Kritik habe ich geuebt, und ich halte es nicht fuer richtig, dass ich sie hier nenne.

F: Ich will nicht darauf bestehen; Sie brauchen nicht weiter zu antworten. Sagen Sie uns, die Auseinandersetzungen mit Hitler, oder Ihr Nichteinverstaendnis mit Hitler haben doch erst dann angefangen, als Sie der Ueberzeugung waren, dass Deutschland den Krieg verloren hat?

A: Das habe ich gestern praezise ausgesagt.

F: Sie haben hier ganz ausfuehrlich daruber gesprochen, dass Sie gegen Zerstoerung von Industrieanlagen im westlichen Teil des Reiches waren. Tatsaechlich haben Sie einen Plan aufgestellt, diese Gebiete spaeterhin weiter zu besetzen, damit Sie sich in der Zukunft diese Betrieb wieder fuer sich selbst sichern koennten. War das nicht der Grund?

A: Nein, das war nicht der Grund. Ich habe das gestern laenger ausgefuehrt, dass ich das als Vorwand genommen habe, um Zerstoerungen zu verhindern. Wenn Sie meine Denkschrift z.B. ueber die Treibstofflage durchlesen, geht klar daraus hervor, dass ich nicht der Ueberzeugung war, dass eine Wiedereroberung in Frage kommt und ich glaube, jeder militaerische Fuehrer war auch nicht der Ueberzeugung, dass eine Wiedereroberung von Frankreich, Belgien und Holland im Jahre 1944 in Frage kam. Dasselbe galt natuerlich auch fuer die oestlichen Gebiete.

H0380 - 0088

F: Vielleicht ist es besser, wenn wir uns dem Dokument zuwenden wuerden; dies wuerde Zeit ersparen. Es handelt sich um den Entwurf eines Telegramms an die Gauleiter, Wagner, Simon usw. den Sie vorbereitet haben. Ich verlese auf Seite 56, Ihres Dokumentenbuches 1:

"Der Fuehrer hat festgestellt, dass er die Rueckgewinnung der jetzt verloren gegangenen Gebiete in kurzer Frist vollziehen kann."

Haben Sie denn nicht das, was hier steht, an die Gauleiter Wagner, Simon usw, geschrieben?

A: Nein, dass wurde von meinem Anwalt gestern zitiert und erklaert. Ich moechte das Dokument noch einmal haben. Ich weiss nicht, ob es notwendig ist, diese ganze Erklaerung nocheinmal abzugeben, denn Sie wurde gestern auch abgegeben und hat etwa 10 Minuten gedauert. Entweder

H0380 - 0089

wird meine Erklärung von gestern geglaubt, oder sie wird nicht geglaubt.

F Angeklagter Speer, ich will nicht, dass Sie das wiederholen, was Sie gestern gesagt haben. Wenn Sie uns sagen wollen was Sie gestern gesagt haben .....

VORSITZENDER: Sie haben ihm eine Frage vorgelegt, die bereits gestern gestellt wurde. Er muss die gleiche Antwort geben, wenn er eine folgerichtige Antwort geben will.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich habe ihm diese Frage vorgelegt, weil er, meiner Meinung nach, diese Frage falsch beantwortet hat. Wenn er deshalb die gestrige Antwort wiederholen will, so wäre das eine Zeitverschwendung. Wenn er nicht wahrheitsgemäss antworten will, so will ich auf die nächste Frage übergehen.

VORSITZENDER: Der Zeuge sagt, dass er die Antwort gestern wahrheitsgemäss beantwortet hat. Wenn Sie jedoch wollen, dass er seine Antwort wiederholt, so wird dies ungefähr 10 Minuten dauern. Das hat er gesagt und es ist dies eine vollkommen angemessene Antwort.

GENERAL RAGINSKY: Ich ziehe es vor, auf die nächste Frage überzugehen.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F Sagen Sie uns, warum wurde dieses Telegramm, das sich auf die Vernichtung von Industrie-Unternehmungen bezieht, von Ihnen an die Gauleiter gesandt?

A Das ging nicht nur an die Gauleiter allein, sondern das ging an meine Beauftragten und an die Gauleiter. Die Gauleiter mussten deswegen unterrichtet werden, weil sie unter Umständen von sich aus Zerstörungen befohlen hätten und da die Gauleiter mir nicht unterstellt waren musste ich dieses Fernschreiben, von mir entworfen, an Bormann schicken, dem die Gauleiter unterstanden und musste es von Bormann an die Gauleiter gehen lassen.

F Sie haben ausgesagt, dass die Anhänger der Hitlerischen "verbrannten Erde"-Politik Ley, Göbbels und Bormann waren. Nun

H0380 - 0090

wie steht es mit denjenigen, die noch am Leben sind und hier auf der Anklagebank sitzen. Haben nicht einige von ihnen auch Hitler dabei unterstützt?

A Meiner Erinnerung nach, war niemand von denen, die auf der Anklagebank sind, für die "verbrannte Erde"-Politik. Im Gegenteil, Funk z.B. war auch einer derjenigen, der sich sehr scharf dagegen gewandt hat.

F Natürlich, diese Politik wurde nur von den Leuten vertreten, die jetzt tot sind.

A Ja, desegen werden sie sich vielleicht auch getötet haben, weil sie für diese Politik waren und für andere Dinge.

F Ihr Verteidigungsanwalt hat dem Gerichtshof verschiedene Briefe vom März 1945, vorgelegt, die an Hitler gerichtet waren. Sagen Sie uns, haben Sie Hitler's Vertrauen danach verloren?

A Ich habe ja gestern bereits gesagt, dass es sehr scharfe Auseinandersetzungen danach gab und dass Hitler haben wollte, also praktisch, dass ich aus dem Amt entlassen werde. Das wollte ich aber nicht.

F Ich habe das bereits gehört. Trotzdem sind Sie, Speer, von Hitler im März 1945 ernannt worden, die Zerstörungen durchzuführen.?

A Es war so: Ich war zuständig für die Zerstörung oder Nichtzerstörung der Industrie in Deutschland bis zum 19. März 1945. Dort hat durch einen Erlass Hitler's, der auch vorgelegt wurde, mir Hitler diese Vollmacht, die Zerstörungen selbst durchzuführen, genommen. Durch den Erlass Hitler vom 30. März 1945, der von mir entworfen war, habe ich das Recht, Zerstörungen dur chzuführen, wieder bekommen. Aber die Hauptsache ist ja die, ich habe ja auch die Befehle von mir vorgelegt, die, auf Grund dieser Vollmacht, die Zerstörungen durchzuführen, ergangen sind. Aus denen geht ja klar hervor, dass ich verboten habe, dass Zerstörungen durchgeführt werden, damit war ja der Zweck erreicht. Es ist nicht entscheidend, wie der Erlass Hitler's aussieht, sondern wie mein Durchführungserlass aussicht. Der ist auch bei den Dokumenten.

H0380 - 0091

F Trotz der Tatsache, dass Hitler derartige Briefe von Ihnen erhalten hat, hat er Sie nicht als einen Mann betrachtet, der ihm opponierte?

A Hitler hat damals gesagt, in der Besprechung, die ich mit ihm hatte, dass er auf mich weder aus innern- noch aussenpolitischen Gründen verzichten könnte. Das war seine Begründung. Ich glaube, dass er inseinem Vertrauen zu mir, bereits damals erschüttert war, denn er hat ja in seinem Testament einen anderen ernannt als Nachfolger.

F Und die letzte Frage. Im april 1945 haben Sie in einer Hamburger Radiostation eine Rede verfasst, die Sie nach dem Fall Berlin halten wollten. In dieser Rede, die nicht veröffentlicht wurde, waren Sie für das Verbot der Wehrwolf-Organisation. Sagen Sie, wer war mit der Leutung der Wehrwolf-Organisation beauftragt.?

A Den Wehrwolf leitete Der Reichsleiter Bormann.

F Und ausser Bormann wer noch?

A Nein, es war Bormann. Soweit ich unterrichtet bin, ich kann es nicht ganz genau sagen, war der Wehrwolf eine Organisation die Bormann unterstellt war.

F Das versteht sich von selbst. Wenn Bormann noch am Leben wäre, dann wäre der Leiter dieser Organisation Himmler. Man kann kaum eine andere Antwort erwarten.

GENERAL RAGINSKY: Ich habe keine weitere Frage mehr an den Angeklagten zu stellen.

VORSITZENDER: Herr Dr. Servatius, wollen Sie eine Frage stellen die sich aus dem Kreuzverhör ergibt?

Dr. Servatius: Ich habe nur wenige Fragen zu dem Kreuzverhör.

DURCH DR SERVATIUS:

F Herr Zeuge, Sie haben erklärt, dass nach Fliegerangriffen Mängel, die in den Betrieben aufgetreten seien, von Ihnen weitergemeldet worden seien, an die DAF oder auch an Sauckel. Das ist doch richtig?

A Nein, nicht ganz in dieser Form.

H0380 – 0092

Ich wurde gefragt, ob ich gelegentlich Berichte über derartige Zustände bekommen hätte und ich habe gesagt, ja. Und ich habe diese an Sauckel oder an die DAF weitergegeben, die dafür zuständig war.

F Was war der Inhalt dieser Berichte, die an Sauckel gingen?

A Ich habe ja, soviel ich weiss, bei dem Verhör schon gesagt, dass ich mich nicht präzise daran erinnern kann, dass ich derartige Berichte bekommen habe. Die Frage war ja auch nur eine theoretische, was hätte ich getan, wenn derartige Berichte gekommen wären. Und ich dachte, es sind bestimmt Berichte an mich gekommen, aber ich kann mich an den Inhalt im Einzelnen nicht mehr erinnern.

F Was sollte denn Sauckel unternehmen?

A Sauckel konnte gegen die Fliegerangriffe auch nicht unternehmen.

F Wenn Sie ihm die Berichte zuleiteten, dann sollte es doch den Sinn haben, dass er Hilfe brachte?

A Ja, oder dass er, als der Zuständige, über die Zustände auf seinem Arbeitsgebiet präzise unterrichtet ist, wenn er keine Hilfe bringen konnte.

F Sein Arbeitsgebiet war, Vermittlung von Arbeitskräften.

A Nein, es waren auch die Arbeitsbedingungen.

F Die Arbeitsbedingungen konnten nur gebessert werden durch Materiallieferungen, durch Lieferungen von Ernährung und derartige Sachen.

A Selbstverständlich. Aber letzten Endes war der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, für die Arbeitsbedingungen zuständig. Das geht aus dem Erlass hervor, den Göring unterschrieben hat. Dass natürlich, um die Arbeitsbedingungen einwandfrei für die Arbeitskräfte zu machen, wieder andere Behörden weiter zuständig waren, das ist ganz klar.

F Es handelte sich doch aber nicht darum eine Anordnung zu erlassen, sondern um praktische Hilfe?

H0380 - 0093

A Die praktische Hilfe nach Fliegerangriffen wurde auch nicht von der Zentralinstanz gemacht, das war unmöglich, weil die Verkehrsverbindungen, meinstens die Telefonverbindungen abgeschnitten waren, sondern das wurde örtlich geregelt.

F Also konnte Sauckel nicht helfen?

A Er nicht in seiner Person, aber örtlich hatte er seine unteren Instanzen, die dann mit eingeschaltet waren, in diese Arbeit.

F Für irgenwelches Material musste er sich an Sie wenden, denn alles war für die Rüstung beschlagnahmt?

A Soweit Baumaterial in Frage kommt, konnte er das Baumaterial nur von mir bekommen und er hat an sich auch in grösseren Mengen dieses Baumaterial zur Verfügung gestellt bekommen. Ich möchte hier auch sagen, dass das nicht Sauckel zur Verfügunggestellt bekommen hat, sondern, soviel ich weiss, im allgemeinen die Deutsche Arbeitsfront, die an sich ja die Lagerbetreuung tatsächlich durchführte.

F Was waren die betreuenden Dienststellen. Waren Sie nicht die betreuende Dienststelle für die Betriebe?

A Nicht in dem Sinne, wie Sie es verstehen. Sie möchten gerne die Antwort von mir haben, dass ich die Betreuung für die Arbeitsbedingungen hatte.

VORSITZENDER: Der Gerichtshof ist der Ansicht, Herr Dr. Servatius, dass wir das alles mit dem Zeugen bereits besprochen haben.

DR SERVATIUS: Herr President, ich glaube, über diese Frage ist noch nicht gesprochen worden. Es ist gestern die Rede gewesen, von der Selbstverwaltung. Es ist ein zweiter Instanzenweg da, zur Betreuung der Betriebe, über die Rüstungsaktion und Rüstungsinspektion, und es ist eine dritte Möglichkeit, die der Zeuge Speer hat, in Verbindung zu treten mit Betrieben durch die Arbeits-Einsatz-Ingenieure.

ZEUGE: Ja.

DURCH DR SERVATIUS:

F Hatten Sie nicht durch die Arbeitseinsatz-Ingenieure allein

H0380 - 0094

die Möglichkeit eine Besserung zu schaffen, in den Betrieben und hatten Sie denn unmittelbaren Einblick?

A Ich muss dann die Aufgabe der Arbeits-Ingenieure umschreiben. Sie ist folgende: Die Arbeitseinsatz-Ingenieure hatten eine Ingenieuraufgabe, das geht ja aus dem Titel hervor.

F Sie waren auf diese Ingenieur-Aufgabe beschränkt?

A Ja.

DR SERVATIUS: Dann ich keine Frage mehr.

DR FLÄCHSNER: Herr Präsident, ich habe mit Rücksicht auf das Kreuzverhör nur zwei Fragen. Die eine ist,: Herr Speer, ich nehme noch einmal Bezug auf die Antwort, die Herrn Oberrichter Jackson, am Schluss des Kreuzverhörs gegeben haben. Wollen Sie zur Klarstellung sagen, wollten Sie mit der Übernahme einer Gesamtverantwortung, eine strafrechtliche messbare Schuld oder Mitverantwortlichkeit anerkennen, oder wollten Sie eine historische Verantwortung vor dem eigenen Volk und der Geschichte damit übernehmen?

A Das ist eine sehr schwer zu beantwortende Frage. Eigentlich eine Frage, die wahrscheinlich das Gericht beantworten wird, in seinem Urteil. Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass es auch in einem autorititären System eine Gesamtverantwortung der Führenden geben muss und dass es ausgeschlossen ist, nach der Katastrophe sich der Gesamtkatastrophe (sic) zu entziehen, denn wenn der Krieg gewonnen worden wäre, hätte die Führung wahrscheinlich auch Anspruch darauf genommen, dass sie gesamtverantwortlich gewesen wäre. Aber inwieweit das nun strafrechtlich ist. oder moralisch ist, das kann ich nicht entscheiden, das wollte ich auch nicht entscheiden.

F Danke. Dann sind Ihnen von der amerikanischen Anklage eine Reihe von Dokumenten vorgelegt worden, über Vorgänge, die im wesentlichen, oder ausschliesslich nur die Firma Krupp betrafen. Sie haben ja schon ausgesagt, dass Sie von den Vorgängen selbst keine Kenntnis hatten, wenn ich Sie richtig verstanden habe?

A Den Detail-Einblick hatte ich nicht, wie es notwendig ist,

H0380 - 0095

um die Dokumente im Einzelnen beurteilen zu können.

DR FLÄCHSNER: Herr Präsident, ich habe dann keine weiteren Fragen. Ich muss mir nur vorbehalten, darüber noch eine Entscheidung zu treffen, ob, soweit diese der eidesstattlichen Versicherung zur Belastung meines Klienten vorgetragen sind, das ist mir nicht ganz klar geworden, die Person, die diese Affidavits abgegeben hat, evtl. ins Kreuzverhör zu nehmen. Das tut mir sehr leid, aber das muss ich etvtl. tun. Es sind ja Vorgänge, von denen ich vorher noch gar keine Kenntnis hatte, dass sie hier eingeführt werden würden. Dann, Herr Präsident .....
Ich hätte 5 Minuten, dann wäre ich mit meinem Urkundenbeweis fertig.

VORSITZENDER: Herr Dr. Flächsner, bezüglich der Affidavits, wenn Sie irgendeinen Zeugen im Kreuzverhör vernehmen wollen, so müssen Sie einen schriftlichen Antrag hierüber stellen. Sie müssen das sofort tun. Ich glaube, ich habe recht, wenn ich sage, dassnur noch zwei Angeklagte verhört werden und falls der Antrag nicht bald eingereicht wird, wird es nicht möglich sein, die Zeugen zu finden, oder sie hierher rechtzeitig zu bringen.

Nun Sie sagen, dass Sie in 5 Minuten beendigen können?

DR FLÄCHSNER: Jawohl.

VORSITZENDER: Ich glaube, wir sollten besser jetzt beendigen. Herr Dr. Flächsner, der Gerichtshof will dem Zeugen eine oder zwei Fragen vorlegen.

DURCH DEN GERICHTSHOF (JUGDE BIDDLE):

F Angeklagter, Sie haben davon gesprochen, dass Gefangene der Westmächte, nicht in der Kriegsindustrie und in der Herstellung von Munition verwendet werden sollten. Erinnern Sie sich hiernn?

A Ja.

F Hat es Anordnungen dieserhalb gegeben?

A Ja.

F Es hat Anordnungen dieserhalb gegeben?

A Das habe ich aus meiner Kenntnis gesagt, die nicht präzise zu sein braucht.

H0380 - 0096

Ich habe mich nur erinnert an Gespräche, die ich mit Keitel hatte, über die Verwendung in Einzelfällen und in diesen Einzelfällen hat es Keitel abgelehnt. Sonst habe ich keine Kenntnis davon gehabt.

F Sie haben niemals Anordnungen gesehen, die diesen Unterschied machten?

A Nein.

F Mit Bezug auf Zivilisten von nichtbesetzten Gebieten, nehme ich an, dass sie in den Kriegsindustrien verwendet wurden, oder?

A Die ausländischen Arbeiter wurden ohne Rücksicht auf irgendein Abkommen beschäftigt.

F Das ist, was ich wissen wollte.

Nun Sie sagten, dass die Konzentrationslager einen schlechten Ruf hatten. Ich glaube, dies waren Ihre Worte, nämlich "schlechten Ruf". Ist das richtig?

A Ja.

F Was meinen Sie mit dem Ausdruck " einen schlechten Ruf"? Welchen Ruf und wofür?

A Das ist schlecht zu definieren. In Deutschland wusste man, dass ein Aufenthalt in einem Konzentrationslager eine unangenehme Angelegenheit ist und diese Kenntnis hatte ich auch. Aber ich hatte keine Einzelkenntnisse.

H0380 - 0097

F: Wenn Sie auch keine Einzelkenntnis hatten, ist "unangenehm" ein bisschen milde ausgedrückt? Hatten nicht die Lager den Ruf, dass Gewalttaten und schwere Körperstrafen dort angewandt wurden; war das nicht der Ruf, den Sie meinen?.

A: Nein. Das ist nach der Kenntnis die wir hatten, etwas zu weitgehend. Ich hatte auch angenommen, dass in Einzelfällen Misshandlungen vorkommen, aber ich hatte nicht angenommen, dass das zur Regel werden könnte, das war mir unbekannt.

F: Wussten Sie nicht, dass Gewalt oder körperliche Züchtigung durchgeführt wurde, um die Vorschriften aufzuzwingen, wenn die Internierten diese nicht befolgten?

A: Nein, das habe ich nicht in dieser Form gewusst. Ich muss hier sagen, ich wurde in der Zeit, in der ich Minister war, so seltsam das klingt, über das Schicksal der Häftlinge in den Konzentrationslagern beruhigter, weil mir in dieser Zeit von offiziellen Stellen nur immer Gutes über die Konzentrationslager gesagt wurde, es wurde mir gesagt, die Ernährung wird besser usw.

F: Noch eine weitere Frage. Mich interessiert, was Sie am Ende sagten über die Verantwortung ihrer Führer für gewisse allgemeine Prinzipien, gewisse grosse Dinge. Können Sie mir irgend eines dieser grossen Dinge sagen? Was meinten Sie damit, welche Prinzipien meinten Sie z.B. den Krieg fortsetzen?

A: Ich denke so, eine grundsätzliche Angelegenheit wie der Beginn des Krieges oder das Ende des Krieges zum Beispiel.

F: Also, Beginn oder Ende des Krieges würde einer der Grundsätze sein, für den die Führer verantwortlich sind?

A: Ja.

MR.BIDDLE: Danke schön-

VORSITZENDER: Der Angeklagte kann sich auf die Anklagebank zurückziehen.

VORSITZENDER: Sie können jetzt weitermachen Herr Dr.Flächsner?

DR.FLÄCHSNER: Jawohl, sehr gerne.

H0380 - 0098

Meinen gestrigen Vortrag noch nachreichend, wollte ich einen Brief von Sauckel vom 28.Januar 1944 vorlegen. Er ist gestern zitiert worden und ich wollte ihm die Exhibit-Nr.31 geben. Weiterhin ein gleiches Schreiben Speer's an Sauckel vom 11.März 1944, dem ich die Exhibit-Nr.32 geben wollte. Dann die vom Angeklagten gestern in seiner Vernehmung erwähnte Durchführungsbestimmung zu dem Zerstörungserlass, den das Gericht auf Seite 81 des englischen Dokumentenbuches findet und den ich unter Exhibit-Nr.33 überreichen wollte. Weiterhin wollte ich als Exhibit-Nr.34 ein Schreiben Hitler's an Speer vom 21.April 1944 überreichen.

VORSITZENDER: Bitte geben Sie uns das Datum der Exhibit-Nr.33, Sie sagten, es sei auf Seite 81. Meinen Sie Seite 81 des Originals, welches im englischen Seite 85 ist?

DR.FLÄCHSNER:Nein, das war der englische Text, Herr Präsident.

VORSITZENDER: Welches Datum hat das Dokument?

DR.FLÄCHSNER: Durchführungsbefehl des Führers vom 19.März 1944.

VORSITZENDER: Das scheint nicht richtig zu sein, denn Seite 81 unseres Exhibits ist das Ende.--

MR.BIDDLE: Es ist Seite 8o.

VORSITZENDER: Eine Verordnung vom 22.März 1945, stimmt das?

DR.FLÄCHSNER: Jawohl, das ist die Durchführungsverordnung des Führerbefehls vom 19.März 1944.

VORSITZENDER: Jawohl.

DR.FLÄCHSNER: Das nächste Dokument, Herr Präsident, findet sich auf Seite 55 des englischen Textes und Seite 52 des Originals, dasselbe im französischen. Es ist das vorerwähnte Schreiben Hitlers an Speer, betreffs Beauftragung des Ministerialdirektor Dorsch mit der Konstruktion von Kampfflugzeugen. Das hat die Exhibit-Nr.34.

VORSITZENDER: Beweisstück Nr.34?

DR.FLÄCHSNER: Jawohl.

Als Exhibit-Nr.36, - Nr.35 muss noch später nachgereicht werden - überreiche ich den Fragebogen Kehrl. Er ist unterzeichnet

H0380 - 0099

von dem Zeugen Hans Kehrl, Beglaubigung der Unterschrift durch einen Lager-Offizier, durch Unterschrift eines Vertreters der Anklagebehörde und meine eigene.

Als Exhibit-Nr.37 überreiche ich den Fragebogen ...

VORSITZENDER: Von Exhibit-Nr.35 möchten wir gerne die Seitenzahl haben.

DR.FLÄCHSNER: Jawohl. 36 ist Seite 1o5 im Original.

VORSITZENDER: Jawohl.

DR.FLÄCHSNER: Auf Seite 113 des Dokumentenbuches II finden Sie einen Auszug über die Befragung des Zeugen Schieber, die ich als Exhibit-Nr.37 einreiche. Sie ist eingereicht in deutsch und englisch. Das Protokoll wird beglaubigt durch einen Vertreter der Anklagebehörde und durch mich.

Im II.Buch unter Seite 127 folgende findet das Gericht die Vernehmung des Zeugen Schmelter, welche ich unter Exhibit-Nr.38 einreichen möchte. Auch dieses Protokoll ist in gleicher Weise beglaubigt.

Auf Seite 136 des Dokumentenbuches II ist die Aussage des Zeugen Hupfauer, der hier auch heute genannt worden ist. Das wird Exhibit-Nr.39. Auf Seite 142 des Dokumentenbuches II findet das Gericht die Vernehmung des Zeugen Saur. Diese überreiche ich als Exhibit-Nr.40, wieder im englischen und deutschen Protokoll. Das englische Protokoll ist durch Unterschrift eines Vertreters der Anklagebehörde und meine eigene beglaubigt.

Wenn das Gericht Seite 148 meines Dokumentenbuches II aufschlägt findet es dort den Fragebogen Frank, bzw. das Protokoll über die Vernehmung Frank's, die von der Anklagebehörde und mir in Ludwigsburg durchgeführt wurde. Das Protokoll ist ebenfalls von der Anklagebehörde und mir beglaubigt.

Auf Seite 153 --

VORSITZENDER: War das Exhibit -Nr.41, oder nicht?

DR.FLÄCHSNER: Das war Nr.41 , Herr Präsident.

Auf Seite 153 des Dokumentenbuches findet das Gericht das Proto-

H0380-0100

koll über die Vernehmung Roland's, welches Exhibit-Nr.42 wird. Auch dieses ist im englischen und deutschen Protokoll in der üblichen Weise beglaubigt.

Auf Seite 165 des Dokumentenbuches findet das Gericht das Protokoll über die Vernehmung der Zeugin Kempf, welche in Kransberg von der Anklagebehörde und mir vernommen wurde. Das Protokoll ist in der üblichen Weise beglaubigt, es erhält die Exhibit-Nr.43.

VORSITZENDER: Wieviele haben Sie noch?

DR.FLÄCHSNER: Es sind noch zwei.

Auf Seite 176 des Dokumentenbuches ist der Fragebogen betreffend Guderian, der in Hersbruck vernommen wurde. Protokoll ist in englisch und deutsch. Das englische Protokoll ist von der Anklagebehörde und mir beglaubigt. Es wird Exhibit-Nr.44.

Auf Seite 181 des Dokumentenbuches, das wird Exhibit-Nr.45, findet das Gericht die Aussage des Zeugen Stahl, ebenfalls in englisch und deutsch. Das englische Protokoll von der Anklagebehörde und mir beglaubigt.

Zum Schluss, auf Seite 186 des Dokumentenbuches ist der Fragebogen von Karl Brandt, der von der Lagerbehörde beglaubigt ist, sowohl in englisch und deutsch. Es wird Exhibit-Nr.46.

VORSITZENDER: Ist das alles?

DR.FLÄCHSNER: Das ist alles.

Nun, Herr Präsident, ist gestern von dem Angeklagten ein Auszug aus dem Besprechungspunkt der Führerbesprechung vom 3.-5.Januar angeboten worden. Dieses Dokument ist noch nicht übersetzt, ich werde mir gestatten, es später einzureichen. Die Staatsanwaltschaft hat es schon gesehen und hat gegen die Einreichung keine Bedenken.

Damit wären die durch mich einzureichenden Dokumente abgeschlossen. Ich glaube, das Gericht wünscht sicherlich keine lange Rede über die Dokumente im Dokumentenbuch, zumal hier ja die russische Anklagebehörde freundlicherweise schon die Dokumente vorlegte.
Damit ist der Fall des Angeklagten Speer abgeschlossen.

VORSITZENDER: Das Gericht vertagt sich.